LOTTA

Preis: 2,50 Euro

antifaschistische Zeitung aus NRW

Nr. 15
Winter 2004

www.free.de/lotta

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Hohmann & Co

Schwerpunkt: **Braune Seilschaften in der Mitte der Gesellschaft**

Regionalbericht Ostwestfalen

Ort nationaler Mythen und Bewegungs(t)räume

"Politischer Soldat? Was sonst!"

Ritterkreuzträger Hajo Herrmann immer noch an der Front

Deutsche Waffen, deutsches Geld...

Zur Militarisierung der Bundesrepublik Deutschland

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

eine winzige Woche später als angekündigt, also noch c.t., hier nun unsere neue Ausgabe. Auch wenn etwas Zeit seit der Affäre Hohmann vergangen ist, haben wir uns dennoch für einen Schwerpunkt zum Thema "Hohmann und Co. Braune Seilschaften in der Mitte der Gesellschaft" entschieden. Hier geht es uns insbesondere um Hintergründe der Hohmann'schen Ideologie, um seine Eingebundenheit in Organisationen wie z.B. den "Bund der Selbstständigen", aber auch um diejenigen, die sich solidarisch mit Hohmann erklärten. Dass Positionen wie die von Hohmann mitnichten am Rande dieser unseren Gesellschaft angesiedelt oder gar ohne Einfluss sind, ist zwar eine Binsenweisheit, oft ist aber wenig darüber bekannt, welche konkreten Formen dieses annimmt. Dem möchten wir abhelfen. Zur ergänzenden Lektüre empfehlen wir die aktuelle und sehr empfehlenswerte Ausgabe Nr. 86 der bundesweiten Antifa-Zeitschrift "Der Rechte Rand" (*www.der-rechte-rand.de*).

Erneut starten wir in dieser Ausgabe eine neue Rubrik im Themenfeld "extreme Rechte". Neben den NRW-Regionalberichten, RechtsRock und "Neonazi-(Kader) unter der Lupe" wird es ab sofort eine neue Rubrik "Berichte aus den Bundesländern" geben. Wir werden antifaschistische Projekte oder kritische JournalistInnen aus den verschiedenen Bundesländern bitten, einen Überblick über die jeweiligen neonazistischen Szenen zu geben. Wir starten diese neue Rubrik mit Schleswig-Holstein. Unser Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen von der antifaschistischen Zeitung "enough is enough" aus dem "tiefen Norden".

Einmal mehr gab es Rückmeldungen auf unsere letzte Ausgabe mit Schwerpunkt "Neuheidentum und Germanenkult". Beleidigte "Heiden", die uns erwartungsgemäß das Recht absprachen, uns zu dem Thema zu äußern, waren darunter, aber auch JournalistInnen und AntifaschistInnen, die sich für den rassistischen und sich gemeinnützig gebenden Verein "Germanische Freunde e.V." interessierten, der bisher nicht die gebotene Beachtung fand.

Ausfallen muss leider dieses mal unsere Rubrik "Grundlagen(wissen)". Wir bitten um Nachsicht. Ab der nächsten Ausgabe gibt es sie aber wieder.

So, und nun ran an die Lektüre!

Wir wünschen ein erfolgreiches
antifaschistisches Jahr 2004!

Eure LOTTA-Redaktion

P.S.: Erscheinungsdatum dieser Ausgabe ist der 7. Februar 2004.

Preisrätsel

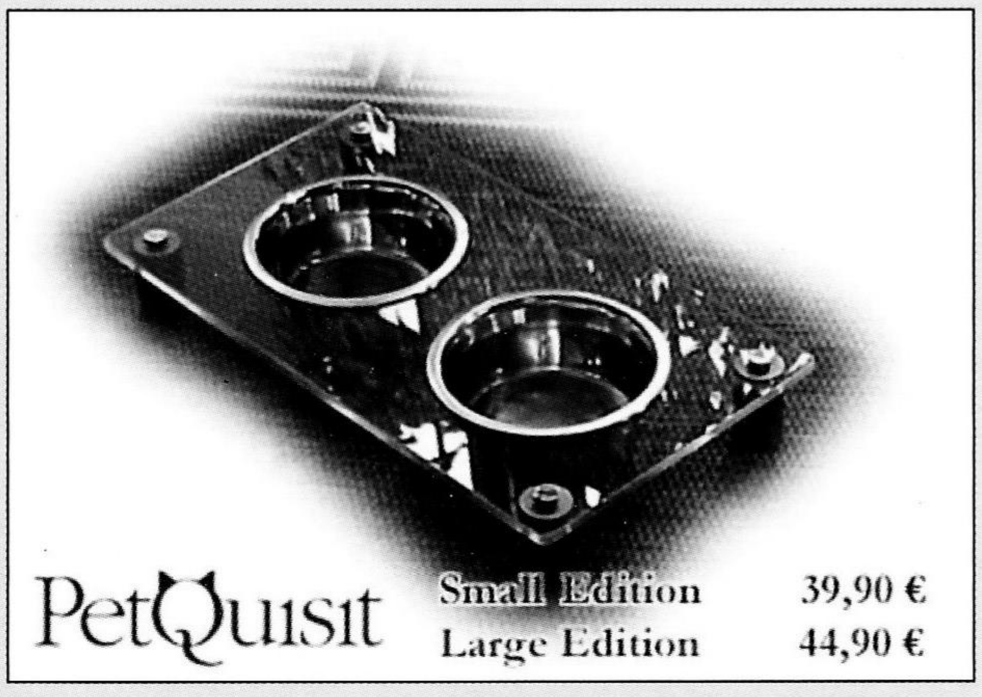
Zunächst einmal zur Auflösung des letzten Rätsels. Natürlich handelte es sich bei der abgebildeten Figur um "Quex". Nein, nicht der Hitlerjunge, der endete grausam, sondern Axel Reitz aus Köln von der "Kameradschaft Walter Spangenberg", dessen Spitzname sich auf eben diesen Hitlerjungen bezieht. Näheres zu Reitz siehe Seite 21 in dieser Ausgabe. Der Gewinner wurde per Los ermittelt und von uns benachrichtigt.

Neues Spiel, neues Glück: Welcher nordrhein-westfälische Neonazi-Kader war an einem unternehmerischen Projekt beteiligt, als dessen Ergebnis das abgebildete "innovative" Gerät auf den Markt gebracht wurde.

Zwei Tipps: 1. Es handelt sich um einen "Designernapf", eine "einzigartige Futterstation für Hund oder Katze mit gehobenen Ansprüchen."

2. Das aufmerksame Lesen dieser Ausgabe garantiert das Finden der Antwort.

Antworten bis zum 15.3.2004 an lotta@koma.free.de. Als Preis winkt einmal mehr ein Jahresabo der LOTTA.



Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Inhalt

Gesellschaft

Deutsche Waffen, deutsches Geld... 4
Zur Militarisierung der BRD

Zwei Seiten einer Medallie 7
Sozialstaat & Sozialkahlschlag

Schwerpunkt

Hohmann & Co 10

"Gerechtigkeit für Deutschland" 11

Hohmanns literarische Vorlage 14
Wie ein klassischer NS-Kampfbegriff und struktureller Antisemitismus unter die Leute gebracht werden

"Werteorientiert" heim zur Nation 16
Der "Bund der Selbständigen" und die Sekundärtugenden hart malochender Kleinunternehmer

Sprach Hohmann mit der "Stimme der Mehrheit?" 19
"Neurechter" Braintrust aus Dortmund tief verstrickt

"Endlich einmal normal sein!" 20
Antisemitismus darf nicht (hörbar) sein: CDU bringt Hohmann-Unterstützer in NRW wieder auf Linie

Exteme Rechte

"Und ein kleiner brünetter als ihr Führer" 21
Axel Reitz - Ein Neonazi unter der Lupe

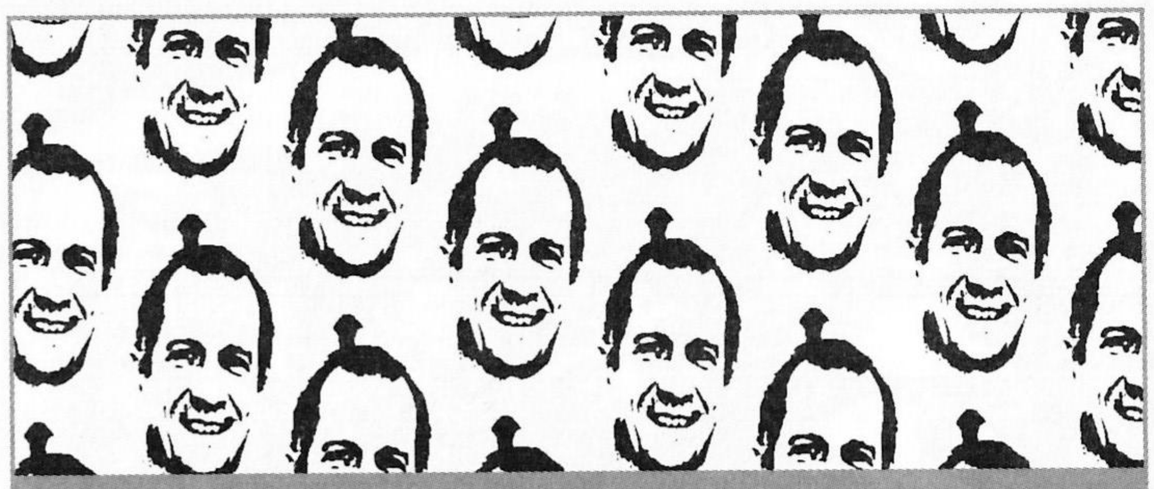
Neonazismus in Ostwestfalen 23
Ort nationaler Mythen und Bewegungs(t)räume

Das Platten-Label "Christhunt" 27
Zwischen antichristlicher Jugendkultur und neonazistischem Underground

Aufstand der Wahnsinnigen 28
Der "Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten"

"Politischer Soldat? Was sonst!" 30
Ritterkreuzträger Hajo Herrmann immer noch an der Front

Tief im Norden 32
Die Kameradschaftsszene in Schleswig-Holstein



Schwerpunkt: Hohmann & Co

Antisemitismus und rassistischer Nationalismus gelten allgemein als politische Entgleisungen am rechten Rand der Gesellschaft, gegen die sich die demokratische Mitte zu erwehren weiß. Der Fall Hohman beweist einmal mehr das Gegenteil. Während ritualisiert und mediengerecht wiederkehrend der Konsens der Demokraten gegen Rechtsextremismus verkündet wird, transportieren Vereinigungen von Unternehmern und etablierten Politikern extrem rechte Inhalte in die Mitte der Gesellschaft.

ab Seite 10

RechtsRock-Splitter 37

Aufmarsch-Splitter 38

Kurzberichte 41

Braunzone

Abgesang auf ein politisches Chamäleon 46
Eine Betrachtung der Freiwirtschaftsbewegung Teil 1: Von den Anfängen bis 1945

"Zucker im Tee" 50
Völkische deutsche Politik in Ostbelgien

Antifa

"Antifa verdunkelt Leinwand"? 53
Die Intervention des Düsseldorfer Antifa-KOK gegen die Aufführung des Films "Hamlet. This is your family"

Repression

VVN-BdA im Visier 56
Angegriffene Traditionspflege führte zu Hausdurchsuchungen

Rezension

Alte Kameraden und neue Kollegen 58
Polizei in Nordrhein-Westfalen 1945-1953

Von der Initiative "Krieg ist Frieden – Rheinland"

Deutsche Waffen, deutsches Geld...

Zur Militarisierung der BRD

Als 1989 die DDR übernommen wurde, hatte wohl niemand damit gerechnet, dass 10 Jahre später Deutschland wieder Krieg führen würde. In einer Salami-Taktik wurden Stück für Stück die Kompetenzen des deutschen Militärs ausgeweitet. Und die Entwicklung ist noch nicht zu Ende.

Als am 8. Mai 1945 Nazideutschland endlich besiegt ist, sind schätzungsweise 70 Millionen Menschen infolge des Terrors und des Krieges zu Tode gekommen. Die vorherrschende Stimmung war ein "Nie wieder Krieg!". Im Grundgesetz der neu gebildeten Bundesrepublik Deutschland findet sich das im Artikel 26 Abs.1 wieder: "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen." Im Hintergrund laufen über Kontakte zu den alten Nazi-Wehrmachtgenerälen aber schon längst die Vorbereitungen zur Wiederbewaffnung. Die Adenauer-Regierung ist fest entschlossen, wieder eine Armee aufzubauen. Dabei hilft ihr die beginnende Blockbildung des Westens gegenüber den realsozialistischen Staaten, wobei die BRD als militärisch fest eingebundener Frontstaat eingeplant ist.

1951 wird der Bundesgrenzschutz als paramilitärische Organisation eingerichtet. Gegen die Militarisierung der BRD gibt es erheblichen Widerstand vieler Menschen. In diesem Zusammenhang wird bei einer antimilitaristischen Demonstration am 11. Mai 1952 in Essen der Kommunist Philipp Müller von Polizisten erschossen.

Im Mai 1952 wird die BRD in die "Europäische Verteidigungsgemeinschaft" (EVG) einbezogen. Im Oktober 1955 nimmt die NATO die BRD als 15. Mitglied auf. Es dauert dann noch bis zum 1. April 1956, bis Westdeutschland wieder über eine reguläre Armee verfügt.

NATO-Einsätze

Die Bundeswehr ist trotz ihrer Beschränkungen fester Bestandteil in den Kriegsplanungen der NATO und in deren Strukturen integriert. Es dauert dennoch drei Jahrzehnte, bis sie außerhalb der eigenen Landesgrenzen militärisch agieren kann. Nachdem die BRD und die DDR 1973 in die UNO aufgenommen werden, beginnen Mitte der 80er Jahre die Überlegungen, Bundeswehrsoldaten im Rahmen von UNO-Einsätzen einzusetzen. Schon seit 1960 sind Bundeswehrsoldaten bei Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Erdbeben etc. im Ausland aktiv. Bis 2003 gibt es über 130 solcher Einsätze. Die Entsendung von BGS-Beamten im August 1989 im Rahmen eines UNO-Einsatzes nach Namibia ist der erste Schritt, die militärische Beschränkung Deutschlands aufzuheben.

Mit dem Fall der Mauer, der Übernahme der DDR und den Abkommen mit der Sowjetunion dürften bei den deutschen Militärs kräftig die Gläser geklungen haben. Die ehemaligen Strukturen der Nationalen Volksarmee der DDR werden von der Bundeswehr übernommen.

Morgenluft witternd

Die Ende der 80er Jahre begonnene Umstrukturierung der Bundeswehr bekommt durch diese Entwicklungen eine neue Dynamik. Die "Verteidigungspolitischen Richtlinien" (VPR) von 1992 aus dem Hause Rühe sind die

Grundlage für die Aufstellung von "Krisenreaktionskräften", mit denen die Bundeswehr zu einem aktiven Instrument der deutschen Außenpolitik gerüstet werden soll. Die VPR sind das verbindliche Strategiepapier für die Bundeswehr. Der Text lässt an Offenheit über die machtpolitischen Absichten keinen Zweifel. Insbesondere zwei Passagen sind hervorzuheben: Die Richtlinien legen als "deutsche vitale Sicherheitsinteressen" u.a. "die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung" fest (Pkt. 8.8). Und an anderer Stelle, leider seltener zitiert: "Wenn die internationale Rechtsordnung gebrochen wird oder der Frieden gefährdet ist, muss Deutschland auf Anforderung der Völkergemeinschaft auch militärische Solidarbeiträge leisten können. Qualität und Quantität der Beiträge bestimmen den politischen Handlungsspielraum Deutschlands und das Gewicht, mit dem die deutschen Interessen international zur Geltung gebracht werden können" (Pkt. 27). Mit anderen Worten: Je mehr deutsche Soldaten und deutsches Kriegsgerät bei Militärinterventionen eingesetzt werden, desto größer ist der deutsche Einfluss in der Welt.

Stück für Stück werden die militärischen Kompetenzen ausgeweitet. Schon im Sommer 1990 testet die Bundeswehr die neuen Möglichkeiten. Bis März 1991 werden als Zeichen der Solidarität mit den im Irak-Kuwait-Konflikt engagierten Verbündeten deutsche Kriegsschiffe ins Mittelmeer geschickt. Danach wird jede sich bietende Gelegenheit genutzt, deutsche Soldaten einzusetzen. Hebel war und ist die Darstellung der Einsätze als humanitäre Aktionen. Als Hindernis erweist sich das verfassungsmäßige Verbot von "out-of-area"-Einsätzen außerhalb des NATO-Gebietes. Der Bürgerkrieg in Somalia wird zum Türöffner. Mit dem Hinweis, dass man sich der Anfrage der UNO nach einer Truppenentsendung nicht entziehen könne, werden von August 1993 bis April 1994 im bis dahin größten Einsatz knapp 2.500 Soldaten dorthin geschickt. Noch muss man sich von fremdem (hier italienischem) Militär schützen lassen. Der ‚Erfolg' dieser Mission besteht darin, dass es der Bundesregierung gelungen ist, Deutschland als Militärmacht auf der Bühne internationaler Politik zurückzumelden.

Bürgerkrieg in Jugoslawien als Katalysator

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien wird für die deutsche Politik zum Katalysator. Trotz internationaler Warnungen erkennt Deutschland Slowenien und Kroatien Ende 1991 als selbstständige Staaten an und forciert damit den sich abzeichnenden Bürgerkrieg. Deutschland entsendet ab Juli 1992 (bis Oktober 1996) Kriegsschiffe und Aufklärungsflugzeuge, die das Waffenembargo gegen die Staaten des früheren Jugoslawien überwachen sollen. 1995 werden zuerst Sanitäter nach Kroatien, dann 4.000 Soldaten nach Bosnien zur Sicherung des "Dayton-Abkommens", das den Bürgerkrieg beenden soll, geschickt. "Tornado"-Kampfflugzeuge werden in Italien stationiert. Im Bundestag stimmen auch etliche Abgeordnete von SPD und Grünen, damals noch in der Opposition sitzend, den Stationierungen zu.

Entscheidend für die Veränderung der Bundeswehr ist der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Der Bürgerkrieg wird von allen Seiten bestialisch geführt. In den deutschen Medien startet eine Hetzkampagne gegen Rest-Jugoslawien und den serbischen Präsidenten Milosevic. Jeden Tag werden neue Horror-Geschichten verbreitet, die sich im Nachhinein häufig, aber nicht immer, als dreiste Lügen herausstellen. Es ist die mediale Begleitmusik zum Bundestagsbeschluss im Oktober 1998 zur Beteiligung deutscher "Tornados" an einem möglichen begrenzten Luftkrieg der NATO gegen Jugoslawien. Im Februar 1999 beschließt der Bundestag mit wenigen Gegenstimmen grundgesetzwidrig, deutsche Soldaten zur Unterstützung einer möglichen "Friedenstruppe" im Kosovo zu entsenden. Einen Monat später, am 24. März 1999, beginnt der völkerrechtswidrige NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Die Bundeswehr ist bis Juni 1999 u.a. mit "ECR-Tornados" aktiv an den Bombardierungen Jugoslawiens beteiligt.

Kriegsermächtigung

Am 11. September 2001 kommt es zu den Terroranschlägen in den USA. Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärt die "uneingeschränkte Solidarität" mit den USA im "Krieg gegen den Terror". Damit ist klar, dass sich deutsche Soldaten an diesem umfassenden Krieg beteiligen werden. Als erstes Ziel wird das von den Taliban geführte Afghanistan auserkoren. Am 7. Oktober 2001 beginnt die Bombardierung von Afghanistan. Am 7. November 2001 beantragt die Bundesregierung beim Bundestag eine "Ermächtigung" zum Einsatz der Bundeswehr. Nur noch vier Abgeordnete der Bündnisgrünen stimmen am 16.11.01 dagegen – nachdem in der Fraktion kalkuliert worden war, dass diese Anzahl an Gegenstimmen nicht die Gefahr birgt, die Koalition zum Kippen zu bringen. Dazu kommt eine Abgeordnete der SPD, die dafür aus ihrer Fraktion austreten muss.

Im Rahmen der Operation "ENDURING FREEDOM" werden bis zu 3.900 Soldaten entsandt, die ab Januar 2002 in Afghanistan eintreffen. Darunter auch mindestens 100 Soldaten des seit 1996 bestehenden "Kommando Spezialkräfte" (KSK), einem Sonderkommando der Bundeswehr für ‚schmutzige' Einsätze. Der Einsatz sollte geheim bleiben, wurde aber von US-amerikanischen Militärs sehr zum Missfallen der deutschen Regierung ausgeplaudert. Was das KSK jedoch genau getan hat, ist bis heute nicht eindeutig geklärt.

Neues Selbstbewusstsein

Zu einer Zäsur in den Beziehungen zu den USA kommt es im Herbst 2002. Das Nein zu einem Krieg gegen den Irak bringt Rot/Grün bei der Bundestagswahl 2002 die entscheidenden Stimmen zur Wiederwahl. Kaum jemand glaubt, dass es nach der gewonnenen Wahl bei dem Nein bleibt. Das Kriegsgeschrei der USA macht es der deutschen Regierung leicht, sich als Friedensapostel und Gegenpol zu den USA darzustellen. Tatsächlich ist die

Verwicklung Deutschlands in den Krieg tiefer, als sie erscheint. Für die Unterstützung wird Deutschland im Herbst 2003 von den USA gelobt.

Rot/grüne Kriegstreiberei – "wegen Auschwitz..."

Wohl gemerkt, es war eine rot/grüne Bundesregierung, die den ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten nach dem 2. Weltkrieg befehligte. Die ‚Lehren', die Rot/Grün dabei aus der deutschen Vergangenheit zog, relativierten die NS-Verbrechen und dienten gleichzeitig der Rehabilitation Deutschlands auf dem politischen Terrain. Man verglich schon im zweiten Golfkrieg den irakischen Diktator Hussein mit Hitler (so wie später Milosevic), und der Einsatz im Jugoslawienkrieg wurde nicht trotz, sondern "wegen Auschwitz" befürwortet. Zum Dienstantritt 1998 versprach Joschka Fischer Kontinuität und erklärte zutreffend, dass es keine grüne, sondern nur deutsche Außenpolitik gebe.

Das Verhalten der deutschen Regierung im Irakkrieg zeigt aber auch das wieder erstarkte Deutschland, das bereit ist, notfalls auch wieder einen Sonderweg zu gehen. Die Worte von Kanzler Schröder am 5. August 2002: "Es ist wahr, wir haben uns auf den Weg gemacht, auf unseren deutschen Weg", lassen Böses für die Zukunft ahnen.

Militarisierung

Zusammengefasst hat sich die Bundeswehr von einer Armee mit Hauptaufgabe Landesverteidigung bei gelegentlichen Auslandseinsätzen zu einer Armee im ständigen Einsatz entwickelt. Im Moment befinden sich 7.200 deutsche Soldaten in sechs militärischen Operationen im Ausland im Einsatz - nach den USA das zweitgrößte Kontingent.

Die im Mai 2003 vorgelegten neuen VPR zeigen, in welche Richtung die weiteren Entwicklungen gehen werden. Darin werden eine Reihe grundlegender Änderungen festgelegt. So soll die Bundeswehr nun offiziell auch im Inneren eingesetzt werden. Auf Seite 18 heißt es unter Punkt 80: "...Zum Schutz der Bevölkerung und der lebenswichtigen Infrastruktur des Landes vor terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen wird die Bundeswehr Kräfte und Mittel entsprechend dem Risiko bereithalten. Auch wenn dies vorrangig eine Aufgabe für Kräfte der inneren Sicherheit ist...". Die Landesverteidigung ist zudem nur noch eine Randaufgabe, das Einsatzgebiet der Bundeswehr ist in Zukunft "weltweit". Zentrale Aufgaben der Bundeswehr sollen Interessendurchsetzung und der "Anti-Terror"-Kampf sein. Und Deutschland sieht sich - so die VPR - als Schlüsselstaat in NATO und "Europäischer Union" (EU). Die EU ist offensichtlich ein - wenn nicht *der* - zentrale Resonanzboden deutscher Außen- und Militärpolitik.

Aber bitte ökologisch...
(Verfremdetes Plakat der "Grünen")

Das "Nein" im Einzelfall des Irak steht für ein künftiges "Ja" zu einer Kriegspolitik, die aus dem Schatten kostspieliger internationaler Verpflichtungen, wie nach dem Golfkrieg 1991 oder in Afghanistan, heraustreten und zukünftig für die Durchsetzung eigener Interessen militärisch eingreifen will.

Ausblicke

Wohin die Reise geht, ist derzeit noch nicht absehbar. Entwicklungen sind jedoch deutlich zu erkennen, an deren Ende auch eine konfrontative Blockbildung Europa gegen USA stehen könnte. Vor allem Deutschland und Frankreich forcieren vehement eine eigenständige militärische Politik der EU. Während des EU-Gipfels im Dezember 2003 in Brüssel entschieden die Staats- und Regierungschefs, dass die EU unabhängig von der NATO militärische Einsätze planen und durchführen kann. Die seit Herbst 2003 bestehende EU-Planungszelle bei der NATO soll zur ständigen Einrichtung werden. Ab 2007 soll eine europäische Eingreiftruppe aus 80.000 Soldaten, davon 18.000 aus Deutschland, für Einsätze bereit stehen, wenn die NATO nicht intervenieren will oder sich nicht auf ein einheitliches Vorgehen verständigen kann. Koordiniert wird diese von Planungsstäben in Berlin, London und Paris. Gleichzeitig ist die Schaffung einer "Europäischen Rüstungsagentur" vorgesehen, die die Rüstung koordinieren soll. Beteiligungen und Aufkäufe deutscher Rüstungsfirmen durch US-amerikanische Rüstungskonzerne werden in Deutschland mittlerweile vehement kritisiert. Der Aufbau eines eigenen Satellitennavigationssystems soll die Armeen der EU in die Lage versetzen, unabhängig von den USA lasergeführte Waffensysteme einzusetzen.

Während für die NATO die so genannte Sicherheitskonferenz jedes Jahr in München der Ort ist, an dem die manchmal gemeinsamen, manchmal unterschiedlichen Interessen bei einem gemütlichen Zusammensein abgesteckt werden, könnte ein anderes Treffen demnächst eine wichtigere Bedeutung bekommen. Ab 2004 soll in Berlin eine "Berliner Sicherheitskonferenz" stattfinden, an der nur die EU-Staaten vertreten sein werden, um ihre militärischen und politischen Interessen abzustimmen. Die EU soll in die Lage versetzt werden, eine große Militäroperation mit einem Jahr Durchhaltevermögen durchzuführen. Ihre Bedeutung wird aber mehr noch im Führen von mehreren gleichzeitigen kleinen und mittleren Aktionen gesehen. Auf Grund der militärischen Überlegenheit der USA in Hinblick auf Haushaltsvolumen, Stärke und Kampfkraft ist aber auch eine nur in Teilen eigenständig handelnde EU unter dem Dach der NATO denkbar. Das macht die Sache aber nicht besser.

Für mehr wird es auch bald nicht mehr reichen...

Von Karl Slegne

Zwei Seiten einer Medaille

Sozialstaat & Sozialkahlschlag

Auf der Abschlusskundgebung der Berliner Demonstration gegen „Sozialkahlschlag“ am 1. November 2003 gab sich der geschäftsführende Sekretär in der Bezirksverwaltung von Ver.di Stuttgart, Bernd Riexinger, kämpferisch: „... wir stehen heute hier, weil wir nicht länger hinnehmen wollen, dass in einer dreisten Art unsere erkämpften und aufgebauten sozialen Sicherungssysteme umgebaut, ausgehöhlt und zerstört werden.“ Etwas später machte er deutlich, was die Gewerkschaften unter „erkämpften und aufgebauten sozialen Sicherungssysteme(n)“ verstehen: „Wir protestieren heute dagegen, dass denjenigen, die durchschnittlich von 978 Euro Rente leben müssen, wenn sie Männer sind, und von gerade mal 570 Euro, wenn sie Frauen sind, ihre Rente gekürzt wird. Wir müssen heute 34 Jahre arbeiten, um eine Rente in Höhe des Sozialhilfesatzes zu bekommen.“

Riexinger fällt nicht auf, welch’ ein Armutszeugnis er dem gewerkschaftlichen Kampf der letzten 120 Jahre um die sozialen Sicherungssysteme ausstellt. Seine Aussage - wer heute 34 Jahre gearbeitet hat, muss mit einer Rente auf Sozialhilfeniveau auskommen – läßt ihn aber keinen Moment an seinem gewerkschaftlichen Auftrag zweifeln.

“Soziale Sicherungssysteme”

Bislang hatte das deutsche Modell des Sozialstaates bis weit in linke Kreise einen guten Ruf. Dass Profit, Lohn und soziale Sicherung eine für alle einträgliche Symbiose auch im Kapitalismus eingehen könnten, war die einhellige Meinung bei Gewerkschaftern, linken Sozialdemokraten und breiten Teilen der Linken. Nun stellt sich immer klarer heraus, dass unternehmerischer Erfolg und Wohlstand der Massen nicht zusammenpassen. Dabei hatte der Sozialstaat – auch nach alter Prägung – niemals den Zweck, ein gutes Leben im Kapitalismus zu ermöglichen.

Die Arbeitslosenversicherung ist die systemgerechte Antwort auf die kapitalistische Kalkulation mit der Arbeitskraft, die nur dann angewendet wird, wenn sich ihr Einsatz rentiert. Die Unterstützung während der Arbeitslosigkeit hat einen dreifachen Sinn. Erstens soll die Arbeitskraft für den Markt erhalten bleiben. Dafür ist ein Minimum von Pflege derselben vonnöten. Zweitens üben die verminderten Bezüge während der Arbeitslosigkeit auf den Betroffenen einen erpresserischen Effekt aus. Da die bisherigen finanziellen Verpflichtungen nicht mehr einzuhalten sind, ist der Arbeitslose gezwungen, so schnell wie möglich eine neue Arbeit zu suchen. Drittens drückt eine für den Arbeitsmarkt taugliche Reservearmee den Lohn der arbeitenden Bevölkerung.

Mit der Krankenversicherung wird der Tatsache Rechnung getragen, dass ein normaler Arbeitnehmer nie und nimmer aus eigener Tasche die Kosten einer halbwegs vernünftigen Behandlung tragen kann. So muss die gesamte Arbeiterklasse mit ihrem Lohn gerade stehen. Damit die Arbeitskraft nicht vorzeitig wegen Schädigungen, die ihr auch durch die Benutzung auf der Arbeitsstelle zugefügt werden, dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung steht, ist die Behandlung zielgenau auf die Wiederverwendbarkeit im Arbeitsprozess zugeschnitten. Behandlungen, die allein dem Wohlbefinden dienen, sind schon längst als überflüssiger Luxus aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen gestrichen worden.

Die Rentenversicherung muss sich mit einem „biometrischen Risiko“ (Rürup), der „Langlebigkeit“ der arbeitenden Bevölkerung, herumschlagen. Da sich während eines gewöhnlichen Arbeiterlebens nicht genug Vermögen anhäufen lässt, um davon im Alter gemütlich zu leben, springt hier der Sozialstaat ein, indem er das arbeitende Kollektiv mit seinen Zwangsbeiträgen für die entsprechende Versicherung dafür haften lässt, was für den Ein-

zelnen unmöglich ist.

Zusammenfassend kann man festhalten: Die staatliche Notfallverwaltung hat den Zweck, die Folgen der kapitalistischen Benutzung des Arbeiters so weit abzufedern, dass die Arbeitskraft weiterhin für den Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, und den ausgemusterten Arbeiter - ob im Alter oder noch in der Blüte seines Lebens - mit einem kärglichen Gnadenbrot zu bedienen. Die notwendigen Kosten dafür hat der Geschädigte in Form der Sozialversicherungen selbst zu tragen. Dabei kann er nicht damit rechnen ausreichend versorgt zu werden, wenn er vom Schicksal der Nichtverwertbarkeit getroffen ist. Denn die massenhafte Produktion von Elendsgestalten hat enorme Einnahmeausfälle bei den Kassen zur Folge, die nach dem Umverteilungsprinzip zu massiven Einschränkungen der Leistungen der Versicherungen führen. Eine entsprechende Erhöhung der Beiträge hält der Sozialstaat aus Gründen, die später noch erläutert werden, nicht für opportun.

Der Sozialstaat selbst ist also das schlagende Argument gegen seine ökonomische Grundlage und umgekehrt. Arbeitslosigkeit und die Ruinierung des Arbeitsvermögens, die die Zwangsversicherungen aufzufangen haben, sind Resultate kapitalistischer Kalkulation mit der Arbeitskraft.

Die Reformen: Gewalttätiger Realismus

Die Politiker diagnostizieren einen Notstand. Die Kassen des Staates sind leer und die Wirtschaft will nicht mehr so richtig wachsen. Die Therapie ist folgerichtig: Die staatlichen Ausgaben werden gesenkt, wenn es sich um Kosten handelt, die keinen erkennbaren ökonomischen Nutzen bringen (da bietet sich das weite Feld des Sozialen an), und die Wirtschaft soll noch kostengünstiger produzieren können, um sich gegen die weltweiten Konkurrenz durchsetzen zu können (Die Lohn- und Lohnnebenkosten geraten hier ins Visier der zuständigen Politiker und Unternehmer). „So kann es nicht weiter gehen", das Verhältnis von Rentnern und Beitragszahlern, von Lohnnebenkosten und Rentabilität, von Kranken und Kosten sei unerträglich geworden, verkünden die „Experten" in den Tageszeitungen. Der Beschluss, dass sich der Bedarf der Massen und das Profitinteresse nicht miteinander vertragen und der Widerspruch nach der letzten Seite hin aufgelöst gehöre, wird als Realismus verkauft, an dem sich keiner vorbeimogeln kann.

Die sachliche Grundlage des „Realismus" der herrschenden Interessen beruht auf der tatsächlichen Abhängigkeit eines jeden untergeordneten Interesses am Geschäftserfolg des Kapitals. Wenn überhaupt darf in der kapitalistischen Gesellschaft ein Interesse außerhalb des Kapitals nur zum Zuge kommen, wenn es sich der Profiterwirtschaftung in irgendeiner Form unterwirft. Von diesem Standpunkt betrachtet kann die Finanzierung von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter nur als Belastung der Wirtschaft gewertet werden, die wegreformiert gehört. Die ideologische Offensive ist entsprechend. Jedes Interesse, das außerhalb des Geschäftserfolgs geltend gemacht werden kann, ist verdächtig und wird bekämpft. Wenn ein

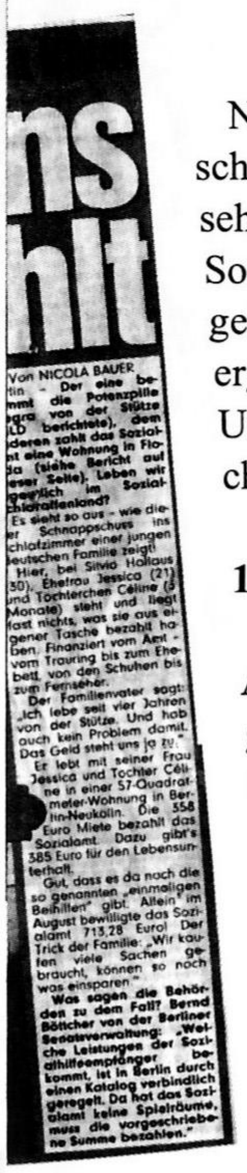
BILD spürt Unrecht auf...

gewisser „Florida-Rolf" auf Kosten der Sozialhilfe ein angenehmes Leben – so wird behauptet - in Florida führt, gehört ihm die Stütze gestrichen. Sozialhilfeempfänger, die angeblich eine bessere Behandlung beim Arzt erfahren als der normale Kassenpatient, werden angefeindet. Viagra auf Staatskosten für Sozialhilfeempfänger darf es laut CDU-Hohmann und übriger Volksmeinung nicht geben. Spaß darf – wenn überhaupt – nur der haben, der einen nützlichen Beitrag für die Gesellschaft, gemeint ist hier die kapitalistische Verwertung, leistet.

Die Reformen im Einzelnen

Die Unternehmer betrachten ihren Anteil an den Kosten für die Sozialversicherungen als Bestandteil des Lohns, der folgerichtig den Namen „Lohnnebenkosten" erhält. Beständig bemüht, die Lohnkosten zu senken, appellieren sie an den Staat, er möge ihnen per gesetzlicher Regelung zur Seite stehen. Mit viel Verständnis reagiert der Staat und hat auch in der Vergangenheit da so einiges bewegt: Die Einführung der Krankenkassenbeiträge für Rentner, die Teilprivatisierung der Rente über die Riester-Rente, Zuzahlungsbeträge zu Medikamenten, Kürzungen bei den Mittel für Zahnersatz, die Abschaffung des Buß- und Bettages zu Gunsten der Pflegeversicherung usw.. Trotzdem kommt es nie zu einer Interessen-Identität zwischen Staat und Kapital.

Während auf der Seite des Kapitals jede/r müde Mark/Euro als unerträgliche Belastung verstanden und als Gefährdung von Arbeitsplätzen verkauft wird, kalkuliert der Staat als ideeller Gesamtkapitalist weitsichtiger. Für ihn sind Kranke und Arbeitslose nicht nur überflüssiger Ballast, sondern potentiell verwertbare Arbeitskräfte. Daher gönnt er den zeitweise Unbrauchbaren eine Unterstützung – wohlgemerkt auf deren Kosten – um sie für ihre weitere Verwendung fit zu halten.


ns
hlt
Von NICOLA BAUER
tin - Der eine be-
mmt die Potenzpille
gra von der Stütze
LD berichtete), den
deren zahlt das Sozial-
nt eine Wohnung in Flo-
da (siehe Bericht auf
eser Seite). Leben wir
gentlich im Sozial-
chlaraffenland?
Es sieht so aus - wie die-
er Schnappschuss ins
chlafzimmer einer jungen
eutschen Familie zeigt!
Hier, bei Silvio Hollaus
30), Ehefrau Jessica (21)
und Töchterchen Céline (5
Monate) sieht und liegt
fast nichts, was sie aus ei-
gener Tasche bezahlt ha-
ben. Finanziert vom Amt -
vom Trauring bis zum Ehe-
bett, von den Schuhen bis
zum Fernseher.
Der Familienvater sagt:
„Ich lebe seit vier Jahren
von der Stütze. Und hab
auch kein Problem damit.
Das Geld steht uns ja zu."
Er lebt mit seiner Frau
Jessica und Tochter Céli-
ne in einer 57-Quadrat-
meter-Wohnung in Ber-
lin-Neukölln. Die 358
Euro Miete bezahlt das
Sozialamt. Dazu gibt's
385 Euro für den Lebensun-
terhalt.
Gut, dass es da noch die
so genannten „einmaligen
Beihilfen" gibt. Allein' im
August bewilligte das Sozi-
alamt 713,28 Euro! Der
Trick der Familie: „Wir kau-
fen viele Sachen ge-
braucht, können so noch
was einsparen."
Was sagen die Behör-
den zu dem Fall? Bernd
Böttcher von der Berliner
Senatsverwaltung: „Wel-
che Leistungen der Sozi-
alhilfeempfänger be-
kommt, ist in Berlin durch
einen Katalog verbindlich
geregelt. Da hat das Sozi-
alamt keine Spielräume,
muss die vorgeschriebe-
ne Summe bezahlen."

Nun stellt sich heraus, dass wohl Millionen von Menschen, die ursprünglich für den Dienst am Kapital vorgesehen sind, dauerhaft nicht mehr benötigt werden und den Sozialversicherungen bzw. dem Staat auf der Tasche liegen. Die Maßnahmen der Bundesregierung und die ergänzenden Vorschläge der Opposition sollen diesem Umstand Rechnung tragen, indem sie die Sozialversicherungssysteme den modernen Verhältnissen anpassen.

1. Reform des Arbeitsmarktes

Millionen Arbeitslose werden in Zukunft kaum die Aussicht haben, ein normales Arbeitsverhältnis einzugehen. Die Notwendigkeit für die staatliche Elendbetreuung, über Jahre hinweg das Arbeitslosengeld, das den Zeitraum bis zur Annahme einer neuen Arbeit überbrücken soll, zu bezahlen, fällt für einen großen Teil der Arbeitslosen weg. Der Staat legt darum mit einigen Übergangs- und Ausnahmeregelungen fest, dass das Arbeitslosengeld (jetzt Arbeitslosengeld I) nur noch 12 Monate lang überwiesen wird. Danach wird das so genannte Arbeitslosengeld II gezahlt, das sich auf Sozialhilfeniveau bewegt. Die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger werden gleich auch in diese Kategorie gesteckt und unter dem Titel „Fördern und Fordern" drangsaliert, jeden beschissenen Job anzunehmen oder die Kürzung und Streichung der Unterstützung zu riskieren.

Beschäftigungsfördernd soll sich die Aufhebung des Kündigungsschutzes in kleineren Betrieben mit bis zu zehn Beschäftigten auswirken. Die sichere Kalkulation des Unternehmers mit seiner Arbeitermannschaft bedeutet eine zunehmende Verunsicherung der Existenz des Arbeitnehmers.

2. Die Gesundheitsreform

Die Senkung der Beitragssätze für die Krankenkassen ist das Ziel der Gesundheitsreform. Erhöhte Zuzahlungsbeträge zu Medikamenten, Eintrittsgelder beim Arzt, Streichung von Leistungen wie Zahnersatz, Brillen, Sterbegeld und Krankengeld sollen die Kassen im kommenden Jahr um rund zehn Milliarden Euro entlasten. Da ca. 90 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung in den gesetzlichen Krankenversicherungen versichert sind, werden diese Maßnahmen auch den größten Teil der Bevölkerung treffen und die Notlage in der einen oder anderen Familie erheblich verschärfen.

3. Rentenreform

Vor einigen Jahren machte die SPD/Grünen-Regierung mit der Einführung der Riester-Rente den bislang radikalsten Schritt zur Aufhebung des bisherigen Modells der sozialen Alterssicherung. Das Rentenniveau soll schrittweise herabgesetzt werden und zum Ausgleich dürfen die Betroffenen mit staatlicher Unterstützung bei Versicherungen und Banken ihr Geld zwecks späteren Ausgleichs der verminderten Rente anlegen. Die Gelder werden nicht mehr einfach vom Lohn abgezogen und dann von den Alten verschwendet, sondern entfalten ihre Wirkung beim Kreditkapital für dessen spekulative Plusmacherei. Ein geniales Vorhaben, das sich Riester bei der Krankenversicherung abgeschaut hat. Das Gesundheitskapital mit Apothekern, niedergelassenen Ärzte und Pharmaindustrie hat sich mit dem Geld der Krankenversicherungen dumm und dämlich verdient.

Die aktuelle Reform setzt das Riester-Werk fort. Die „Nullrunde" im kommenden Jahr, die Übernahme des staatlichen Anteils an den Beiträgen zur Pflegeversicherung durch die Rentner (Eine Maßnahme der Gerechtigkeit, schließlich entlasten die aktiv Beschäftigten mit der Abschaffung eines Feiertags auch ihre notleidenden Unternehmer von den bedrückenden Kosten für die Pflegeversicherung), die Orientierung der Rentenanpassung nicht mehr an dem allgemeinen Bruttoentgelt, sondern an der gesamten Bruttolohnsumme (damit machen Regierung und Opposition übrigens das große Reformwerk ihres Deutschen Nr. 1, Konrad Adenauer, kaputt.) haben zum Ziel, die Beitragssätze zur Rentenversicherung stabil zu halten.

Gerechtfertigt werden die zusätzlichen Belastungen der Rentner mit einer so genannten dramatischen „demographischen Entwicklung": Immer weniger junge arbeitende Menschen müssen immer mehr Alte verköstigen. Die Gesamtlohnsumme, die auch für die unnützen Alten reichen muss, wird halt immer knapper. Das hat aber mit einem tatsächlichen Mangel an Mitteln nichts zu tun. Arbeit ist heutzutage so produktiv, dass mit ihren Früchten ein halbes Altenheim unterhalten werden kann. Schließlich wird ein ganzes Heer ökonomisch unproduktiver Mitglieder der Gesellschaft, die Abgeordneten, Soldaten, Mimen, Maler, Musikanten, Juristen, Lehrer, Personalchefs, Polizisten usw. von den Erträgen der produktiven Arbeiter zum Teil fürstlich bezahlt.

Alle Reformen dienen grundsätzlich einem Zweck, der Senkung der Lohnkosten. Der Sozialstaat wird bei alledem nicht zu Grabe getragen. Der Staat benutzt ihn vielmehr als Hebel gegen die Leute, die auf ihn angewiesen sind.

Fazit

Weite Teile des aktuellen Widerstandes aus den Reihen der Gewerkschaft und von attac beschränken sich auf die Hoffnung, dass ihre Appelle an den Staat, er müsse seiner Verantwortung gegenüber allen Mitgliedern der Gesellschaft gerecht werden, Gehör finden. Gut gemeinte Vorschläge, zur Sanierung der Sozialkassen die Steuern für die Reichen zu erhöhen oder die Rüstungskosten zu senken, gehen dabei an der Realität vorbei. Um Gehör bei den staatlichen Agenturen zu finden, teilen sie zunächst die Einschätzung des Staates im Hinblick auf die defizitären Kassen und unterstellen dann das vermeintliche gemeinsame Anliegen der Behebung der Not. Ein solcher Widerstand muss ins Leere laufen, weil die Ansprüche des Staates im Gegensatz stehen zu den Bedürfnissen der Betroffenen. Die notwendige Resignation, die diesem vergeblichen Aufstand folgt, ist dann nicht Resultat einer Niederlage, da ein Kampf nie stattgefunden hat.

Schwerpunkt: Hohmann & Co

Braune Seilschaften in der Mitte der Gesellschaft

Antisemitismus und rassistischer Nationalismus gelten allgemein als politische Entgleisungen am rechten Rand der Gesellschaft, gegen die sich die demokratische Mitte zu erwehren weiß. Gerade der „Fall Hohmann" hat nach der Propaganda der CDU-Spitze gezeigt, dass für derartige Ansichten in der demokratischen Volkspartei kein Platz sei. Zugleich pocht die CDU darauf, einen „gesunden Patriotismus" und „deutschen Stolz" für sich in Anspruch nehmen zu können. Leute wie Hohmann unterscheiden sich von Leuten wie Koch, Schäuble & Co. lediglich dadurch, dass sie es mit dem offenen Antisemitismus allzu plump betrieben haben.

In Publikationen der extremen Rechten wie der „Jungen Freiheit" ist wöchentlich nachzulesen, wie sich die Grenzen zwischen einer so genannten demokratischen und einer extremen Rechten auflösen. Während ritualisiert und mediengerecht wiederkehrend der Konsens der Demokraten gegen Rechtsextremismus verkündet wird, transportieren Vereinigungen von Unternehmern und etablierten Politikern extrem rechte Inhalte in die Mitte der Gesellschaft. Ein Grund, sich genauer mit personellen wie inhaltlichen Überschneidungen von (National-)Konservatismus und extremer Rechter am Beispiel Hohmann & Co zu beschäftigen.

August Lindler setzt sich inhaltlich mit Hohmanns Rede am „Tag der deutschen Einheit" auseinander und stellt dar, dass dort sowohl offener Antisemitismus wie zugleich staatstragender und mehrheitsfähiger Nationalismus zum Ausdruck kommt. Hohmanns Resonanzboden wird anhand der Äußerungen der CDU-Bundestagsabgeordneten Vera Lengsfeld in der „Jungen Freiheit" exemplarisch verdeutlicht.

Christian Grünert setzt sich mit den Quellen auseinander, aus denen Hohmann in seiner antisemitischen Rede zitierte. Im Zentrum jener Rede stand der klassische NS-Kampfbegriff des „Jüdischen Bolschewismus", der auch den Titel für das Buch von Johannes Rogolla von Bieberstein liefert, aus dem Hohmann den Hauptteil seiner Zitate entnahm. Grünert verdeutlicht, dass Biebersteins Thesen strukturellen Antisemitismus aufweisen.

Joß Fritz und Jörg Kronauer zeigen anhand der Aktivitäten des „Bundes der Selbständigen" Überschneidungen von Nationalkonservatismus und extremer Rechter auf. Anhand der Verbandszeitschrift „Der Selbständige" verdeutlichen sie, wie Inhalte der extremen Rechten in Medien eines traditionsreichen Massenverbandes von Unternehmern verbreitet werden. Jan Raabe setzt sich mit der „Stimme der Mehrheit" auseinander, einer weiteren Organisation in der Braunzone zwischen CDU und Rechtsextremen. Jan Spreuk gibt einen Einblick in die Szenerie der Hohmann-Unterstützer aus der CDU in NRW.

Von August Lindler

"Gerechtigkeit für Deutschland"

Nach seiner antisemitischen Rede galt Martin Hohmann plötzlich als „untragbar". Dabei passt er mit seinen Ansichten doch gut zur CDU wie zur neuen „selbstbewussten Nation".

Der Bundestagsabgeordnete **Martin Hohmann**, Dregger-Nachfolger, ehemaliger Kriminaloberrat der Abteilung Terrorismus des BKA sowie pikanterweise auch Berichterstatter der CDU für die Zwangsarbeiterentschädigung im Bundestag, zeigt in persona exemplarisch den fließenden Übergang von der extremen Rechten zur so genannten politischen Mitte. Über die berüchtigte Rede von Martin Hohmann wurde in der gesamten „Hohmann-Debatte" eigentlich gar nicht viel inhaltlich diskutiert. Es wurde lediglich vermerkt, dass er die Juden als so genanntes Tätervolk stigmatisiert und damit den „Konsens der Demokraten" verlassen habe. Dieses Schweigen über den eigentlichen Inhalt der Rede lässt sich dadurch erklären, dass dieser Inhalt sich nicht wesentlich vom staatstragenden Nationalismus der CDU unterscheidet. Besonders und skandalös ist die offene Artikulation antisemitischer Feindbilder in NS-Tradition in der Hohmann-Rede. Der konstitutive Zusammenhang zwischen Nationalismus und Erinnerungsabwehr, zwischen dem Pochen auf „Schlussstrich" und der Artikulation antisemitischer Feindbilder hingegen ist es, der von der CDU unterschlagen werden muss, um Leute wie Hohmann außerhalb der Parteilinie stellen zu können.

Hohmanns Rede zum „Tag der Deutschen Einheit"

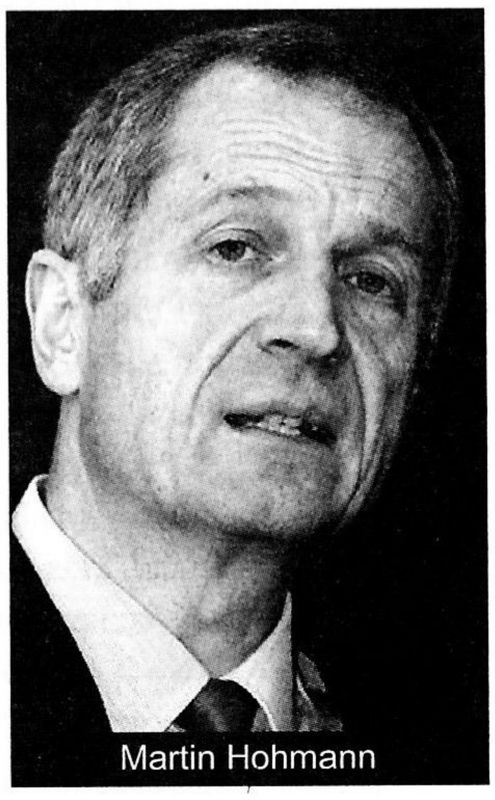
Hohmann hat am „Tag der deutschen Einheit" eine Rede gehalten, die zweierlei aufweist. Sie bedient einerseits sämtliche gängigen politischen Klischees eines politischen Populismus und anderseits sämtliche Feindbildkonstruktionen des religiösen und rassistischen Antisemitismus. Jene Rede beinhaltet also sowohl staatstragenden Nationalismus wie offenen Antisemitismus. In diesem offenen Antisemitismus, der zunächst offiziell auf der Homepage der örtlichen CDU nachzulesen war, sieht **Wolfgang Benz**, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin, einen Skandal: „Einzigartig und neu am jüngsten antisemitischen Skandal ist die Tatsache, dass erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine geschlossen judenfeindliche Argumentation von einem Politiker einer demokratischen Partei vorgetragen wurde, die nicht als rhetorische Entgleisung oder als missglückte Phrase im Eifer des Gefechts mit einer Entschuldigung abgetan wäre."[1]

Zunächst unterscheidet sich die Rede nicht vom gängigen Populismus in der Politik:

Hohmann hetzt im gleichen Ton wie **Stoiber**, **Schröder** oder die „Bild"-Zeitung gegen „Florida-Rolf", gegen „Viagra auf Staatskosten" für Sozialschmarotzer und bedient das Klischee vom betrogenen pflichtbewussten Deutschen: „Aber besonders auch im Verhältnis zum eigenen Staat erahnen viele Deutsche Gerechtigkeitslücken. Sie haben das Gefühl, als normaler Deutscher schlechter behandelt zu werden als andere. Wer seine staatsbürgerlichen Pflichten erfüllt, fleißig arbeitet und Kinder großzieht, kann dafür in Deutschland kein Lob erwarten, im Gegenteil, er fühlt sich eher als der Dumme. Bei ihm nämlich kann der chronisch klamme Staat seine leeren Kassen auffüllen."[2]

Hohmann geriert sich hierbei als Anwalt der Gerechten und verknüpft in klassisch rechtspopulistischer Manier Defizite in der nationalen Wirtschaftspolitik mit angeblich unzulässigen Zahlungsverpflichtungen an die EU sowie an ehemalige Zwangsarbeiter. Dabei zitiert er aus drei seiner Anfragen an die Bundesregierung und aus den Antworten darauf: „Ist die Bundesregierung angesichts der Wirtschaftsentwicklung und des Rückgangs der Staatseinnahmen bereit, ihre Zahlungen an die Europäische Union zu verringern? Die Antwort war: Die deutsche Verpflichtung gegenüber der Europäische Union wird ohne Abstriche eingehalten. (...) Ist die Bundesregierung bereit, sich auch für deutsche Zwangsarbeiter einzusetzen, nachdem für ausländische und jüdische Zwangsarbeiter zehn Milliarden Mark zur Verfügung gestellt worden sind? Die Antwort war: Man könne die beiden Fälle nicht vergleichen. (...) Ist die Bundesregierung angesichts der Wirtschaftsentwicklung (...) bereit, ihre Entschädigungszahlungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (also an - vor allem jüdische - Opfer des Nationalsozialismus) der gesunkenen Leistungsfähigkeit des deutschen Staates anzupassen? Die Antwort war: Nein. (...) Mich haben diese Antworten nachdenklich gemacht, und sie bestätigen die in unserem Land weit verbreitete Anschauung: Erst kommen die anderen, dann wir."

Hohmann plädiert im Einklang mit der staatstragenden Politik für ein selbstbewusstes Deutschland, für „gesunden Patriotismus" und für den Vorrang nationaler Interessen in der Wirtschafts- und Außenpolitik. Diese Interessen sieht Hohmann gefährdet durch eine „Mutzerstörung im nationalen Selbstbewusstsein". Diese Mutzerstörung liegt laut Hohmann in dem ewigen „Vorwurf: Die Deutschen sind das Tätervolk".


Martin Hohmann

Die Aufarbeitung der NS-Geschichte stellt sich nach Ansicht Hohmanns als Neurose dar. Im Stil

der Nationalzeitung erklärt der Festredner auf Stammtisch-Niveau: „Mit nahezu neurotischem Eifer durchforschen immer neue Generationen deutscher Wissenschaftler auch noch die winzigsten Verästelungen der NS-Zeit. Es verwundert, dass noch keiner den Verzicht auf Messer und Gabel vorgeschlagen hat, wo doch bekanntermaßen diese Instrumente der leiblichen Kräftigung der damaligen Täter dienten."

Hohmann erklärt, dass die Deutschen in Wirklichkeit von dem „gottlosen **Hitler**" und seinen Nazis ihrer nationalen Würde beraubt wurden und dafür nun für ewig büßen müssten. Maßgeblich beteiligt an dieser Gängelung sind nach seiner Ansicht die Juden: „Ganz zweifellos steht fest: Das deutsche Volk hat nach den Verbrechen der Hitlerzeit sich in einer einzigartigen, schonungslosen Weise mit diesen beschäftigt, um Vergebung gebeten und im Rahmen des Möglichen eine milliardenschwere Wiedergutmachung geleistet, vor allem gegenüber den Juden." Um sich von der „ewigen Gängelung" befreien zu können, weist Hohmann die angebliche Zuschreibung der Deutschen als Tätervolk damit zurück, dass er im Gegenzug den Bolschewismus als eine Erfindung der Juden darzustellen versucht: „Auf diesem Hintergrund stelle ich die provozierende Frage: Gibt es auch beim jüdischen Volk, das wir ausschließlich in der Opferrolle wahrnehmen, eine dunkle Seite in der neueren Geschichte, oder waren Juden ausschließlich die Opfer, die Leidtragenden?"

Was dann folgt, ist die Stigmatisierung der Juden als so genannte bolschewistische Täter nach Kriterien nazistischer Rassenpolitik: „Viele der für den Bolschewismus engagierten Juden fühlten sich sozusagen als gläubige Soldaten der Weltrevolution", so Hohmann.

Die Zuschreibung der Juden als „bolschewistische Gefahr" speist sich aus der Propaganda des nazistischen Antisemitismus. Bei **Goebbels** hieß es: „Juden waren es, die den Marxismus erfanden, Juden sind es, die mit ihm seit Jahrzehnten die Welt zu revolutionieren versuchen." Der Militärhistoriker **Wolfram Wette** weist darauf hin, dass die Begriffskreation vom „jüdischen Bolschewismus" prägend war für die Kriegspropaganda der Nazis: „In der Metapher vom ‚jüdischen Bolschewismus' wurde das traditionelle nationalistische Überlebensgefühl der Deutschen mit einem aggressiven Antibolschewismus verknüpft, und dieser hatte seinerseits sowohl eine antisemitische als auch eine antislawische Stoßrichtung."[3] Hitler selbst erklärte den geplanten Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion zum Kampf gegen den "jüdischen Bolschewismus", zu einem Krieg der Weltanschauungen: „Dieser kommende Feldzug ist mehr als nur ein Kampf der Waffen; er führt auch zur Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen. (...) Die jüdisch-bolschewistische Intelligenz, als bisheriger ‚Unterdrücker' des Volkes, muss beseitigt werden."[4]

Hohmann bedient sich in seinem Versuch des Nachweises für das klassisch antisemitische Klischee vom „jüdischen Bolschewismus" u.a. der Schriften diverser Antisemiten. So z.B. des amerikanischen Automobilherstellers **Henry Ford**, dessen Schrift „Der internationale Jude" auf den gefälschten antisemitischen „Protokollen der Weisen von Zion" basiert. Ford, ein Bewunderer Hitlers, wurde 1938 von den Nazis mit dem „Adlerschild des Deutschen Reiches" ausgezeichnet. Seine von Hohmann als Beleg zitierte Schrift fand schon in Nazi-Deutschland reißenden Absatz.

Die meisten Zitate aus Hohmanns Rede sind einer unwissenschaftlichen und verschwörungstheoretisch aufgebauten Schrift von **Johannes Rogolla von Bieberstein**, Bibliothekar an der Universität Bielefeld, mit dem Titel „Jüdischer Bolschewismus – Mythos und Realität" entnommen. Ein begeistertes Vorwort zu diesem Werk formulierte der rechte Historiker **Ernst Nolte**. Juden im rassischen Sinne sind das Hauptthema seines Werkes, das die „Jüdische Schuld" am Kommunismus zu ergründen versucht. Hiermit treffen sich Biebersteins Thesen mit denen von Ernst Nolte, wonach der Nazismus eine Art von „Notwehr" gegen die bolschewistische Gefahr gewesen sei. Als Essenz der antisemitischen Zuschreibungen zum Beleg für einen angeblich „jüdischen Bolschewismus" liest sich bei Hohmann heraus: Die Deutschen wurden von dem gottlosen Hitler verführt, und der mörderische Bolschewismus wurde von den Juden inszeniert. Daher sollen die Juden nun endlich mit ihrer Gängelung Deutschlands aufhören, da sie mindestens genauso viel Dreck wie die Nazis am Stecken haben: „Daher könnte man die Juden mit einiger Berechtigung als ‚Tätervolk' bezeichnen. Das mag erschreckend klingen. Es würde aber der gleichen Logik folgen, mit der man Deutsche als Tätervolk bezeichnet."

Die antisemitischen Zuschreibungen dienen Hohmann als Rechtfertigung für seine Umdichtung der Deutschen als Opfervolk: „Meine Damen und Herren, wir haben also gesehen, dass der Vorwurf an die Deutschen schlechthin, ‚Tätervolk' zu sein, an der Sache vorbeigeht und unberechtigt ist. Wir sollten uns in Zukunft gemeinsam gegen diesen Vorwurf wehren. Unser Leitspruch sei: Gerechtigkeit für Deutschland, Gerechtigkeit für Deutsche."

Hohmanns Resonanzboden

Solche Ansichten sind weder etwas Neues bei dem Bundestagsabgeordneten Hohmann noch bei dessen Gesinnungsfreunden. Hohmann ist Mitglied im „Arbeitskreis Konservativer Christen", der sich offensichtlich gleichfalls dem Kampf gegen den „jüdischen Bolschewismus" verschrieben hat und diesen wohl in der Gestalt des Zentralrates der Juden in Deutschland identifiziert hat. In einer Erklärung jenes Arbeitskreises heißt es: „Herr **Spiegel** liiert sich mit antideutschen Kräften innerhalb unserer Bevölkerung und spottet mit ihnen über die deutsche Leitkultur. Mit ihnen findet er sich zum Aufstand der Anständigen zusammen. Niemals sind Sitte und Moral in der Bundesrepublik gröber verletzt worden." Und weiter: „Von Mitgliedern des Zentralrates der Juden in Deutschland wird mittlerweile ein Rundumschlag gegen jede Partei der Bundesrepublik Deutschland geführt, deren Programm sich nicht auf das Kommunistische Manifest oder die gesellschaftszerstörende Weihe der Frankfurter Schule bezieht."

Unter dem Stichwort „Vergangenheit" war auf der

Homepage des Arbeitskreises Konservativer Christen zu lesen: „Es gibt zwei große Problemfelder für uns Deutsche: 1. Das Zusammenleben mit Juden in unserer Republik. 2. Die Politik des Staates Israel." Im Zuge der öffentlichen Debatte um die Hohmann-Rede wurden diese judenfeindlichen Statements von der Homepage heruntergenommen.

Im Auftrag der Zeitschrift „Stern" hat das Meinungsforschungsinstitut FORSA im November dieses Jahres nach Beginn der Hohmann-Debatte eine repräsentative Befragung durchgeführt, deren Ergebnisse beinhalten, dass laut FORSA jeder fünfte Deutsche „latent antisemitisch" eingestellt ist. Laut Infratest-Umfrage vertraten zur Zeit des laufenden Ausschlussverfahrens 49 Prozent der CDU-Mitglieder die Ansicht, dass eine Rede wie die Hohmanns „erlaubt" sein müsse.

Der CDU-Spitze sind derartige Umfragen äußerst unangenehm, da sie die fließenden Übergänge zwischen konservativer und neurechter Propaganda deutlich machen. Es ist das erklärte Anliegen von Nationalkonservativen und so genannter Neuen Rechten, die Nationalisierung und Kulturalisierung des Politischen in die Mitte der Gesellschaft zu rücken.

„Normale" oder „selbstbewusste Nation", „deutscher Stolz" und „deutsche Leitkultur", „nationale Verantwortung" und „nationale Identität" – dies alles sind über symbolische Politik im öffentlichen Bewusstsein verankerte Schlagworte, mit deren Hilfe sich die Maßgaben politischen Handelns verschoben haben. Das Problem von Martin Hohmann war, dass er es mit dem offenen Antisemitismus gar zu plump betrieben hat. Seine Forderungen nach Schlussstrich unter die Vergangenheit und nach „Gerechtigkeit für Deutsche" finden Zustimmung weit über das nationalkonservative Spektrum der CDU hinaus. Exemplarisch verdeutlicht dies ein Interview der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit" mit der CDU-Bundestagsabgeordneten **Vera Lengsfeld**. Die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin, zudem vormals Mitglied des Parteivorstandes von Bündnis 90/Die Grünen, spricht dort von einer „inszenierten Treibjagd" einer linken „Gesinnungsdemokratie" gegen Hohmann. Die Abgeordnete verlangt von der CDU, offensiv gegen die vorherrschende linke Kulturrevolte aufzutreten: „Diese Kulturrevolte ist in ihrer finalen Phase – und Deutschland wird sie nicht unbeschadet überstehen. Die Substanz des Gemeinwesens ist angegriffen: Leistungswille, Verantwortungsbewusstsein, National- und Bürgerstolz."[5] Lengsfeld plagiiert hier das neurechte Feindbild einer kulturellen Vorherrschaft der Achtundsechziger mit deren Diktat politischer Korrektheit: „Politische Korrektheit ist zu einem politisch-moralischen Kreuzzug geraten", das Land sei „von einer geistigen Verkrampfung erfasst", so Lengsfeld, die hiermit noch einmal die von der „Jungen Freiheit" Mitte der 90er Jahre inszenierte Kampagne gegen „political correctness" aktualisiert: „Es ist Aufgabe einer konservativen und liberalen Kulturkritik und Kulturpolitik, diesen Widerstand zu leisten." Im Stil neurechter Kulturkritik wendet sich Lengsfeld gegen einen reinen Verfassungspatriotismus und beschwört in der Tradition von Wolfgang Schäuble den irrationalen Mythos deutscher Schicksalsgemeinschaft: „Bürgersinn aber kann es ohne irrationale, emotionale Identifikation mit seiner Gemeinschaft nicht geben, und staatsbürgerschaftliche Tugenden gibt es nicht ohne bürgerliches Bewusstsein. (...) Staatsbürgerliches Bewusstsein kann nicht nur aus bloßem Verfassungspatriotismus bestehen. (...) Der Staat ist eine Schicksalsgemeinschaft." Das, was die „Junge Freiheit" als bundesdeutsches Flagschiff der so genannten Neuen Rechten seit ihrer Gründung in den öffentlichen Diskurs zu rücken versucht, fordert auch die CDUlerin Lengsfeld als Strategie für die Union: „Leitbegriffe lancieren, Debatten anstoßen und führen, Werte definieren, das politische Prinzip verteidigen: Was soll die Scheu vor Begriffen wie Differenz, Verantwortung, Tradition, Leistung, Elite?" Die neue Rechte war es, die seit den 80er Jahren den Begriff der „Nationalen Identität" in der politischen Debattenkultur zu etablieren versuchte. Bei der CDU-Abgeordneten Lengsfeld scheint dies auf Resonanz gestoßen zu sein: „Die Leitkultur-Debatte war wichtig. Es ging um Selbstbefragung und Selbstvergewisserung. Die Debatte um die Frage, ob wir stolz darauf sein können, Deutsche zu sein, zeigt vor allem eins: das in Zeiten der Verunsicherung und des schnellen Wandels weit verbreitete Bedürfnis vieler Menschen, ihrer nationalen Identität Ausdruck zu verleihen."

Nicht nur das Beispiel Hohmann zeigt, dass ein solches Bedürfnis ohne Nationalismus und Antisemitismus hierzulande nicht zu haben ist.

Martin Hohmann, Jahrgang 1948, Jurist, ist seit 1998 als Dreggers-Nachfolger direkt gewählter Bundestagsabgeordneter der CDU für den Wahlkreis Fulda. Davor war er vierzehn Jahre lang Bürgermeister sei-

Die "Deutschen Konservativen" beten für Hohmann

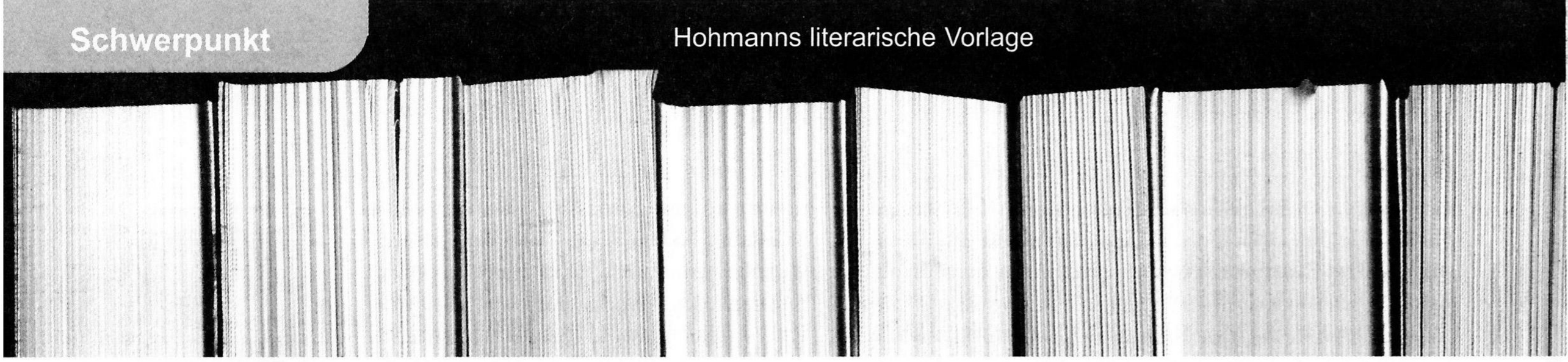
[1] Wolfgang Benz, Lupenreines Exempel. Hohmanns judenfeindlicher Diskurs, in: Süddeutsche Zeitung v. 11.11.03

[2] "Mutzerstörung im nationalen Selbstbewusstsein". Dokumentation: Die in die Kritik geratene Rede des CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann am 3. Oktober im vollständigen Wortlaut, in: Junge Freiheit v. 7.11.2003. Alle folgenden Zitate Hohmanns sind jener Dokumentation entnommen.

[3] Wolfram Wette, Rassenideologische Russland-Feindbilder, in: Bianka Pietrow-Ennker (Hg.), Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt am Main 2000, S. 43

[4] Adolf Hitler, Weisungen für Barbarossa, 3. März 1941; hier zit. nach: Ian Kershaw, Hitler 1936 – 1945, Stuttgart 2000, S. 453

[5] "Die Union muß der Einengung der Meinungsvielfalt entgegentreten" Die ehemalige Bürgerrechtlerin und CDU-Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld über die Affäre Hohmann, die rotgrüne Strategie, "kulturelle" in "strukturelle Mehrheiten" zu verwandeln, und die bürgerliche Agonie, in: Junge Freiheit v. 26.12.2003. Alle folgenden Zitate Lengsfelds sind diesem Interview entnommen.



Von Christian Grünert

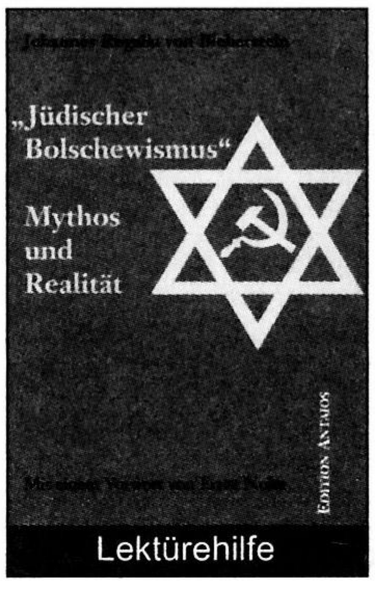
Hohmanns literarische Vorlage

Wie ein klassischer NS-Kampfbegriff und struktureller Antisemitismus unter die Leute gebracht werden

Martin Hohmann mag mit seiner Rede seine antisemitischen Einstellungen zum Ausdruck gebracht haben, selbst ersonnen hat er sie nicht. Er bediente sich dabei eines klassischen NS-Kampfbegriffs, des "jüdischen Bolschewismus". Diesen hatte er mit einer Lektürehilfe aus dem Spektrum der "Neuen Rechten" aufpoliert, dem Buch "Jüdischer Bolschewismus - Mythos und Realität". Verfasser dieses Buches ist der Historiker **Johannes Rogalla von Bieberstein**. Er ist seit 1974 als Bibliothekar der Universität Bielefeld angestellt und zuständig für die Betreuung des Zentrums für Interdisziplinäre Forschung und Frauenforschung. Das Buch ist, als ideologische "Modernisierung" des NS-Klassikers vom "Jüdischen Bolschewismus", eines genauen Blicks wert.

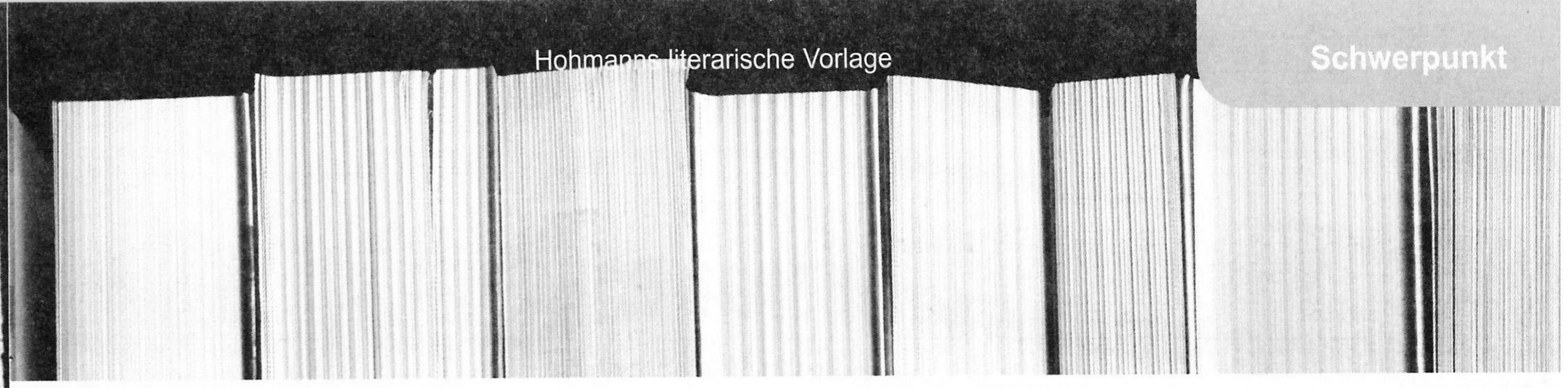
"Jüdischer Bolschewismus" und seine Vorläufer

Verwendet wurde der Terminus "jüdischer Bolschewismus" als ideologischer Kampfbegriff schon vor der NS-Zeit. Im Zuge der November-Revolution und ihrer politischen Nachwehen brandmarkte die Propaganda der rechtsradikalen, reaktionär-konservativen Parteien und ihrer Wehrverbände, der Freikorps, die Revolution und ihre linken bzw. bürgerlich-liberalen Protagonisten bereits mit dem Etikett des "jüdischen Bolschewismus". Dafür wurden verschiedene ideologische Elemente, die zum Teil bereits bei der Mobilisierung der deutschen Bevölkerung für den 1. Weltkrieg eine Rolle spielten, erneut aufgegriffen.[1] Mit Blick unter anderem auf die Revolution in Russland und die daraus angeblich für den Bestand Deutschlands als Inbegriff des christlichen Abendlandes resultierende Gefahr wurde beispielsweise der rassistische Antislawismus der Jahre 1914 bis 1917, gepaart mit einem antikosmopolitischen und deutlich rassistisch akzentuierten Antisemitismus reaktiviert. Die Umsetzung dieser Propaganda verfolgte zwei Ziele. Zum einen suchte sie die Ideen der Revolution im Hinblick auf ihre führenden Akteure in der russischen und der deutschen radikalen Linken als Feindbild zu personalisieren.[2] Zum anderen sollten deren vermeintliche oder tatsächliche gesellschaftspolitische Konzepte für den Deutschen als "nicht artgemäß", "wesensfremd" und "jüdisch" erscheinen. Auf Plakaten und in den Blättern der extremen Rechten verknüpfte man zugleich die russische, die jüdische und die bolschewistische „Gefahr".



Doch die antisemitische Gleichsetzung zwischen Judentum und sozialistischen Strömungen hat ihren Ursprung nicht erst in den Revolutionsjahren 1918/19. Anfang des 20 Jahrhunderts griffen völkische und antisemitische Gruppen und Parteien der wilhelminischen Ära in ihrer antiliberalen und antimarxistischen Propaganda auf antisemitische Verschwörungstheorien noch älteren Datums zurück. Der Kommunismus, so warnten schon kurz nach Erscheinen des kommunistischen Manifests im Jahre 1848 adlige Reaktionäre, sei in Wahrheit eine freimaurererisch-jüdische Verschwörung gegen Christentum und öffentliche Ordnung. Seitdem wurde dieser Vorwurf immer wieder modernisiert und variiert. Marxismus und Liberalismus entstammten der gleichen, jüdischen Wurzel, deren Ziel die Sicherung einer jüdischen Vormachtstellung in Europa sei. Mit dieser Ansicht stand **Houston Stewart Chamberlain**, völkischer Rassist und Guru der frühen NS-Bewegung, nicht allein.[3] Der antisemitisch-antisozialistische Konsens in Deutschland reichte vom reaktionären, militant antisemitischen, protestantischen Hofprediger **Adolf Stoecker**[4] über den Verband der Alldeutschen und die Burschenschaften bis weit in das Lager der nationalliberalen Parteien des deutschen Kaiserreichs.

Die Verwendung des Begriffs „Jüdischer Bolschewismus" in die NS-Bewegung lässt sich schwer einer Person oder Strömung der frühen NSDAP zuordnen.[5] Doch dies ist im Lichte seiner späteren propagandistischen Verwendung durch **Goebbels** auch zweitrangig. Denn innerhalb weniger Jahre stieg dieser Terminus zu einem Schlüsselbegriff der NS-Ideologie und seiner politischen Praxis auf.[6] Er lieferte die ideologische Begründung des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion und der Vernichtung der europäischen Juden. An Zeugnissen darüber, wie sehr die gesamte NS-Führung und weite Teile der deutschen Bevölkerung dem Wahn einer "jüdisch bolschewistischen Weltschwörung" folgten, fehlt es mit Sicherheit nicht.



Das Buch

Rogalla von Biebersteins Buch wird durch ein Vorwort des Berliner Historikers **Ernst Nolte** in den Rang eines wissenschaftlichen Standardwerkes gehoben. Nolte bescheinigt dem Autor den Verdienst, sich des aus seiner Sicht strittigen "Tabuthemas" angenommen zu haben. Nolte plädiert in seinem Vorwort dafür, den Begriff "jüdischer Bolschewismus" seiner verhängnisvollen propagandistischen Verwendung durch die Nationalsozialisten zu entkleiden und auf einen angeblichen realen Kernbestand der Fakten zurückzuführen.

Zwar betont Bieberstein im einem zweiten Vorwort seine Distanz zum rassistischen Antisemitismus, zugleich postuliert er eine historische Schuld der Juden am Verlauf des 20 Jahrhunderts und ihrem eigenen Schicksal. Hier scheint ein klassisch antisemitisches Argument auf, die Juden seien an ihrem Unglück selbst mitschuldig. Das Einführungskapitel stellt sich dem Leser auch weniger als ein ideologiekritischer Themenaufriss, denn als der Versuch dar, die Geschichte des Sozialismus/Kommunismus auf seine jüdischen Akteure und ihre kollektiven und biographischen Prägungen zurückzuführen. Somit wird die Entstehung sozialistischer Strömungen und Theorien allein auf wahlweise assimilierte/liberale oder orthodoxe/verfolgte Juden zurückgeführt. In biographischen Kurzportraits bekannter sozialistischer Theoretiker erfährt man nichts über deren Ansichten, Handlungen oder Fehler, sondern nur und das sehr ausführlich, dass sie Juden waren. Eben die Existenzerfahrung von Ausgrenzung in einer christlich-antijudaistischen Umwelt habe diese Juden zu militanten Atheisten werden lassen, die eine tiefe Feindschaft gegenüber dem Christentum und seiner Kultur verbunden habe. Nicht nur dass der Verfasser damit dem komplexen Interaktionsverhältnis zwischen Judentum, Zionismus, antisemitischem Dominanzdiskurs und Pogromen am Beginn des 20 Jahrhunderts nicht gerecht wird. Suggeriert wird zudem eine besondere Attraktivität verschiedener sozialistischen Strömungen für jüdische Menschen, die jedoch nur für eine Minderheit zutraf. Der Autor bestätigt mit der Verkürzung, der Sozialismus sei eine säkularisierte "jüdisch-messianische Heilslehre", antisemitische Auslegungen. Noch deutlicher wird dies an den Stellen, wo der Verfasser auf Nolte zurückgreifend schreibt, Ursache für den Antisemitismus sei der "überschießende Utopismus" jüdischer Internationalisten von **Marx** bis **Trotzki** gewesen. Wer Antisemitismus letztlich als Reaktion der christlichen Kulturnationen auf den militanten Atheismus jüdischer Linker deutet, kehrt die Kausalkette für die Ursachen von Antisemitismus einfach um.

Dies alles variiert letztlich nur leicht die bekannte These Ernst Noltes, beim Holocaust handele es sich um eine Abwehrreaktion der abendländischen Kultur gegenüber den totalitären Zertrümmerungswut des Kommunismus und seiner jüdischen Akteure.

Rogalla von Bieberstein ist geschickt genug, diese Argumentation, mit Zitaten jüdischer Zeugen für seine Beweisführung zu untermauern. So führt er mit **Arnold Zweig**, **Ferdinand Lassalle** und **Heinrich Heine** prominente jüdische Zeugen für seine Thesen auf. Dabei gerät jedoch aus dem Blick, dass die sozialistische Bewegung nicht der alleinige soziale Ort für die gesellschaftliche und politische Emanzipation für Juden in Europa war. Denn was von Bieberstein für diese nachzuweisen sucht, ließe sich problemlos auch für die Geschichte des politischen Liberalismus nachweisen. Seine Wahrnehmung ist bewusst selektiv und deshalb strukturell falsch.

In weiteren Kapiteln über die Komintern und den stalinistischen Antisemitismus schildert der Verfasser, wie sich der Kommunismus letztlich selbst gegen seine jüdischen Akteure wendet. Dass die Ursache hierfür strukturell im Stalinismus angelegt ist, unterschlägt der Autor. Das Buch ist stilistisch in einem schwer erträglichen Plauderton geschrieben, der eine intellektuelle Komplizenschaft mit dem Leser sucht, was die Wissenschaftlichkeit des Buches ad absurdum führt.

Gewiss, Rogalla von Bieberstein hat kein antisemitisches Hetzbuch klassischen Zuschnitts geschrieben. Doch seine Thesen weisen einen strukturellen Antisemitismus in der Einseitigkeit der Interpretation bekannter Fakten auf. Eben dies ließ Martin Hohmann nach der Lektüre des Buches offenbar zu dem Schluss kommen, die Abwendung von Gott und Christentum, die der Bolschewismus noch vor dem NS über seine jüdischen Akteure vollzogen habe, trage die Schuld am Verlauf des 20 Jahrhunderts. Genau dies stellt eine antisemitische Geschichtsverkehrung dar. Folgen dürfte der Autor des Machwerkes jedoch nicht zu fürchten haben, hüllt sich das Rektorat der Universität Bielefeld doch in peinliches Schweigen. Als die Antifa-Ag des Asta mit Flugblättern und Diskussionsveranstaltung die Auseinandersetzung einforderte, bat das Rektorat um die Einstellung dieser rufschädigenden Tätigkeit.

[1] Vgl. Verhey, Jeffrey: Der "Geist von 1914" und die Erfindung der Volksgemeinschaft; Hamburg 2000

[2] Vgl. Gietinger, Klaus: Eine Leiche im Landwehrkanal: der Mord an Rosa Luxemburg; Berlin 1996

[3] Chamberlains Buch "Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts" galt der völkischen und der frühen NS-Bewegung als Bibel. In ihm wird eine alle gesellschaftlichen Bereiche umfassende jüdische Verschwörung konstatiert und zum Existenzkampf der arischen Rasse aufgerufen. Das Buch erlebte in Nazi-Deutschland hohe Auflagen

[4] Poliakov, Leon: Geschichte des Antisemitismus Bd. 6 : Emanzipation und Rassenwahn; Worms 1981

[5] Vgl. Pätzold, Kurt / Weißbecker, Manfred: Geschichte der NSDAP; Köln 1997 / Friedländer, Saul: Das dritte Reich und die Juden; München 1999
Manche Historiker, so u.a. Joachim Fest personalisieren den für die NS-Ideologie konstitutiven Antisemitismus stark auf einen in den Personen Hitler, Goebbels und Hess quasi pathologisch verankerten Antisemitismus. Diese Sicht blendet jedoch den rationalen Weltanschauungsantisemitismus der SS-Elite völlig aus.

[6] Vgl. Klemperer, Viktor: LTI: Aus dem Tagebuch eines Philologen; Leipzig 1979

Von Joß Fritz und Jörg Kronauer

"Werteorientiert" heim zur Nation

Der "Bund der Selbständigen" und die Sekundärtugenden hart malochender Kleinunternehmer

Vielleicht war sie seine letzte Preisrede, die Laudatio, die **Martin Hohmann** am 9. Oktober im Berliner Hotel Estrel hielt. Geehrt wurde der stellvertretende brandenburgische Ministerpräsident **Jörg Schönbohm**, ein "Preuße aus Überzeugung", wie Hohmann feststellte; ihn ehrten mit ihrem "Mittelstandspreis" die Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer (BVMU) und der nordrhein-westfälische Landesverband des Bundes der Selbständigen (BdS). "Es erfüllt mich mit Stolz, mit dem Mittelstandspreis ausgezeichnet zu werden", bekannte der General und bedankte sich für Hohmanns Laudatio: "Sie hat gut getan."

Schönbohm war nicht der erste prominente Unionspolitiker, der sich über den "Mittelstandspreis" freuen durfte; vor ihm hatten u.a. **Lothar Späth**, **Kurt Biedenkopf**, **Edmund Stoiber** und **Friedrich Merz** die Auszeichnung erhalten. An der politischen Ausrichtung des preisverleihenden nordrhein-westfälischen BdS-Landesverbandes hatten sie sich dabei ebenso wenig gestört wie an Hohmanns Mitgliedschaft in der Unionsfraktion im Bundestag. Wieso auch: Schließlich verkörpert der BdS NRW ein politisches Spektrum, das sich selbst gerne als "werteorientiert" bezeichnet und in fast allen großen Parteien anzutreffen ist - in den Unionsparteien bei den Nationalkonservativen, in der FDP bei den Nationalliberalen, in geringerem Umfang auch auf dem rechten Flügel der Sozialdemokratie.

Traditionsreicher Massenverband

Der Bundesverband der Selbständigen (BdS) ist ein Massenverband mit alter Tradition. Er sieht sich selbst als Nachfolgeorganisation des 1892 in Köln ins Leben gerufenen Verbandes deutscher Gewerbevereine. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er 1951 als Deutscher Gewerbeverband gegründet, heute firmiert er als Bundesverband der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband, hat seinen Sitz in Berlin und betreibt Lobbyarbeit für den selbstständigen Mittelstand. Dabei vertritt er nach eigenen Angaben mehr als 80.000 Mitglieder und verfügt über ein Netz von über 3.000 Orts- und Kreisverbänden in verschiedenen Berufssparten (Handel, Handwerk, Freie Berufe, Dienstleistungen, kleinere und mittlere Industrie). Mit 14 Landesverbänden ist er flächendeckend auch auf Länderebene aktiv.

Die Phrase vom Kleinbürgertum, das unter dem Druck der Krise besonders geneigt ist, sich rechten Ideologien zu verschreiben, ist abgelutscht und einseitig, aber dennoch nicht verkehrt. Der hart arbeitende Kleinunternehmer, der sich unter dem Druck großindustrieller Konkurrenz selbst den Zwang zu Fleiß und Disziplin auferlegt, mag deutschen Sekundärtugenden und autoritären Gesellschaftsentwürfen nicht abgeneigt sein; der Abbau der Rechte von Lohnabhängigen ist für ihn vielleicht wichtiger als für fette Konzerne. Wie auch immer - in einem der BdS-Landesverbände haben es Rechtsaußen-Kräfte geschafft, über lange Jahre hinweg die Verbandsführung zu halten: im Bund der Selbständigen NRW.

Dies zeigt am einfachsten ein Blick in die Verbandszeitschrift "Der Selbständige/DS-Magazin", die zweimonatlich von der Geschäftsstelle am Schwanenwall in Dortmund herausgegeben wird. "Gesellschaftspolitische Zeitschrift für mittelständische Unternehmer" heißt das Blatt im Untertitel, und das verdeutlicht seine Besonderheit: Neben fachlichen Informationen für die Interessengruppe, vermittelt in den Rubriken "Wirtschaft & Mittelstand" und "Betrieb", gibt es vorwiegend Gesellschaftspolitisches in Rubriken wie "Klartext", "Deutschland" oder "DS-Literatur".

"Interessante Zusammenhänge"

Heft 2/2003 etwa bringt in "DS-Literatur" eine erstaunliche Rezension. Es geht um **Gerd Schultze-Rhonhofs** Machwerk "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte". Als "Mischung aus Unkenntnis, Voreingenommenheit und Ignoranz" beurteilt die konservative FAZ den Wälzer des Bundeswehr-Generalmajors a.D.; "es freut mich das die Dinge endlich beim Namen genannt werden", heißt es dagegen auf www.panzer-archiv.de. Ausgewogener gibt sich "Der Selbständige": "Das Ergebnis der Untersuchung ist, dass der Zweite Weltkrieg zwar von Hitler begonnen, jedoch von Staatsmännern aus England, Frankreich und Amerika 'angezettelt' worden ist." Das Buch habe, so heißt es lobend, "sehr interessante Zusammenhänge zutage gefördert, die so bisher noch nicht beschrieben worden sind." Die Redaktion druckt kurz entschlossen eine ganzseitige Werbeanzeige für den verdienstvollen Band.

Die meisten Autoren des Blattes sind aus anderen Zusammenhängen bekannt. Einige davon aus den Unionsparteien, so etwa der Vizepräsident des Europaparlamentes, **Ingo Friedrich** (CSU), oder Staatssekretär a.D. **Friedhelm Ost** (CDU), der sogar als "Ständiger Gastautor" der Zeitschrift firmiert; regelmäßig druckt "Der Selbständige" auch Kolumnen von **Hugo Müller-Vogg** aus der "Welt am Sonntag" ab. Interviewpartner sind ebenfalls oft CDU/CSU-Politiker, so Jörg Schönbohm, **Steffen Heitmann**, **Peter Müller** und **Henry Nitzsche** (CDU) oder **Georg Nüßlein** (CSU). Gelegentlich interviewt das Blatt auch Sozialdemokraten vom rechten Flügel ihrer Partei (**Friedhelm Farthmann**, **Hans Apel**).

Mittelstands-Experten

Daneben findet man in "Der Selbständige" zahlreiche Texte von Autoren, die auch für die "Junge Freiheit" (JF) schreiben. Von **Klaus Hornung** etwa, JF-Kolumnist, umtriebiger Rechtsintellektueller und zeitweise Präsident des rechtskonservativen Studienzentrums Weikersheim, über dessen Jubiläumstagung "Der Selbständige" kürzlich berichtete. Oder von **Michael Wiesberg**, ebenfalls JF-Autor, früher Parlamentarischer Berater der baden-württembergischen REP-Landtagsfraktion und noch in den Jahren 2000 und 2001 Mitarbeiter der REP-Bundesgeschäftsstelle. JF-Autor **Bruno Bandulet**, ehemals Chef vom Dienst der "Welt" und Ex-Aktivist des nationalliberalen "Bund freier Bürger", ist gemeinsam mit Friedhelm Ost "Ständiger Gastautor" des BdS-Blattes. JF-Autor **Eberhard Hamer** arbeitet für "Der Selbständige" gar als Fachredakteur.

Hamer gilt im rechten Milieu als einer der führenden Mittelstands-Experten. 1975 gründete der ehemalige Generalsekretär eines Elektrokonzerns in Hannover das "Mittelstandsinstitut Niedersachsen", seitdem leitet er es. Vor allem bei Nationalliberalen innerhalb und außerhalb der FDP ist seine Meinung gefragt. Hamer, auch Vorstandsmitglied beim rechten "Bund gegen Kirchensteuermissbrauch", hat im Jahr 2000 Strafanzeige gegen den damaligen EKD-Ratsvorsitzenden **Kock** gestellt; durch die Beteiligung der evangelischen Kirche am Entschädigungsfons für NS-Zwangsarbeiterinnen und -Zwangsarbeiter, so erklärte Hamer damals, fühle er sich "betrogen".

Verantwortlicher Redakteur des "Selbständigen" ist der Hauptgeschäftsführer des BdS NRW, **Joachim Schäfer**. Schäfer ist daneben Kuratoriumsmitglied der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer (BVMU), einer bundesweit tätigen Tochterorganisation des BdS NRW, die ebenfalls am Dortmunder Schwanenwall beheimatet ist und offenbar die gesellschaftspolitischen Positionen des BdS NRW auf Bundesebene vertreten soll, da sie der Bundesverband der Selbständigen wohl nicht mitträgt. **Hans-Peter Murmann**, Landesvorsitzender des BdS NRW, gehört dem Kuratorium ebenfalls an, daneben honorige Prominenz: ein ehemaliger Präsident des EU-Rechnungshofes, **Bernhard Friedmann** (CDU), und zwei Staatssekretäre a.D., Friedhelm Ost, der als Kuratoriumssprecher firmiert, und **Norman van Scherpenberg**, Anfang der 1970er Jahre stellvertretender Bundesgeschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates. Mit **Georg-Berndt Oschatz** verfügt das BVMU-Kuratorium auch über einen ehemaligen niedersächsischen Kultusminister, dessen Ruf allerdings etwas angekratzt ist, seit die Festrede bekannt wurde, die er am 7. Oktober 2001 beim Ulrichsbergtreffen gehalten hatte, einem Veteranentreffen, das auch als größtes Treffen früherer SS-Mitglieder gilt.

"Terror der Gutmenschen"

Dem BVMU-Kuratorium gehört auch der stellvertretende Vorsitzende des BdS NRW Martin Hohmann an. Er ist ein Opfer dessen geworden, was BdS-NRW-Hauptgeschäftsführer Schäfer im Untertitel seines jüngsten Buches als "Terror der Gutmenschen" bezeichnet hat. "In Deutschland", so heißt es in einem Werbetext für den im Aton Verlag Unna erschienenen Band mit dem Titel "Stigmatisiert", "ist die freie Meinungsäußerung zum 'halsbrecherischen Risiko' (Walser) geworden. Jeder Versuch, das erstarrte Meinungsklima aufzubrechen, wird erbarmungslos verfolgt und bestraft. Über was gesprochen werden darf, bestimmen die Ideologen der 68er. Erst ein von ihnen sanktioniertes Thema ist ein gutes Thema. Ihre Meinungsführerschaft sichern sie durch die Stigmatisierung Andersdenkender." Erschienen ist der Werbetext in dem führenden neofaschistischen Ideologieblatt "Nation & Europa".

Schäfers Sorgen sind berechtigt. Natürlich nicht, weil die Linke eine wie auch immer geartete Meinungshoheit

innehätte, sondern weil seine politischen Hoffnungsträgerinnen und Hoffnungsträger sich immer wieder durch ein "freies Wort" hervortun, das ihre Gesinnung selbst für deutsche Verhältnisse als Zumutung erscheinen lässt. Martin Hohmann hat es vorgemacht, Henry Nitzsche ist seinem Beispiel gefolgt. "Eher wird einem Moslem die Hand abfaulen, als dass er bei der Christlich-Demokratischen Union sein Kreuz auf den Wahlzettel macht", verkündete der CDU-Bundestagsabgeordnete lauthals - in einem Interview mit der BdS-Zeitschrift "Der Selbständige". Dem Fraktionsausschluss konnte er allerdings trotz der öffentlichen Skandalisierung seiner Auffassung entgehen.

Nitzsche gehört zu einer kleinen Gruppe Unionsabgeordneter, die dem rechten Flügel der Bundestagsfraktion angehören und vom BdS NRW gepuscht werden. Martin Hohmann ist jetzt ausgefallen, schon nach den letzten Bundestagswahlen sind zwei Hinterbänkler ausgeschieden, über deren gegen die PDS gerichtete Bundestagsanfragen der CDU-"Anti-Antifaschist" und Redakteur des "Selbständigen" **Sebastian Prinz** (*vgl. LOTTA Nr. 14 Seite 36*) in der BdS-NRW-Zeitschrift zufrieden berichtet hatte: "Antwort der Bundesregierung: PDS arbeitet mit Extremisten zusammen". Geblieben sind **Erika Steinbach** und **Axel Fischer** - nicht viel. Entsprechend interessiert sich der BdS NRW weiterhin für eine Parteigründung rechts der Etablierten.

Neue Rechtspartei?

"**Möllemann** ist tot, wird es dennoch eine 'Möllemann-Partei' geben?", fragte im Herbst "Der Selbständige" den früheren Möllemann-Intimus **Hans-Joachim Kuhl**. Kuhl berichtete von konkreten Planungen, wollte aber keine definitiven Auskünfte geben und weigerte sich auch, auf Spekulationen von "Der Selbständige"-Redakteur **Marc Peine** einzugehen, der über Möllemanns Todessprung philosophierte ("Kontaktgift (...), wie es in Geheimdienstkreisen zur Eliminierung von unerwünschten Personen eingesetzt wird..."). Die Aussichten für eine neue Partei sind derzeit nicht gut, anders als in den 1990ern - und damals war der BdS NRW kräftig mit von der Partie.

Vor allem die Versuche im nationalliberalen Spektrum, entweder die FDP insgesamt nationalliberal auszurichten oder eine neue nationalliberale Partei zu etablieren, wurden damals vom BdS NRW mit großer Sympathie begleitet. "Da uns als Unternehmer liberal besonders nahe steht, beachten wir die Entwicklung um **Kappel/von Stahl** mit besonderem Interesse", hieß es im Sommer 1997 in "Der Selbständige". "Jetzt Flagge zeigen", hatte ein Jahr zuvor Heiner Kappel, damals einer der führenden Nationalliberalen, in der BdS-NRW-Zeitschrift gefordert; **Achim Rohde**, der damals als Vorsitzender der FDP-NRW-Landtagsfraktion eine entsprechende Entwicklung befürwortete, stand seinerseits dem BdS NRW nahe. "Ich (hätte) es begrüßt, wenn sich die CSU bundesweit ausgedehnt hätte", bekannte der damalige baden-württembergische Finanzminister **Gerhard Mayer-Vorfelder** zur selben Zeit im "Der Selbständige"-Interview.

Für den BdS NRW ist diese Tendenz nicht neu. Als 1974 – ausgerechnet am 9. November - in Mülheim an der Ruhr der Versuch gestartet wurde, mit der Gründung einer DSU (Deutsche Soziale Union) die Politik der CSU bundesweit zu etablieren, wurde der damalige BdS-Vorsitzende **Helmut Kasper** zum stellvertretenden Vorsitzenden der neuen Partei gewählt. Die löste sich schon im Frühjahr 1975 wieder auf. Der BdS NRW hingegen und seine Sympathie für eine neue Rechtspartei bestehen fort.

Anzeige

kämpfen und lesen

DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

[die andere gewerkschaftszeitung]

Probeheft gratis Straßburgerstr. 38 | 10405 Berlin | da-abo@fau.org

Von Jan Raabe

Sprach mit Hohmann die "Stimme der Mehrheit"?

'Neurechter' Braintrust aus Dortmund tief verstrickt

Die Geschwindigkeit, mit der **Martin Hohmann** aus der CDU/CSU-Fraktion geworfen wurde, führte dazu, dass sein politisches Umfeld kaum beleuchtet wurde. Eine jener Gruppierungen, denen er angehörte und deren Ideologie in seiner Rede mitschwang, ist die in Dortmund ansässige "Arbeitsgemeinschaft Freie Publizisten, Schriftsteller und Wissenschaftler - Stimme der Mehrheit" (SdM). Bei dieser mit dem „Bund der Selbständigen" (BdS) verbandelten Arbeitsgemeinschaft handelt es sich um eine rechte Seilschaft, die sich um "die längst fällige geistig-moralische Erneuerung, um die Anerkennung und Förderung der Leistungswilligen in Wirtschaft und Gesellschaft und nicht zuletzt um die Vertretung der Interessen des eigenen Volkes" kümmern will. Man ahnt es schon: Was die SdM als "Diffamierung der Kriegsgeneration als Verbrecher, Instrumentalisierung der Mordtaten Einzelner an Ausländern zur Steigerung des deutschen Selbsthasses, Bagatellisierung der Ausländerkriminalität, Verwässerung des Staatsbürgerschaftsrechts, Stigmatisierung demokratischer rechter Parteien" bezeichnet, läuft auf Hetze gegen Migranten, die Dauerklage über den angeblichen Missbrauch der „sozialen Hängematte" und das Propagieren neoliberaler Wirtschaftskonzepte hinaus. Doch die SdM-Mitarbeiter gehen viel weiter. Geschichtsrevisionismus, ein harter Antikommunismus und „Anti-Antifa"-Tätigkeit gehören ebenso zum publizistischen Aktionsfeld der Organisation. Dabei gehören die Mitglieder zur angeblich reputierlichen "Mitte der Gesellschaft" - Professoren, Abgeordnete, Großkapitalisten.

Offiziell wurde die SdM am 8. Mai 1997 in München gegründet. Im Hintergrund stand dabei als organisatorischer Zusammenhang der „Bund der Selbständigen". Zu den Gründungsmitgliedern gehörten u.a. **Herbert Fleißner**, Verleger und CSU-Mitglied, der Bonner „Anti-Antifa"-Professor **Hans-Helmuth Knütter** (CDU), der ehemalige Generalbundesanwalt und heutige Anwalt der „Jungen Freiheit" (JF), **Alexander von Stahl**, der ehemalige FDP- und spätere „Bund freier Bürger"-Rechtsaußen **Heiner Kappel**, der ehemalige Präsident des „Studienzentrums Weikersheim", **Klaus Hornung**, Ex-„Konkret"-Herausgeber **Klaus Rainer Röhl**, der Parteienforscher **Erwin K. Scheuch**, der Geschichtsrevisionist **Franz W. Seidler**, der "neurechte" **Karlheinz Weißmann** und eben Martin Hohmann. Die zentrale Figur ist BdS-Hauptgeschäftsführer **Joachim Schäfer**, der sich in seinen Büchern auch als SdM-Gründer bezeichnet. Der SDM gehören ihm zufolge „heute mehr als 100 liberale und konservative Schriftsteller, Journalisten, Wissenschaftler und Verleger an".

Der SdM geht es vor allem um die Einbeziehung des rechten Randes in die gesellschaftliche Mitte, um die Veränderung des politischen Klimas. Als hauseigenes Mitteilungsblatt erscheint der "Kompaß", in dem Autoren aus dem Bereich zwischen intellektueller Rechter und Rechtskonservatismus zu Wort kommen. Abonnenten des „Kompaß" bekommen auch direkt das Hausblatt des BdS, „Der Selbstständige", mitgeliefert.

Außerdem bringt die SdM Bücher heraus, die als "Gemeinschaftspublikationen der Stimme der Mehrheit" bezeichnet werden. Die Inhalte gleichen sich immer wieder. Im Band "Kurswechsel" wird die geistig-moralische Wende eingefordert, im Band "Zukunftsmodell" die "Soziale Marktwirtschaft" in einer entgrenzten Form propagiert. Das jüngste Machwerk "Stigmatisiert – Der Terror der Gutmenschen" beklagt: "Das Meinungsklima in diesem Land erstarrte in einem verordneten Schweigegebot." Die "68er Meinungsführerschaft" sei Drahtzieher dieser "Stigmatisierung Andersdenkender", zu denen die Autoren **Kurt Waldheim**, **Steffen Heitmann**, **Ernst Nolte**, die JF und eben auch Martin Hohmann, der im Interview zu Worte kommt, zählen.

Die SdM nennt als "Mitgliedschaften und Kooperationspartner" Organisationen wie die extrem rechte „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft", rechtspopulistisch-neoliberale Strömungen wie den Deutschland-Brief von **Bruno Bandulet**, die Bonner „Gesellschaft für die Einheit Deutschlands" unter **Gerd-H. Komossa**, das Remscheider „Preußeninstitut" und das „Christlich-Konservative Deutschland-Forum". Dass diese, allesamt zum Bereich der Rechten gehörenden Organisationen jedoch die legitimen Interessenvertreter des deutschen Mittelstands sind und die SdM tatsächlich die schweigende Mehrheit der Bevölkerung repräsentiert, muss bei allem völkischen Denken in der BRD bezweifelt werden. Es ist ein rechter Brainstrust, der rechte Inhalte in etablierten Parteien und Strukturen verankern will. Mit Martin Hohmann ist ihnen ein wichtiger Aktivposten auf Bundesebene verloren gegangen.

10 NACHRICHTEN UND BERICHTE

Geistig-moralische Wende eingefordert – Unterstützung für bürgerliches Lager

Die Wahrheit kann nicht geschönt werden

Schriftsteller und Journalisten gründen BDS-Arbeitsgemeinschaft

Gehören zu den Gründungsmitgliedern: Dr. Herbert Fleissner und Hans J. Mahlitz...

...Schriftsteller und Erfolgsautor Klaus J. Groth sowie Historiker Prof. Klaus Hornung.

...selbstbedienungseinrichtung sähen. Frei nach Edmund ...olger werde nahtlos der „Stimme ...r Mehrheit" mißfällig festgestellt, daß diese Wirtschaftsbosse in Billiglohnländern fertigen ...ßen und ihren Gemeinwohlbeitrag für ihr eigenes Land offenbar ...r noch durch Golfspielen in heimischen Gefilden dokumentierten. ...leichem Verhalten von Gehaltsmagern, die ohne eigenes finanzielles Risiko über das Wohl oder We... des Standortes Deutschland ...der mitbeständen, gondeln unallverständliche Worte gesagt ...e in der „Arbeitsgemeinschaft ...ter Publizisten, Schriftsteller und ...senschaftler - Stimme der Mehrheit" zusammengeschlossenen Akteure wollen sich in Zukunft regelmäßig zu aktuellen und grundsätzlichen gesellschaftspo...

ArGe-Sprecher Heiner Kappel...

...und Prof. Dr. Eberhard Hamer.

...tischen Fragen an die Öffentlichkeit wenden, wie ihr Sprecher Heiner Kappel betonte. ...

Von Jan Spreuk

"Endlich einmal normal sein!"

Antisemitismus darf nicht (hörbar) sein: CDU bringt Hohmann-Unterstützer in NRW wieder auf Linie

Michael Oelmann liebt das "klare und richtige Denken", ließ er in einem Brief des Herausgebers die "Wirtschaftsblatt"-Leser einmal wissen. Sein Gehirnschmalz setzte der vormalige Chef des "Standort-Magazins" für den Kreis Mettmann, das er zu "einem der größten regionalen Wirtschaftsmagazine Deutschlands" gemacht hat, freilich nicht nur zur Mehrung seines verlegerischen Erfolgs ein - Oelmann zählte auch zu den Initiatoren des Solidaritätsappells für **Martin Hohmann**. Die Privatadresse des CDU-Mitglieds in Hilden und der Faxanschluss seines Unternehmens "OelmannMedia" in Düsseldorf dienten der Initiative "Kritische Solidarität mit Martin Hohmann" als Kontaktmöglichkeit für Unterstützer.

Überraschend kam sein Engagement für Hohmann nicht. Auch Oelmann gilt in der Union als Rechtsaußen. Und beide sind Autoren der "Jungen Freiheit". Dort empfahl Oelmann den Deutschen als Credo: "Endlich einmal normal sein!" Im September 2000 war es, als er diesen Herzenswunsch kund tat. Zu der Zeit, als der "Aufstand der Anständigen" proklamiert wurde, Oelmann aber trotz aller Neonazi-Übergriffe nichts anderes erkennen mochte als eine "virtuell konstruierte braune Gefahr" und "kalkulierten Fascho-Hype". Aktivitäten gegen Rechts? Für Oelmann waren sie ein Zeichen dafür, dass "Blockwartmentalität, Schnellgerichte und Berufsverbote Einzug in Deutschland halten".

Seine Parteioberen interessierte nicht, wes Geistes Kind Oelmann ist - bis er gegen Merkels Anti-Hohmann-Verdikt aufbegehrte. Eilends wurde er zum Rapport zitiert. Anschließend ließ die örtliche CDU erklären: "Er hat sich vom Inhalt der Rede von Hohmann eindeutig distanziert." Und er entschuldige sich, "wenn er mit seiner Unterzeichnung des Appells die Gefühle von Juden oder anderen Opfern des Nationalsozialismus verletzt haben sollte". Dabei gab diese Erklärung nicht die ganze Wahrheit wieder. Schließlich war Oelmann nicht einer von vielen Unterzeichnern der Erklärung, sondern einer ihrer Initiatoren. Gleichwohl ließ Hildens CDU-Chef **Hans Stockhausen** wenig später wissen: "Herr Oelmann ist in der Hildener CDU kein Thema mehr."

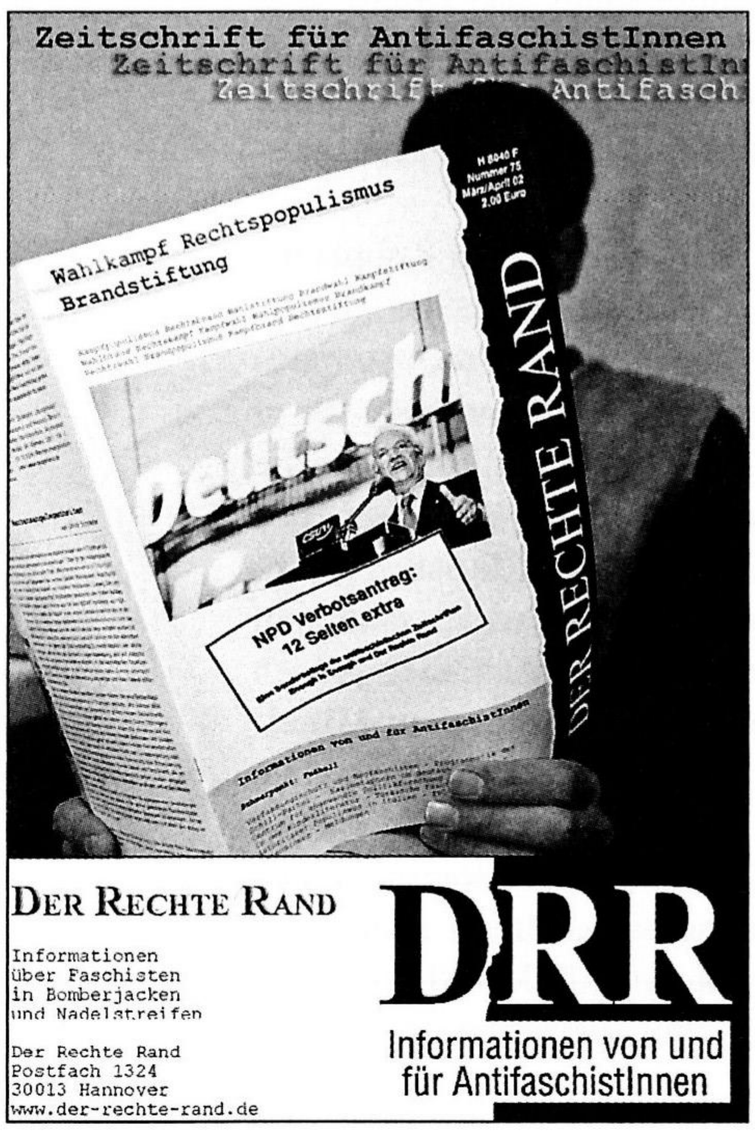
Ernsthaft in die Bredouille geriet er erst, als sich auch wirtschaftliche Konsequenzen seiner Nebentätigkeit rechtsaußen abzeichneten: Anzeigenverluste. Er bemühte sich um Schadensbegrenzung, erklärte, nach Hohmanns Fraktionsausschluss komme für ihn eine weitere Unterstützung des Appells nicht in Frage. Doch sein Abschwören kam zu spät: Anfang Dezember beschlossen die Bürgermeister aus dem Kreis Mettmann, die Geschäftsbeziehungen mit Oelmann zu beenden. 14 Tage später verkaufte er seine Zeitschrift.

Er war nicht der einzige NRW-Christdemokrat, den es an die Seite Hohmanns drängte. Eine der 25 ErstunterzeichnerInnen des Appells für den "verdienten Bundestagsabgeordneten" war **Verena Böhme**, die dem Bezirksausschuss Ratingen-West angehört. Sie beteuerte später, den Inhalt der Hohmann-Rede nicht zu teilen.

Der "Dummheit" bezichtigte sich selbst der Recklinghäuser CDU-Politiker **Hans Knoblauch**. Der 39-Jährige Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten **Erwin Marschewski** hatte die Hohmann-Rede im Schaufenster von dessen Wahlkreisbüro ausgehängt, versehen mit dem Zusatz: "Man darf in Deutschland nicht mehr die Wahrheit sagen." Marschewski feuerte seinen Mitarbeiter. Nachdem Knoblauch anfangs an seinem Verhalten nichts auszusetzen fand, drohte die CDU mit Ausschluss. Eine Woche später hatte er sich besonnen und kam mit einem Verweis davon. "Dumm und verwerflich" habe er gehandelt und sich "in Unkenntnis" der kompletten Hohmann-Rede geäußert, zitierte ihn der WDR. Sein Mandat im Rat legte er nieder. CDU-Kreisvorsitzender **Lothar Hegemann** wurde in der taz so zitiert: Knoblauch könne gar kein Antisemit sein - "er ist seit Jahren mit einer Marokkanerin verheiratet". Ähnlich sieht das inzwischen wohl auch Marschewski. Er will Knoblauch wieder als Referenten einstellen, berichtete die taz.

Am längsten opponierte der Euskirchener Rechtsanwalt **Leo Lennartz** (73). Beim Parteitag in Leipzig beklagte er ein "Klima der Vorverurteilung" in der CDU: "Die Parteimitglieder rebellieren." Hohmann habe "nicht die Chance eines fairen Verfahrens" gehabt, während in der Union "Meinungen verfolgt" würden. Nach seinem Auftritt handelte sich Lennartz einen Rüffel von Landeschef **Jürgen Rüttgers** ein: "Ich will mit solchen Leuten wie Ihnen nicht in einer Partei sein." "Dann soll er doch austreten", wird Lennartz' Erwiderung in der Jungen Freiheit zitiert. Dazu wird es nicht kommen. Auch in NRW setzt sich die Parteiführung durch, wenn es darum geht, Antisemitismus in der Union nicht sichtbar werden zu lassen.

Anzeige



Von Jan Spreuk

"...und ein kleiner brünetter als ihr Führer"

Axel Reitz – ein Neonazi unter der Lupe

Ein Sommertag des Jahres 2000 in einer Kneipe in Langen, vor den Toren Frankfurts: "Nach oben, nach oben", ruft Thomas Brehl. Sein 17-jähriger Zögling soll beim Sprechen nicht stets zu Boden blicken. "Und dann so seherisch in die Ferne schauen, wie der Führer es getan hat", verlangt Brehl. Drei Jahre später: Die rhetorische Niete von damals hat ihre Lektion gelernt - jedenfalls so gut, dass das Neonazi-Fußvolk in Brechten johlt, wenn Axel Reitz, inzwischen 20, ruft, "dass der letzte demokratisch gewählte und meiner Meinung nach auch der letzte rechtmäßige Kanzler des deutschen Volkes Adolf Hitler gewesen ist. Und ich würde an dieser Stelle bewusst lügen müssen, wenn ich sage, es wäre mir unangenehm, wenn dieser Mann heute die Geschicke Deutschlands in seinen Händen halten würde".

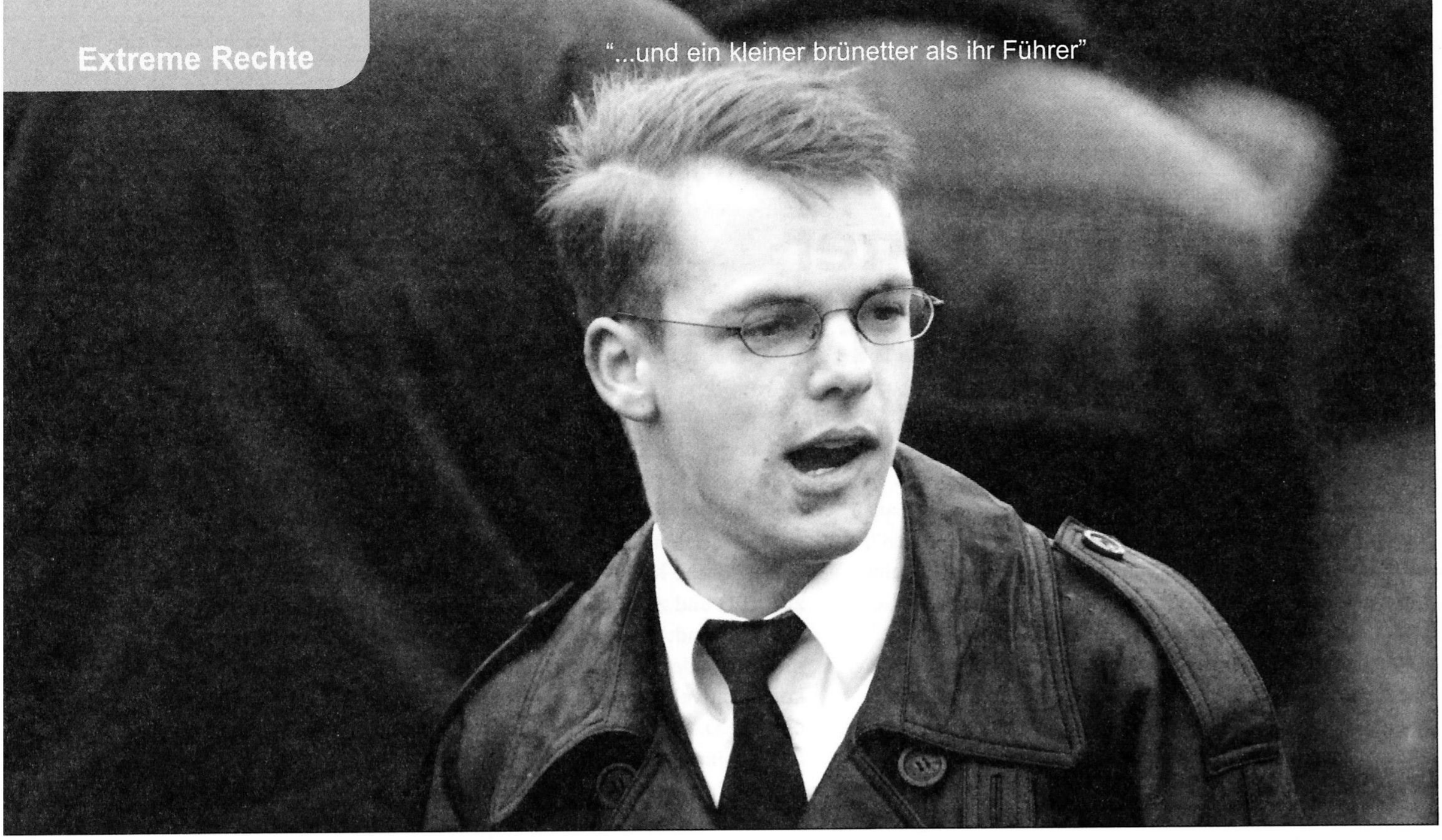
Hinter seinem Rücken mögen einige "Kameraden" schmunzeln über den Nachwuchs-Führer, der seine Defizite, was Größe oder Kraft anbelangt, kaschiert, indem er sich outfitmäßig abhebt vom Gros der Neonazis. Der auch an diesem Hochsommertag im Juli 2003 in Brechten nicht auf den Mantel verzichten will und ohne weißes Hemd, schwarze Krawatte und akkuraten Scheitel kaum denkbar ist. Was ihm physisch fehlt, will er auch mit schneidigen Reden, hart an der Grenze zum Illegalen, ausgleichen, tobt gegen "Neger, Alis, Mustafas", gegen das "kriminelle ausländische Pack", gegen Antifas "von der Aids-Station". Letztere müssen sich keine Sorgen machen, wenn die Seinen wieder herrschen: "Die Volksgemeinschaft wird sich um sie kümmern wie um jeden anderen geistig Behinderten auch."

In Bergheim, vor den Toren Kölns ist er aufgewachsen. Als er 17 ist, verrät er seinen Berufswunsch: "SA-Standarten-Führer". Da ist er schon seit ein paar Jahren fest integriert im braunen Umfeld, bezieht seit langem Material von der NSDAP/AO aus den USA, hat eine Zwischenstation beim NPD-Nachwuchs schon hinter sich. Der war ihm nicht radikal genug. Mit 15 gründet er im Herbst 1998 die "Kameradschaft Köln", schwingt sich zu deren Anführer auf. "Quex" nennen sie ihn – wie den Hitlerjungen im NS-Propagandafilm. Zu Hause fliegt er, noch nicht volljährig, Anfang 2000 raus. Sein Vater distanziert sich von seinem Sohn, sein Rauswurf sei "das einzig Richtige" gewesen, schreibt er in einem "Offenen Brief an die Antifa".

Die "Kameradschaft Köln" ist Reitz' Zuhause, schon als er noch zu Hause lebt. "Wir stehen in der Tradition der nationalsozialistischen Bewegung", ruft er bei einer Versammlung aus, fordert "radikale, nationalsozialistische Kameradschaften" – und das in Abgrenzung zur NPD und zu den JN: "Wir müssen immer das bleiben, was wir sind: Nationalsozialisten und keine Nationaldemokraten oder nationale Demokraten oder sogar Nationalkonservative". "Quex", der sich selbst einmal als Mitglied der NSDAP/AO bezeichnete, spricht Klartext: "In Deutschland sind die Verhältnisse so schlimm, dass wir nur durch einen revolutionären Umsturz den Sieg erringen können." Logisch, dass sich die Kameradschaft, die sich in die Tradition von NSDAP und SA stellt, später den Namen eines Kölner SA-Mannes gibt: Walter Spangenberg.

Als sich der "Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS) im Mai 1999 bildet, gehört Reitz zu den Gründungsmitgliedern. Seine Kölner "Kameradschaft" tritt – soweit erkennbar – geschlossen dem KDS bei. Das Pathos, das dort gepflegt wird, kommt Reitz entgegen. Die Titelsucht ebenfalls. Brehl ist der "Stabschef", auf der Ebene darunter, wo Reitz zu finden ist, avanciert man zum "Gausekretär" und ist eventuell gleichzeitig "Mitglied der Organisationsleitung". Auch die Ehrungen gefallen ihm. Kaum ein Mitglied bleibt ohne Auszeichnung, wenn es ein paar Monate Plakate geklebt hat. Reitz, der einst ganz gerne eine SA-Anstecknadel in der Krawatte trug, ist nun selbst in der Lage, Auszeichnungen huldvoll zu vergeben. Und der KDS garantiert ihm mehr Aufmerksamkeit. Eine Fernsehkamera surrt, als er im Juli 1999 bei einem KDS-Treffen in Köln Gegnern droht: "Denen wird irgendwann der Kopf abgeschlagen werden. Die werden auf den Marktplatz gestellt und werden erschossen für das, was sie getan haben." Was ihn antreibt, ist sein fester Glaube: "Wir glauben auf dieser Erde alleine Adolf Hitler. Wir glauben, dass der Nationalsozialismus der allein seligmachende Glaube ist für unser Volk. Wir glauben, dass es einen Herrgott im Himmel gibt, der uns führt, der uns lenkt, und der uns sichtbar segnet. Und wir glauben, dass dieser Herrgott uns Adolf Hitler gesandt hat. Heil Hitler."

Im KDS stellen die Nordrhein-Westfalen derzeit die fleißigsten "Kameraden". Fünf der sechs lokalen Stützpunkte, die in einer Übersicht im Verbandsorgan "Der Gegenangriff" (Juni 2003) genannt sind, finden sich dort. Nicht ohne das Zutun von Reitz haben sich die Gruppen in Köln-Chorweiler, Wuppertal, Mettmann, Schwelm und Essen gebildet. Und er arbeitet weiter an seiner



braunen Karriere, über NRW und über die Grenzen des KDS hinaus. Auch als Redner ist Reitz inzwischen gefragt. So trat er im vorigen Jahr bei Worchs Leipzig-Demonstrationen ebenso auf wie bei einer Kundgebung auf dem Nürnberger Reichsparteitagsgelände. Gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht wetterte er nicht nur wiederholt in Dortmund, sondern auch in Peenemünde und Halle. Weitere kleinere "Auftritte" in Dortmund, Hagen, Wuppertal, Hamm, Moers und Mönchengladbach durften nicht fehlen. Auch daheim in Köln bleibt er nicht untätig. In früheren Jahren wurden Redebeiträge von ihm dort sogar verboten. Inzwischen darf er wieder das große Wort führen, so zum Beispiel am 3. Januar 2004, bei einer KDS-Kundgebung in Köln unter dem Motto "Gegen das zusammen wirken von Linkenextremisten und Politischer Justiz" und zuletzt am 17. Januar in Hamm.

Im Mai 2002 versuchte Reitz, seine politische Strategie zu skizzieren. Während er die NPD-Postulate des Kampfes um die Straße und um die Köpfe teilt, hält er vom Kampf um die Parlamente wenig. "Sollen wir unsere Anklagen gegen die Missstände in diesem System in einer demokratischen Quasselbude erheben, wo sie vom Volke ungehört verhallen?" Reitz sieht die Seinen und wohl auch sich selbst als letzte Hoffnung des Vaterlands: "Wir sind dazu angetreten, Deutschland zu retten, nicht dieses System. Wir wollen ein gänzlich neues System, eine neue Ordnung." Der "Schicksalskampf unseres Volkes und der Nation" werde auf den Straßen entschieden. "Deshalb, meine Kameraden, heraus auf die Straße! Solange wir marschieren, lebt das Reich!" Ein Reich, das er zum Beispiel bei seiner Rede in Brechten so beschreibt: "Unser Ziel ist die Versöhnung aller Klassen und Stände unseres Volkes. Wir wollen die Volksgemeinschaft!" Und: "Wir werden ein Europa der Vaterländer verwirklichen, frei von Kapitalismus und frei von Kommunismus", wie es "den Kameraden der Waffen-SS als Ordnungsmodell vorschwebte".

Zumindest im mittleren Osten sah er das Staatsmodell, von dem er träumt, schon in etwa verwirklicht. Saddam Hussein besang er mit den Worten: "Er hat den Irak zu einer der orientalischen Art und Mentalität entsprechenden orientalischen Variante des nationalsozialistischen Volksstaates gemacht." Hussein sei "groß und bewundernswert, weil er es geschafft hat, wie unser Führer Adolf Hitler, sein Volk hinter sich zu bringen". Kein Wunder, dass Reitz mit dabei war, als KDS-Kader im Oktober 2002 der irakischen Botschaft in Berlin einen Besuch abstatteten und deren Geschäftsträger mit einer Ehrennadel beglückten. Überraschend war es auch nicht, dass gerade Reitz während des Irak-Kriegs zum gefragten Redner bei Neonazi-Aufmärschen wurde. In Dortmund ließ er sein Publikum wissen: "Genau so wie bis 1945 ein geschlossenes Volk hinter der deutschen Regierung stand, so steht auch hinter dem Irak und dem genialen Führer Saddam Hussein ein geschlossenes Volk." Auch nachdem Saddam der USA in die Hände gefallen war, vergaß Reitz ihn nicht. Eilends meldete sein KDS-Kamerad Paul Breuer für den 20. Dezember in Köln eine Demonstration unter dem Motto "Freiheit für Saddam" an, bei der Reitz seinem nicht einmal 20 Köpfe zählendes Publikum kund tat, Saddams Verbleib in einem Erdloch sei nicht unehrenhaft gewesen, da er in seiner Heimat und bei seinem Volk ausgeharrt habe, wie dies seinerzeit auch der Führer getan habe.

In Charly Chaplins "Der große Diktator" findet sich die Szene, in der Propagandaminister Dr. Garbitsch dem Führer Anton Hynkel seine Vision der zukünftigen Bewohner des Reiches erläutert: "Stellen Sie sich vor, mein Führer: ein Volk voller groß gewachsener, blonder, blauäugiger Menschen, und ein kleiner brünetter als ihr Führer." So gesehen, darf sich auch Axel Reitz, der mit seiner ungebrochenen Radikalität für jenen Teil der Szene wichtig ist, der sich ausdrücklich und ohne Einschränkung auf den historischen Nationalsozialismus bezieht, weiter Hoffnung machen.

Von AntifaschistInnen aus Bielefeld

Neonazismus in Ostwestfalen

Ostwestfalen-Lippe, Ort nationaler Mythen und Bewegungs(t)räume

Nach den Regional- und Lokalberichten über die neonazistischen Szenen im Aachener Raum, im Hochsauer- und Siegerland, im Münsterland, Köln, Dortmund und im Raum Bonn/Rhein-Sieg geht es in dieser Ausgabe in die siebte Runde. Der Blick konzentriert sich dieses Mal auf den an Niedersachsen grenzenden östlichen Teil von NRW, auf Ostwestfalen.

Die Region ist für sämtliche Schattierungen der extremen Rechten ein ganz besonderer Ort. Der Teutoburger Wald und die Externsteine geben ausreichend Möglichkeiten zum Ausleben eines extrem rechten Germanenkultes. An dem vermeintlich "vorchristlichem Heiligtum", den Externsteinen, feiern beispielsweise Germanentümmler, (Neu)Heiden und Esoteriker, aber auch militante Neonazis jedes Jahr zusammen die "Sonnenwende". Die Wewelsburg, zwischen Büren und Paderborn gelegen und von der SS als Mittelpunkt des "Großgermanischen Reiches" auserkoren, ist beliebter Wallfahrtsort, ebenso wie das Kaiser-Wilhelm-Denkmal bei Minden. Ebenso lockt das Hermannsdenkmal, auf der Bergkuppe der Grotenburg bei Detmold gelegen. Triumphierend reckt hier der Cherusker-Fürst Arminus, volkstümlich Hermann gerufen, sein Schwert in die Luft. Er wird als Vorbild für den rassistischen Kampf gegen eine vermeintliche "Überfremdung" dargestellt, hat doch Arminus der Legende nach im Jahre 9 n.Chr aufständische Germanen gegen das römische Heer von Varus zum Sieg geführt und somit das Land vor der "Besatzung" bewahrt. Doch das Bild des "germanischen Kernlandes" hat Brüche, aber wen interessiert es schon, dass Arminus im Jahre 16 eine schwere Niederlage gegen das römische Heer einstecken musste. Auch die Tatsache, dass vermeintliche Kultstätten nach seriösen archäologischen Forschungen erst lange nach den "Germanen" im frühchristlichen Mittelalter zu verorten sind, stört die extreme Rechte überhaupt nicht, sie wähnt sich bis heute im Kampf um einen "urdeutschen" Landstrich.

In Ostwestfalen finden sich diverse extrem rechte Gruppierungen, von denen im Folgenden die "Freien Kameradschaften" und die NPD näher unter die Lupe genommen werden sollen. Ergänzt wird diese Betrachtung durch einen Blick auf die regionale RechtsRock-Szene, die erwartungsgemäß eng mit dem kameradschafts- und parteiförmig organisierten Teil der Neonazi-Szene verbunden ist.

Die NPD als Sammelbecken

Die NPD kann in der Region auf diverse Aktivisten zurückgreifen, die über langjährige Erfahrung verfügen. So machte sich der Bielefelder "Kamerad" **Edgar Arnstedt** zum Beispiel bereits Ende der 70er Jahre als Schläger des JN-Ordnerdienstes, der "Hartung-Bande", einen Namen. Bis heute gehört er zum Kreis der wichtigsten regionalen Aktivisten. Ebenfalls seit Jahren aktiv ist der Vorsitzende des NPD-Bezirkverbandes Ostwestfalen und Kreisvorsitzender des NPD-KV Minden-Lübbecke, **Manfred Gutsche** aus Lübbecke. Der Privatdetektiv ist auch Mitglied des NPD-Landesvorstandes und emsiger Organisator von Veranstaltungen, Schulungen, häufigen Busreisen zu Großdemonstrationen der NPD und vielem mehr. Auch seine Ehefrau, **Martina Gutsche**, ist für die NPD tätig, zeitweilig war auch sie Mitglied des NPD-Landesvorstandes.

Der NPD-Bezirk Ostwestfalen gliedert sich in die Regionalgruppen Bielefeld, Herford, Minden und Gütersloh. Als Sprachorgan des Bezirks fungiert die unregelmäßig erscheinende Postille "Weserwarte".

NPD (Alan Salkeld und Markus Spilker) vorne -
"Freie Kameradschaften" hinten (Dirk Fasold, links mit Glatze)

Von besonderer Bedeutung für die regionale NPD ist **Gerd Ulrich**, der aus der 1994 verbotenen "Wiking-Jugend" hinzu gestoßen ist. Häufig findet man den Detmolder auch fernab von OWL auf neonazistischen Demonstrationen in der ersten Reihe oder am Steuer seines schwarzen VW-Transporters, den er immer mal wieder– teilweise mit martialischen Stahlgitterelementen gegen Steinschlag geschützt – auch als Lautsprecher-Wagen zur Verfügung stellt. Weitere wichtige Aktivposten der NPD in der Region sind **Markus Spilker** sowie **Alan Salkeld** aus dem Kalletal, beide von der NPD in Herford.

Die bislang größte Aktion der regionalen NPD war die Demonstration gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht am 2.2.2002 in Bielefeld. Ca.1.500 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet beteiligten sich an dem Aufmarsch.

"Frei – Sozial" und überregional

Auch die Kader der regionalen "Freien Kameradschaften" können auf eine langjährige Erfahrung in der extremen Rechten zurückblicken. Zu den wichtigsten Führungsfiguren zählen der Mindener **Dirk Fasold** und insbesondere **Bernd Stehmann**. In der bundesweiten Neonazi-Szene gilt Stehmann als gefestigter Straßen-Soldat. Er versucht, auf Schützenfesten, Partys, Konzerten, in Kneipen und auf der Straße Einfluss auf potentielle jugendliche Einsteiger zu bekommen – teilweise mit Erfolg. Stehmann lernte sein Handwerk in den 80er Jahren in Bielefeld im Umfeld der "Nationalistischen Front" (NF) und der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP). Ebenfalls aus verbotenen Neonazi-Parteien stammen der ehemalige FAPler **Detlev Glock** aus Salzkotten und der ehemalige NF-Kader **Meinhard Otto Elbing** aus Bielefeld. Beide gehören bis heute zum Führungspersonal der regionalen Neonazi-Szene. Der als brutaler Schläger bekannte Elbing, der sich eher "nationalrevolutionär" orientiert, blickt auf eine lange Politkarriere zurück. Ob bei den "Grünen", der FAP, der NF oder bei den "neurechten" "Synergies Européennes", überall hat er schon mal mitgemacht. Zumindest zeitweilig trat er mit einer regionalen Kleinstorganisation in Erscheinung: "Widerstand jetzt!" Unter diesem Logo organisierte der ehemalige Student der Sozialpädagogik auch Vortragsveranstaltungen mit Horst Mahler und dem "Bombenhirn" der neonazistischen Szene, dem Sprengstoff- und Waffenexperten **Peter Naumann** aus Wiesbaden.

Zuständig für den Aufbau OstWL: Bernd Stehmann

Unter der tatkräftigen Führung von Bernd Stehmann sind "Kameradschaften" in Bielefeld, Bad Salzuflen, Minden und diversen anderen Kleinstädten der Region entstanden. Eng verknüpft ist die OWL-Szene mit der angrenzenden "Kameradschaft Weserbergland", die u.a. in Minden und Schaumburg Ortsgruppen unterhält. Die "Kameraden" treten im heimischen OWL allerdings selten in Erscheinung, dafür sind sie aber sehr häufig in Niedersachsen und auf nahezu jedem bundesweiten Aufmarsch zu finden. Sei es in Zittau, beim 1. Mai in Halle an der Saale oder jährlich beim "Rudolf Hess-Marsch" im bayrischen Wunsiedel. Und natürlich in NRW. Dabei laufen sie oft nicht nur mit, sondern übernehmen auch Ordnertätigkeiten. Oft stehen Bernd Stehmann hierbei die "Kameraden" **Mark Schöngarth** aus Gütersloh und **Björn Liewald** aus Bielefeld zur Seite.

Der einzige bisher zu verzeichnende größere öffentliche Auftritt der "Freien Kameradschaften" in OWL war deren Aufmarsch gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht am 02.03.2002 in Bielefeld, die den Kameradschaften ein eigenes Profil in Abgrenzung zur NPD-Demo einen Monat zuvor bringen sollte. Was allerdings angesichts der verhältnismäßig niedrigen Teilnehmerzahl scheiterte.

Die seltenen regionalen Auftritte sind nicht etwa Ausdruck von vorsichtiger Zurückhaltung der Szene, sondern ihrer Schwäche. Dem soll mittels Schulungen abgeholfen werden. Motor dieser Bemühungen ist einmal mehr Bernd Stehmann. Laut Informationen aus der Szene hat er es sich zur Aufgabe gemacht, sämtliche umliegenden Städte mit einer "Kameradschaft" zu 'bereichern'. In den umliegenden Ortschaften gäbe es zunehmend rechts orientierte Jugendliche und es sei an der Zeit, dies zu nutzen. Dazu sollte in jeder Stadt ein "Kameradschaftsführer" ausgebildet werden. Um das zu erreichen, organisierte er mit anderen erfahrenen "Kameraden" so genannte "Untersturmführer Schulungen". Zur Ausbildung gehört ein ideologischer Teil, um den sich Detlef Glock und Meinhard Otto Elbing kümmerten. Lernen sollen die angehenden "Untersturmführer" auch technische Aspekte des ‚Kampfes für Deutschland': So steht unter anderem auch der Umgang mit Computern und Funk auf dem Programm. Um die notwendige körperliche Verfassung zu erlangen, stehen für die Anwärter Geländemärsche, darunter ein Abschlussmarsch mit schwerem Gepäck, auf dem Programm. Bei den Schulungen besteht Anwesenheitspflicht und der Erfolg der Teilnehmer wird mittels Prüfungen getestet. Neben diesen internen Schulungen organisierte die Bielefelder "Kameradschaft" immer wieder auch öffentliche Schulungen und Vorträge. Auch die "Kameradschaft

Weserbergland" organisiert Schulungen, hier werden den jungen "Kameraden" jedoch erst einmal, wie zum Beispiel im Januar 2004, die "geschichtlichen und politischen Grundsätze" vermittelt.

Körperkult und Wehrertüchtigung für Fortgeschrittene

Die regionalen "Kameradschaften" werden aber nicht nur bei theoretischen Schulungen und Aufmärschen aktiv. Aus ihren Reihen wird auch ein vielfältiges Freizeitprogramm organisiert, das den Zusammenhalt sichern soll. So findet z.B. jährlich ein Fußballturnier statt. Dazu werden auch "Kameradschaften" aus anderen Bundesländern eingeladen. Fand das Turnier über Jahre am Fuß der Wewelsburg statt, ist es inzwischen ein richtiger Wandercup, ausrichten muss es der Gewinner des jeweiligen Vorjahres. Neben dem Fußballturnier gehört der "Knüppelmarsch" zu den Höhepunkten im neonazistischen Freizeitvergnügen. Auch dieser dient eher dem ideologischen Zusammenhalt und dem Gemeinschaftsgefühl als der körperlichen Ertüchtigung. Dieser Orientierungsmarsch ist eine Mischung aus "Spiel ohne Grenzen", Saufgelage und Wehrsportübung. Der Marsch wird ebenfalls von der Sieger-"Kameradschaft" des letzten Jahres ausgerichtet. Jahr für Jahr reisen befreundete Kameraden aus dem Spektrum der "Freien" und der NPD/JN an, um teilzunehmen. 2003 war die "Kameradschaft Barsinghausen" Ausrichter des Marsches, dieses Jahr sind die "Kameraden" aus Minden an der Reihe.

Ihr Sturm- und Sauflokal ist der Szene allerdings kürzlich abhanden gekommen. Die Bielefelder Kneipe "Postmeister", häufiger Treffpunkt der Szene, musste dank beharrlicher Interventionen durch AntifaschistInnen Mitte 2003 schließen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde über diese Kneipe, die wöchentlich als Treffpunkt für die regionale, gelegentlich auch überregionale Szene diente, auch Nachwuchs rekrutiert, insbesondere aus dem jugendlichen Umfeld.

Jugend- und Erwachsenenbildung

In Ostwestfalen erscheinen drei Neonazi-Fanzines. Stehmann ist Herausgeber der Hochglanz-Postille "Unsere Welt". Politik und Kultur werden in dem überregional vertriebenen Fanzine geschickt vermischt. Es finden sich u.a. Konzertberichte, Interviews mit RechtsRock-Bands, Artikel zu Aufmärschen und politischen Veranstaltungen.

Für das Fanzine "Skinhead Meeting" zeichnet **Jens Niemeier** aus Rödinghausen verantwortlich. Eng mit dem Heft verbunden ist auch der Mediendesigner **Michael "Niete" Stephan** aus Bünde/Hiddenhausen. "Niete" ist stellvertretender Vorsitzender und Co-Trainer des Kick-Box-Vereins "Body Check". Das Fanzine ist gespickt mit sexistischen Texten, Konzertberichten und Lobeshymnen auf die "Dritte Halbzeit", also Hooligan-Schlägereien nach Fußballspielen. Ziel des Machwerkes ist es, unpolitische Jugendliche und Skinheads anzusprechen und über die engere "Kameradschafts"- und RechtsRock-Szene hinaus zu wirken.

"Kampf um die Straße": Demo-Ordner Meinhard Otto Elbing

"Herrlich Hermannsland", das aus dem Umfeld der "Boot Boys Lippe", einer Clique aus rechten Skinheads und Hools aus Bad Salzuflen, kommt, ist das dritte in OWL erscheinende Fanzine. Es ist schlecht kopiert, die Autoren glänzen durch ihren ausgeprägten Hang zur Fäkaliensprache und es hat lediglich regionale Bedeutung. Themen sind Demonstrationen, Konzerte und Fußball-Erlebnisberichte. Dem Stil nach weist es Ähnlichkeiten mit dem "Riesaer Zündblättle" auf, das Logo der Boot Boys Riesa ähnelt auch dem der Bad Salzufler Gruppierung. Verantwortlich für die guten Kontakte dürfte ein aus Riesa zugezogener "Kamerad" sein.

Die Redaktionen aller drei Zines scheinen jedoch seit dem Vorjahr zu schwächeln, die aktuelle Ausgaben lassen seit langer Zeit auf sich warten. Die Gründe hierfür dürften vielfältiger Natur sein: Hausdurchsuchungen und Strafverfahren, wie beim "Skinhead Meeting" oder auch die midlife-Sinnkrise, wie bei Stehmann, dürften zu ihnen zählen.

Alles, was das Arier-Herz begehrt

In OWL sind mehrere Versände beheimatet, die an die Strukturen der "Freien Kameradschaften" angebunden sind. Einer der wichtigsten ist der "Zentralversand". Die Geschäftsführung liegt bei dem NPDler Alan Salkeld. Besitzer sind Bernd Stehmann (60%) und **Kai Schubert** (40%). Der Versand scheint allerdings nicht reibungslos zu funktionieren, so brach die Kooperation mit der Bad Salzufler Gruppe zusammen, die jetzt einen eigenen Versand betreibt. Stehmanns Hoffnung, aufgrund seiner häufigen Arbeitslosigkeit über den Versand seinen Lebensunterhalt zu sichern, scheint sich bislang nicht erfüllt zu haben, dabei bietet das Sortiment alles, was der selbst ernannte Arier braucht, um sein Selbstbewusstsein aufzumöbeln: Von Szene-Kleidung über Tonträger bis hin zu nationalistischer Literatur ist alles im Angebot. Allerdings funktioniert der online-Shop nur schleppend oder gar nicht.

Relativ neu ist der "H8-Rock"-Versand, der über das ehemalige Postfach des "Zentralversandes" in Bad Salzu-

flen erreichbar ist. Anmelder der Internet-Seiten ist **Hendrik Stiewe** aus Bielefeld. Stiewe ist u.a. Mitglied der Bielefelder Burschenschaft "Normannia Nibelungen", eben jener Burschenschaft, die schon durch die Mitgliedschaft des aktiven Neonazis **Marc Strohte** auffiel. Für die Versendung beim H8-Versand ist **Sebastian S.** alias "Mossi" verantwortlich, der aus dem Umfeld der Bad Salzuflener "Kameradschaft" kommt. Neben diversen RechtsRock-CDs finden sich auch alle anderen szeneüblichen Artikel im Sortiment. Stiewe verfügt über sehr gute Verbindungen zur überregionalen RechtsRock-Szene und ist europaweit auf Konzerten unterwegs. Nach einem Outing durch AntifaschistInnen im Rahmen der Kampagne antifaschistischer Gruppen aus NRW "we will rock you - kein raum der nazi-musik!" im Dezember 2003 in Bielefeld ist es aber ein wenig stiller um ihn geworden.

Der dritte wichtige Neonazi-Versand in OWL ist der "Zündstoff-Verlag" bzw. "Z-Versand" aus Clarholz bei Gütersloh, der von **Meinolf Schönborn** betrieben wird. Er weist etliche Ähnlichkeiten mit dem "Klartext-Versand" der 1992 verbotenen "Nationalistischen Front" (NF) auf. Was nicht weiter verwundert, fungierte Schönborn doch als Bundesvorsitzender der NF. In seiner letzten öffentlichen Erklärung in dieser Funktion nannte er bereits die Telefonnummer des "Z-Versandes" als Kontaktmöglichkeit. Über den Versand kann sich die Szene mit Rudolf-Hess-Devotionalien, "White Power"-Ansteckern, Tonträgern und sonstigem rechten Skin- und Hooliganbedarf eindecken.

Bands, Konzerte und Labels

Die bekannteste RechtsRock-Band aus OWL ist "Sleipnir" um ihren Sänger **Marco Laszcz** aus Verl bei Gütersloh. Neben überregionalen Auftritten mit der Band, tritt Laszcz auch solo als Liedermacher auf. Dabei überwiegen inzwischen legalistisch formulierte "Heimatlieder", was nicht immer so war, die Sleipnir-CD "Mein bester Kamerad" wurde wegen Volksverhetzung eingezogen. Auch der Sampler "Der Angriff beginnt", an dem die Band beteiligt ist, wurde indiziert. Nach Gerüchten aus der Szene hat sich die Gruppe zerstritten, Laszcz investiert seine Kraft in das hauseigene Label "Boundless-Records" und seinen Versand "Wolfszeit", der ehemalige Bassist **Maurice Quakernack,** der schon seit Jahren in der rechten Szene aktiv ist und in Bad Salzuflen im Tätowierstudio "Excalibur" arbeitet, soll sich der Band "Bloodrevenge" angeschlossen haben.

"Bloodrevenge" kommt aus dem rechten Black-Metal-Bereich. Die Band-Mitglieder verorten sich in der völkisch-heidnischen Szene. Ende 2002 veröffentlichte die Band zusammen mit den Szenegrößen "Bound for Glory" aus den USA die CD "The Hammer will smash the Cross". Als vermeintlich unpolitische Vorfeldband agiert die weitgehend personenidentische Band "Kältetod".

Seit 2002 nichts mehr zu hören ist von der "Blood & Honour"-nahen Band "Reichswehr" aus Minden, nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Düsseldorfer Formation. Die Combo aus dem Umfeld des Mindener "Kameradschaftsführer" Dirk Fasold coverte u.a. Lieder der Berliner Kultband "Landser".

Im letzten Jahr fanden wieder mehrere Konzerte in Raum Ostwestfalen statt, Schwerpunkte bildeten dabei Bad Salzuflen und Bünde.

Das Label "Christhunt Production" aus Leopoldshöhe ist eines der bundesweit wichtigsten Labels für neonazistische Black-Metal-Musik (*siehe auch Seite 27*). Betrieben wird es von **Marco Martin**. Der integrierte Versand bietet neben Platten von Kultbands wie "Absurd" und "Burzum" auch Eigenproduktionen an. Das Sortiment umfasst eine Mischung aus extrem rechten und 'normalen' Black-Metal-Bands. "Christhunt" hat somit eine Scharnierfunktion zwischen extrem rechter und dem Mainsteam der Black-Metal-Szene.

Zusammenwirken der regionalen Szene und Ausblick

Unabhängig von den üblichen Streitigkeiten, z.B. zwischen NPD und "Freien Kameradschaften", arbeitet die regionale Szene eng zusammen. Gemeinsame Veranstaltungen, Schulungen und gesellige Treffen sind eher die Regel, als die Ausnahme. Diese Zusammenarbeit reicht bis hin zu regionalen, gemeinsamen Strukturen wie der "Initiatve für Wahrheit und Gerechtigkeit", die sich im Rahmen der neonazistischen Aktivitäten gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht 2002 gründete und an deren Aktivitäten sowohl Personen aus dem Spektrum der "Kameradschaften", als auch der NPD teilnahmen. Auch ein Blick auf den von "Freien Kameradschaften" organisierten letztjährigen "Knüppelmarsch", den "3. Blasen- und Schwielenmarsch" im nahen niedersächsischen Barsinghausen, zeigt dieses Zusammenwirken mehr als deutlich. Sieger wurde die NPD Minden mit Unterstützung der "Kameradschaft Weserbergland". Ebenso die Zusammenarbeit von NPD- und "Kameradschafts"-Kadern beim "Zentralversand".

Letztendlich ist in der Praxis das Gemeinsame stärker ausgeprägt, als das Trennende. Ob auf Veranstaltungen in der ostwestfälischen "Heimvolkshochschule Collegium Humanum" in Vlotho *(siehe Seite 28)* oder "auf" dem Haus der extrem rechten Burschenschaft "Normannia Nibelungen", bei Aufmärschen, politischen und/oder kulturellen Veranstaltungen: Man trifft und kennt sich – und arbeitet zusammen.

Die Bedeutung und Stärke der neonazistischen Strukturen in OWL liegt zurzeit nicht in ihrer Stärke und Größe, sondern in dem vorhandenen Potenzial, welches die gut geschulten und seit Jahren aktiven Kader bilden, sowie dem guten Anschluss an regionale rechte Cliquen. Immer wieder gelingt es, diese in das Netz der "Freien Kameradschaften" zu integrieren. Eine wichtige Rolle bei dieser Einbindung spielt die aus Musik und Freizeitvergnügen bestehende Erlebniswelt, die von den Kadern der Region organisiert wird.

[★] Literaturtipp:

Antifa West Bielefeld u.a.:
Stop Lifestyle of Hate
die "extreme rechte" in owl

Bezug gegen 3 Euro:
Antifa West,
c/o BI Bürgerwache,
Rolandstr. 16,
33615 Bielefeld

Von Johannes Lohmann

Das Platten-Label "Christhunt"

Zwischen antichristlicher Jugendkultur und neonazistischem Underground

In Leopoldshöhe, einem kleinen Ort bei Bielefeld, hat das Platten-Label "Christhunt" mit angegliedertem gleichnamigen Vertrieb seinen Sitz. Bei dem Unternehmen von **Marco Martin** handelt es sich um einen der wichtigsten Produzenten und Verkäufer extrem rechter Black-Metal-Musik.

Der Name des Labels und Versandhandels "Christhunt" ("Christenjagd") rekurriert auf die für die Szene konstitutive antichristliche Ausrichtung. Im Kontext allgemeiner Vernichtungsvorstellungen wird im Black Metal der "Krieg gegen das Christentum" propagiert, das als eine Religion der Schwäche gilt. Dabei geht es oftmals nicht nur um die Pose einer radikalen Ablehnung einer als verlogen empfundenen christlichen Moral, sondern gleichermaßen um die Agitation gegen die Wurzeln des Christentums: das Judentum. Antisemitische Verschwörungstheorien, nach denen die Juden mittels der Religion die Welt versklaven wollten, sind in dem Teil der Szene, der sich dem so genannten NS-Black-Metal verschrieben hat, üblich. Hierfür steht z.B. auch die CD "Planet ZOG - The End", ein Produkt der französischen NS-Black Metal-Band "Ad Hominem", die von "Christhunt" vertrieben wird. Auch andere Gruppen im Programm der 1999 gegründeten Firma machen aus ihrer Gesinnung keinen Hehl. Griechische Bands wie "Wolfnacht" oder US-amerikanische wie "Pantheon" bilden auf den Booklets ihrer Produkte Hakenkreuze, SA-Männer oder Hitler-Konterfeis ab.

Anfangs versuchte Christhunt noch, offen neonazistische Propaganda oberflächlich zu kaschieren. So wurde beispielsweise die über das polnische NS-Label "Wolftower Records" produzierte bekannteste deutsche NS-Black-Metal-Band "Absurd" im Versandkatalog von "Christhunt" als "Drusba" angeboten. Solche Versteckspielchen gibt es inzwischen nicht mehr. Das hängt auch zusammen mit der Veröffentlichungspolitik des Labels, das bislang knapp 40 Black-Metal-Alben herausgegeben hat. Wurden in den Anfangsjahren vor allem Bands produziert, die wie "Vilkates" zwar stark rechtslastig sind, sich jedoch als "unpolitisch" definieren, positionierte sich Martin mit Vinyl-Versionen der Alben deutscher 'Größen' des NS-Black-Metals wie "Magog' und 'Totenburg' ganz eindeutig auf der extrem rechten Seite. "Wir marschieren in eine neue Zeit, die von Juden und Christen uns befreit", heißt es auf gleichnamiger LP der sächsischen "Magog", 2002 bei "Christhunt" erschienen. Die Auflage von 500 Stück war schon nach wenigen Wochen ausverkauft. Und auch andere Produkte wie die CD "Strength And Wisdom" der Band "Sadorass", die vom "völkischen Satanisten" **Sven Goldberg** initiiert wurde, erfreuen sich großer Beliebtheit. Eigenangaben des Unternehmens zufolge wird die Bestellliste angeführt von "Absurd", gefolgt von "Magog", "Totenburg" und "Camulos". Die über "Christhunt" veröffentlichte CD "Der Untermensch" von "Camulos" steht seit Ende November 2003 auf dem Index.

Für einen ausgewählten Kreis hielt Martin darüber hinaus immer eine bestimmte Anzahl an klassischen Rechts-Rock-Alben bereit. Auch die neonazistische Postille "Der Förderturm" aus dem westlichen Ruhrgebiet ist hier zu beziehen. In dem Magazin "Unsere Welt" aus Bielefeld durfte Martin unter dem Pseudonym "Wickie" auch schon einmal selbst etwas schreiben.

Dennoch führt sein Versand nicht nur extrem rechte Produkte. Der größte Teil des breiten Angebots, das aus über 400 CDs und fast ebenso vielen LPs, EPs und Demos besteht, ist - wie beispielsweise die Band "Old Man's Child" - dem 'normalen' Black Metal zuzuordnen. So bedient "Christhunt" auch etliche nicht-rechte Kunden und erfüllt eine Scharnierfunktion zwischen 'unpolitischer' und extrem rechter Black-Metal-Szene. Vereinzelte Kritik, wie sie von dem größten deutschen Black-Metal-Magazin "Legacy" kam, tun dem Erfolg des Labels keinen Abbruch. Ganz im Gegenteil, es expandiert: Immer wieder werden neue Bands unter Vertrag genommen. Positive Rezensionen und Interviews mit bei "Christhunt" unter Vertrag stehenden Bands in Magazinen, wie das an jedem Bahnhofskiosk erhältliche "Ablaze", kommen dem Label dabei zugute. Man bedankt sich mit ganzseitigen Anzeigen.

Die Diskussionsforen auf der Homepage von "Christhunt" erfreuen sich großer Beliebtheit. Hier wird über die unterschiedlichsten Themen rund um die Musik diskutiert, angefangen von Black-Metal-Konzerten bis hin zum Prozess gegen die Band "Landser". Die meisten Postings stammen von Neonazis, die sich hier wohl zu fühlen scheinen. So wohl, dass seitens der Moderation auch schon mal eingeschritten werden muss, um Strafverfahren zu vermeiden.

Die Geburtsstätte des VRBHV: das "Collegium Humanum" in Vlotho

Von Gerd Alt

Aufstand der Wahnsinnigen

Der "Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten"

Internationale Holocaust-Leugner formierten sich kürzlich in einem Verein in Ostwestfalen. Ihre Vereinsgründung sehen die Aktivisten als Teil einer Kampagne für einen "Aufstand des Deutschen Volkes".

Zu einer Geburtstagsfeier der neonazistischen Art lud **Ursula Haverbeck-Wetzel** am 8. und 9. November 2003 in die neonazistische Tagungsstätte "Collegium Humanum" (CH) im ostwestfälischen Vlotho. Zu ihrem 75. Geburtstag wünschte sich die Witwe des Altnazis **Werner-Georg Haverbeck** und jetzige CH-Chefin zwei Vorträge zu Themen, die ihr Leben bestimmt haben. Sprechen sollten **Horst Mahler** über "Lüge in Geschichte und Politik" und der Schweizer Holocaust-Leugner **Bernhard Schaub** über "Germanische Mythologie und Christuswesenheit". "Wie es sich gehört bei einer Veranstaltung im CH", heißt es weiter in der Geburtstagseinladung, "sind beide Herren Geschädigte und Verfolgte nach §130" (gemeint ist der §130 StGB, der Volksverhetzung unter Strafe stellt).

Die Gründung des VRBHV

Als wollte Haverbeck-Wetzel beweisen, dass Geschichtsrevisionismus und Volksverhetzung bis heute ihr Leben bestimmen, gründete sie gemeinsam mit Bernhard Schaub sowie Mahler als treibende Kraft im Hintergrund tags darauf eine Art "Internationale der Holocaust-Leugner". Am 9. November wurde der nicht eingetragene "Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten" (VRBHV) aus der Taufe gehoben. An der Gründung wirkten laut einer Pressemitteilung vom 11. November einschlägig bekannte internationale Holocaust-Leugner mit (*vgl. Kasten*). Als Vorsitzender fungiert **Bernhard Schaub**, als seine Stellvertreterin Ursula Haverbeck-Wetzel. In ihrer Eingangsrede auf der Gründungsversammlung bezeichnete die CH-Chefin die Reichspogromnacht als den "Beginn der großen Lüge, die endgültig zu Fall zu bringen Anliegen unseres Vereins sein wird: Der Auschwitz-Lüge". Ebenso deutliche Worte finden sich auch in der Gründungserklärung des VRBHV: "Wir (...) geben Zeugnis davon, daß in allen Erdteilen Menschen redlicher Gesinnung den Holocaust im Sinne einer systematischen Vernichtung der europäischen Judenheit durch die Regierung des Deutschen Reiches bezweifeln." Auf den Abdruck dieser Erklärung in der Ausgabe 5/2003 der CH-Zeitschrift "Stimme des Gewissens - Lebensschutz-Informationen (LSI)" reagierte die Polizei mit einer Durchsuchung der Tagungsstätte. Gegen die LSI-Herausgeberin Haverbeck-Wetzel und den Anthroposophen und Altnazi **Ernst-Otto Cohrs** als Schriftleiter wurden Verfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet. Ausgeweitet wurde das Verfahren dann auch auf Mahler, der die Gründungserklärung des Vereins unterzeichnet hatte.

Vereinsgründung als Teil einer Kampagne

Der Verein hält indes an seinem Ziel fest, Straffreiheit für die Leugnung des Holocaust zu erstreiten. Es gehe darum, "durch organisierte Anstrengungen die bisher vorherrschende Vereinzelung der Verfolgten aufzuheben, (...) die notwendige Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu gewährleisten und die finanziellen Mittel für einen erfolgreichen Rechtskampf bereitzustellen." Offensichtlich hat man auch bereits betuchte Spender gefunden. So fragt Haverbeck-Wetzel in einem Schreiben an Horst Mahler: "15.000 Dahrlehn und 10.000 Spende, wäre Dir das recht?" Nicht ohne darum zu bitten, diese Geldangelegenheit "unter uns und den drei beteiligten Freunden [zu] lassen."

Die Vereinsgründung ist Teil einer breit angelegten Kampagne, die am 5. Februar 2003 mit dem "Verdener Manifest" startete, für das Horst Mahler und **Rigolf Hennig** verantwortlich zeichnen. "Der Aufstand gegen die Jüdische Weltherrschaft hat in Palästina mit der 2. Intifada begonnen. Der Befreiungskrieg setzt sich jetzt fort in Deutschland mit dem Angriff auf das Dogma von den 6 Millionen im Gas umgekommenen Juden", heißt es in diesem.

Mahler bedient sich einer bislang wenig beachteten Steilvorlage aus der Mitte der Gesellschaft. Diese Vorlage lieferte das Heft 5/2002 der Zeitschrift "Osteuropa", die von der "Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde" unter der Präsidentschaft von **Rita Süßmuth** herausgegeben wird. Der Spiegelredakteur **Fritjof Meyer** schrieb in dieser Zeitschrift unter der Überschrift: "Die Zahl der Opfer von Auschwitz - Neue Erkenntnisse durch neue Archivfunde"[1], dass in Auschwitz ‚nur' etwa 510.000 Menschen ermordet worden seien. Eine Behauptung, die auf Recherchefehler beruht, wie andere Historiker überzeugend darlegen. "Der Veröffentlichung des Meyer-Artikels in der Zeitschrift [...] Osteuropa" kommt nach Mahler "deshalb eine besondere strategische Bedeutung zu", weil es die deutsche Justiz nicht wagen würde, gegen Fritjof Meyer und Rita Süssmuth wegen Volksverhetzung vorzugehen. Den besagten Artikel verschickten nun einige Aktivisten aus dem Umfeld des späteren Holocaustleugner-Vereins an Prominente in Deutschland, um anschließend Selbstanzeige wegen Volksverhetzung zu erstatten. Dahinter steckte die Absicht, durch die Abweisung derartiger Anzeigen einen Freibrief für eine Auschwitz-Relativierung zu erlangen. Die Selbstanzeigen in Berlin (hier hatte **Imke Barnstedt** Selbstanzeige erstattet), in Bielefeld (Selbstanzeige von Haverbeck-Wetzel) und Bochum (**Edgar Forster**) wurden wegen mangelndem Tatverdacht tatsächlich abgewiesen, was die Holocaust-Leugner weiter motivieren dürfte.

Interesse an dieser Selbstanzeige-Kampagne zeigte auch der finanzkräftige Solinger Bauunternehmer **Günther Kissel**, der das ebenfalls betuchte Ehepaar **Lutz und Gisela Limmer** aus Meerbusch (Kreis Neuss), Haverbeck-Wetzel, Horst Mahler, Rechtsanwalt **Hajo Herrmann** aus Düsseldorf (*siehe Artikel auf Seite 30*) sowie den Vlothoer Holocaust-Leugner **Udo Walendy** nebst Gattin für den 19. August 2003 in sein Privathaus einlud und später weiteres Material über die Selbstanzeige-Aktion anforderte.

Der Wartburg-Aufstand

Bereits am 30. Juli 2003 hatten sich einige Aktivisten aus dem Umfeld des Vereins auf der Wartburg versammelt, um öffentlich zu bekunden, dass sie den Holocaust für eine Lüge halten. Die Wartburg als Ort war aber nur eine Notlösung, eigentlich war das Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers in Auschwitz vorgesehen. Da der Ausweis Mahlers im Vorfeld der Reise aber von der Polizei eingezogen worden war, versuchte man es zunächst vergeblich auf dem Gelände des ehemaligen KZ Buchenwald, um dann letztendlich auf die Wartburg auszuweichen. Hier versammelte sich der Kreis um Mahler, der in der Manier eines Verschwörers vier Sätze vorgab, die die Umstehenden nachzusprechen hatten. Darunter auch der Sätze "Den Holocaust gab es nicht" und "Das Deutsche Reich kommt im Aufstand des Deutschen Volkes zu sich." Koordiniert wurde die Fahrt von **Rainer Link** aus Berlin, der auch das Material für die Ausstaffierung der Holocaust-Leugner besorgte und dem ehemaligen Hausmeister, nun Sekretär, des CH, **Ralf Steinke**.

Reaktionen aus der extremen Rechten

Harsch reagieren Mahler und Haverbeck-Wetzel auf Kritiker der Kampagne aus dem extrem rechten Lager. Der NPD-Parteivorstand z.B. beschloss auf seiner Sitzung vom 8./9. März 2003, Mitglieder und Anhänger der Partei aufzufordern, sich nicht an der Kampagne Mahlers zu beteiligen. Zehn Tage später trat Mahler aus der NPD aus. Dieser wirft er vor, sie wolle "sich in der Bundesrepublik Deutschland einhausen". Er hingegen wolle das "Deutsche Reich" wieder auferstehen lassen und sehe "die Judenfrage im Zentrum der gegenwärtigen Krise". **Winfried Krauss**, einer der Programmverantwortlichen der NPD, warf Mahler darauf hin vor, er würde wie ein "Klassenkasper" agieren, der den Bezug zur Realität verloren habe. Anders **Marc Strothe**, ehemaliger Sprecher der Aktivitas der Bielefelder Burschenschaft "Normannia Nibelungen". In einer E-Mail u.a. an den "Nationaldemokratischen Hochschulbund", das "Deutsche Kolleg", **Christian Worch** und **Bernd Stehmann** ließ er erkennen, dass er die grundsätzliche Position Mahlers und des Holocaustleugner-Vereins teilt. Er mahnte aber an, nur "gefestigte Volksgenossen" in die Kampagne einzubeziehen und niemanden zu verheizen. Für derlei ‚Rücksichtnahme' hat Mahler indes kein Verständnis: "Unserem Volk" wäre "schon längst wieder eine Kampf-Elite (...), der Waffen-SS vergleichbar" entwachsen, würde die "Untugend der Feigheit" nicht derart gepflegt werden.

Fazit

Zwar stecken unübersehbare Wahnvorstellungen hinter dem Agieren Mahlers, Haverbeck-Wetzels und ihrer Anhänger, angesichts der erschreckenden Ergebnisse, die z.B. die EU-Studie über Antisemitismus ergeben hat, kann antisemitischer Wahn in der BRD jedoch durchaus auf ein breites Publikum hoffen.

Die Gründer des VRBHV

Ernst Zündel
Holocaust-Leugner, in kanadischer Haft

Ingrid Zündel-Rimland
Ehefrau Ernst Zündels, USA

Robert Faurisson
Holocaust-Leugner, Frankreich

Rainer Daehnhardt
Extrem rechter Revanchist, Portugal

Germar Rudolf
Holocaust-Leugner, England

Jürgen Graf
Holocaust-Leugner, Weißrußland

Gerd Honsik
Holocaust-Leugner, Spanien

Wilhelm Stäglich
Holocaust-Leugner, Deutschland

Fredrik Töben
Holocaust-Leugner, Australien

Andres Studer
Holocaust-Leugner, Portugal

Hans-Dietrich Sander
Herausgeber der "Staatsbriefe", Deutschland

Manfred Roeder
Holocaust-Leugner, Deutschland

Frank Rennicke
Neonazistischer Liedermacher, Deutschland

Hans Schmidt
Ehem. SSler, Geschichtsrevisionist, USA

Anneliese Remer
Witwe des Holocaust-Leugners Ernst-Otto Remer, Spanien

Von der AG "Zurück nach Workuta!"

"Politischer Soldat? Was sonst!"

Ritterkreuzträger Hajo Herrmann immer noch an der Front

Sein gesamtes Leben hat **Hajo Herrmann** für die "gerechte Sache" gekämpft. Zuerst in Spanien für Franco, bis zur Niederlage für den Führer, später als Rechtsanwalt, Autor und Referent gegen "Geschichtsverfälschungen". Und der heute 90-jährige Düsseldorfer denkt offenbar nicht an Kapitulation. Schließlich wird er sowohl von der Riege der Auschwitzleugner als Rechtsbeistand benötigt, als auch als "Zeitzeuge des II. Weltkrieges" für Vorträge, in Bundeswehr-Kasernen zum Beispiel.

Der Mann ist ein Held, da sind sich fast alle einig. Und schließlich ist das ja auch ‚belegt': Dem Jagd- und Kampfflieger wurde sogar die "Tapferkeitsauszeichnung", das "Ritterkreuz", verliehen. Ein mutiger Draufgänger. Und erfolgreich oberdrein. Und deshalb beliebt. So beliebt, dass ihm zu Ehren kürzlich im extrem rechten Verlag "Vox Libri" aus Nettetal ein "Hörbuch" in Form einer Doppel-CD erschien. Titel: "Hajo Herrmann. >>Kleine Odysee<< der Luftangriff auf den Hafen von Piräus". Der Held persönlich spricht in dem "Hörbuch", welches als Thema das Kapitel "Kurze Odyssee" seines Buches "Bewegtes Leben. Kampf- und Jagdflieger von 1935-1945" hat, das Vorwort. Es geht um seinen Einsatz in Griechenland im April 1941. Damals habe er gegen den Einsatzbefehl, so die NPD-Zeitung "Deutsche Stimme" (DS, 12/2003), "zwei 250 Kg-Bomben zusätzlich" geladen und einen alliierten Munitionsfrachter versenkt. "Mit einer Explosion nuklearen Ausmaßes wird der ganze Hafen zerstört, selbst in Athen werden von der Druckwelle Türen und Fenster eingedrückt." Und ebenso Menschen, Wohnbevölkerung, aber davon liest und hört man bei Herrmann und seinen Verehrern nichts. Auch das Bundesorgan der REPs, "Der Republikaner", ist voll des Lobes: "Seinem persönlichen Einsatz ist es zu verdanken, daß Berlin nicht ‚von einem bis zum anderen Ende in Schutt und Asche' gelegt werden konnte". Auf den CD werde "ohne falsches Pathos [...] ethisches Soldatentum vorgestellt [...], das in Selbstverantwortlichkeit, mit Mut, Können und einem Quentchen Glück am großen Auftrag mitwirkt."

Kampf gegen die "Zumutung von Versailles"

Früh schon hatte er angefangen, der in Kiel aufgewachsene Held. "Bereits [...] 1935 wurde Herrmann zum Leutnant der Luftwaffe befördert. Seine ersten Kampfeinsätze hatte er 1936/37 in Spanien. Hier flog er in den Reihen der Legion Condor gegen den Bolschewismus", schreibt **Ralph Tegethoff** in der DS (8/2003).

Am 1. September 1939 flog Herrmann dann "an der Spitze einer Staffel [...] über die polnische Grenze. Der Krieg begann, in dem wir den ersten Schuß feuerten, die erste Bombe warfen, um Gewalt zu zerbrechen", berichtete der Held 47 Jahre später. Die "Gewalt", die er zu "zerbrechen" trachtete, war die "Zumutung von Versailles". Die Polen hätten zuvor jedwede "friedliche Lösung" verweigert. Notwehr also...

Herrmann kam schnell zu militärischen Ehren, flog bis 1942 über 300 Einsätze über Spanien, England, Norwegen und Griechenland, rückte dann 1942 auf in Hitlers Luftwaffenführungstab und wurde zum Vertrauten Görings. Eine besondere Rolle kam ihm ab Sommer 1942 bei der "Reichsverteidigung", insbesondere von Berlin zu. Nicht zuletzt durch seine Entwicklung und Anwendung eines unkonventionellen Nachtjagdverfahrens - wegen seiner draufgängerischen Praxis "Wilde Sau" genannt - gelang es den Nazis, das immer wieder von englischen Bomberverbänden angeflogene und 1944 von Zerstörung bedrohte Berlin noch über ein Jahr zu halten und damit die Kapitulation hinauszuzögern – mit allen Konsequenzen, die das für die Opfer des NS hatte. Aber selbst ein Held wie Herrmann konnte die "große Niederlage" letztendlich nicht verhindern. "Admiral Dönitz verkündete: ‚Der Führer ist in Berlin gefallen.' [...] Was war das Reich ohne ihn? Es blieb das Reich. Wir sind noch da. Also weitermachen!"

Eisige Kälte und Aufbau eine neuen Existenz

Herrmann machte weiter. Zunächst aber war eisige Kälte angesagt, unter anderen in Workuta, 120 km nördlich des Polarkreises. Nach zehn Jahren in Kriegsgefangen-

schaft ging es dann 1955 zurück ins "Vaterland." Herrmann nahm nun ein Jura-Studium auf, mit dem er schon vor seiner militärischen Laufbahn geliebäugelt hatte. 1965 ließ er sich als Rechtsanwalt in Düsseldorf nieder, wo er auch heute noch lebt.

Über Herrmanns Aktivitäten in den folgenden 20 Jahren ist wenig bekannt. Ein besonderes Anliegen schien es ihm aber schon damals zu sein, "Geschichtsverfälschungen" zu Leibe zu rücken. Gegen Zivilisten sei man zum Beispiel nie vorgegangen. "Warum werden Menschen vor aller Augen aufgehängt?", so Herrmann später einmal in einem Interview mit der "Deutschen Militärzeitung" (DMZ, Nr. 20, Januar-März 2000). "Der Kundige weiß: Die Partisanen in Zivilkleidung haben deutsche Soldaten hinterrücks ermordet".

1986, inzwischen 73 Jahre alt, meldete sich Herrmann mit einem über 400-seitigen Buch, "Bewegtes Leben", zu Wort: Der Autor habe lange "geschwiegen und Historikern und Instituten geholfen. Nun erzählt er selbst, wie es wirklich war...", heißt es im Klappentext. Zwei Jahre später folgte ein zweites Buch: "Als die Jagd zu Ende war. Mein Flug in die sowjetische Gefangenschaft", 2003 bereits in achter, erweiterter Auflage bei "Universitas" erschienen. "Herrmanns Bericht ist eine packende und erschütternde, auch gut geschriebene Schilderung der Leiden deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion", lobt die konservative "Rheinische Post" das "aufwühlende Werk".

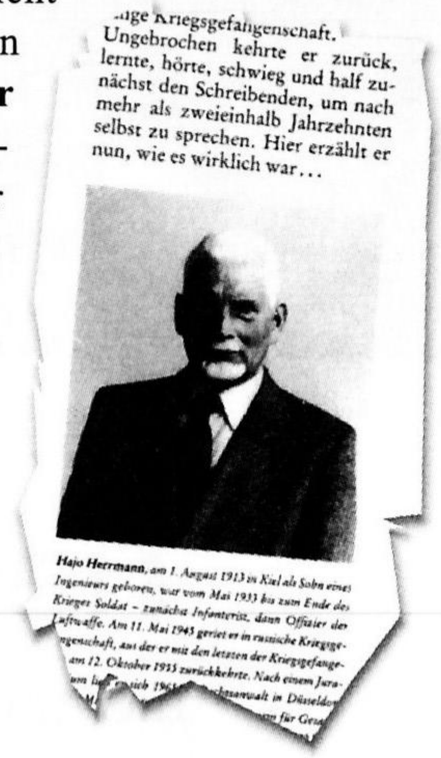
Herrmann und die "Auschwitz-Lüge"

In den achtziger und neunziger Jahren machte sich Herrmann als Strafverteidiger von exponierten Holocaust-Leugnern einen Namen. Er trat unter anderem auf in Prozessen gegen den englischen "Historiker" **David Irving**, **Otto Ernst Remer**, den us-amerikanischen "Gaskammer-Experten" **Fred Leuchter**, **Ernst Günter Kögel** im Remscheider Auschwitzlüge-Prozess" sowie **Günter Demolsky** und **Werner Gebhardt** im Bochumer Verfahren. Im Mai 1991 gab er bei **Walter Lüftl**, dem damaligen Präsidenten der Österreichischen Bundesingenieurkammer, ein Gutachten "über die angeblichen Vergasungen von Menschen während des Krieges in den Konzentrationslagern Auschwitz 1+2 [...]" in Auftrag. Mit der Erstellung eines weiteren Gutachtens beauftragte er den Diplom-Chemiker **Germar Rudolf** (verheiratet **Germar Scheerer**), der daraufhin das "Rudolf-Gutachten" anfertigte, das den vermeintlich "wissenschaftlichen Beweis" lieferte, dass es keine Vernichtung durch Gas in Auschwitz gegeben habe.

"In rechtsradikalen Kreisen ist Hajo Herrmann eine erste Adresse. [...] Der Oberst a.D. [...] muss allerdings selbst mit einer Anklage rechnen. Gegen ihn, so bestätigte Staatsanwalt Hans-Heiko Klein, läuft ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung", berichtete die "Rhein-Neckar-Zeitung" am 9. September 1994 über den Mannheimer Prozess gegen Leuchter. Herrmann soll in einer Haftbeschwerde das folgende formuliert haben: "Die Behauptung des Angeschuldigten, in Auschwitz habe es keine Gaskammern gegeben, trifft zu." Damit verhöhne auch Herrmann "das Leid der Opfer im Konzentrationslager Auschwitz". Herrmann äußerte sich in einer "Presseerklärung der Verteidigung" dahingehend, dass "zu befürchten" sei, "daß sich das Gericht im Schuldspruch [...] nicht frei fühlen könnte." Weswegen Leuchter sich vermutlich "nicht stellen" werde. Und so kam es dann auch: Leuchter war die Sache zu heiß geworden. Gegen 20.000 DM Kaution auf freien Fuß gesetzt, machte er sich aus dem Staub.

Cover des "Hörbuches
(Der "Held" Anfang der 40er)

Bei derartiger Betätigung würde es also nicht erstaunen, wenn Herrmann bei der rechtlichen Beratung des unter anderem von **Horst Mahler** initiierten neuen Projektes der Auschwitzleugner, dem "Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten", und bei deren aktuellen Selbstanzeige-Kampagne hilfreich zur Seite stehen würde. Der offenbar ebenfalls interessierte und finanzkräftige Solinger Bauunternehmer **Günther Kissel**, lud ihn auch prompt - nebst Mahler und anderen - für den 19. August 2003 zu einer Besprechung in sein Privathaus ein (*siehe Artikel auf Seite 28*).


...ige Kriegsgefangenschaft.
Ungebrochen kehrte er zurück, lernte, hörte, schwieg und half zunächst den Schreibenden, um nach mehr als zweieinhalb Jahrzehnten selbst zu sprechen. Hier erzählt er nun, wie es wirklich war...

Hajo Herrmann, am 1. August 1913 in Kiel als Sohn eines Ingenieurs geboren, war vom Mai 1933 bis zum Ende des Krieges Soldat – zunächst Infanterist, dann Offizier der Luftwaffe. Am 11. Mai 1945 geriet er in russische Kriegsgefangenschaft, aus der er mit den letzten der Kriegsgefangenen am 12. Oktober 1955 zurückkehrte. Nach einem Jura-...um [illegible] 1965 ...chtsanwalt in Düsseldorf ...m für Ge...

Ausriss aus dem Klappentext
von "Bewegtes Leben"
(Mitte der 80er)

Herrmann bei der "Truppe"

Aber Herrmann wird nicht nur vom äußerst rechten Rand der Gesellschaft hofiert. Auch in Bundeswehrkasernen ist er offenbar gern gesehen. "Auf Initiative des Militärhistorischen Arbeitskreises der RK Ratingen im VdRBw und der Sektion Düsseldorf-Münster der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT) hielt Oberst a.D. Hajo Herrmann am 28.02.2002 in der Bergischen Kaserne in Düsseldorf einen Vortrag über seine persönlichen Erlebnisse". So steht es auf der Homepage des "Militärhistorischen Arbeitskreises der Reservistenkameradschaft Ratingen im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V." (Mil.Hist. Arbeitsgr. RK Ratingen im VdRBW). Autoren des Berichtes über den Vortrag, "der mit übermäßigem Beifall seinen Abschluß fand": "Sektionsleiter" **Dipl. oec. Ralph W. Göhlert** sowie **Robert Neber**, VdRBW-Pressebeauftragter.

"Zurück nach Workuta"

"War ich [...] ein politischer Soldat?" frug Herrmann 1986 rückblickend: "Was sonst!" Auch heute noch mischt er emsig mit. Und niemand kam ihm am Boden bisher ernsthaft in die Quere. Wirklich niemand? Während seiner Gefangenschaft und nach einer bitter kalten Zeit nördlich des Polarkreises endlich in eine südlichere warme Region verlegt, "grünte die Hoffnung der Heimkehr", erinnert sich Herrmann. Zu früh gefreut: "Der Politoffizier eröffnete mir, daß ich innerhalb einer Viertelstunde meine Sachen zu packen [...] hätte". Ein "Antifalümmel am Lagertor" verriet ihm "verheißungsvoll" das Ziel der anstehenden Reise: "Zurück nach Workuta".

Kaderparade Nord: Tobias Thiessen, Jürgen Gerg, Jörn Lemke, Peter Borchert und Christian Worch (v.l.n.r.)

Von "Enough is enough"

Tief im Norden

Die Kameradschaftsszene in Schleswig-Holstein

Die Meldung über 50 Hausdurchsuchungen, sieben Festnahmen und drei Haftbefehle am 28. Oktober 2003 hat zuletzt ein Schlaglicht auf die Neonaziszene in Schleswig-Holstein geworfen. Die Großaktion brachte zu Tage, so das LKA, dass unter dem Namen "Combat 18" organisierte Neonazis in großem Stil illegale CDs vertrieben und rechte CD-Händler erpresst hatten, um Geld in die Kasse zu bekommen. Bei Mitgliedern der Gruppe wurden Waffen gefunden. In den Waffenhandel soll der Ex-NPD-Landesvorsitzende **Peter Borchert** verwickelt gewesen sein. Die Meldung passt auf den ersten Blick ins Bild: Brandanschläge in Lübeck, der Sprengstoffanschlag auf einen Sendemast bei Lübeck, der Anschlag von Mölln, die Schändung eines jüdischen Friedhof in Ost-Holstein im letzten Jahr haben die Militanz der schleswig-holsteinischen Neoazi-Szene immer wieder offenbart. Abseits der kurzatmigen Schlagzeilen der Presse und der – tatsächliche oder vermeintliche Erfolge lautstark feiernden - Mitteilungen der Polizei, gibt es aber im nördlichsten Bundesland viel mehr, was genauer in den Blick zu nehmen wäre.

Putsch im NPD-Landesverband

Für fast drei Jahre gelang es den "Freien Kameradschaften" in Schleswig-Holstein, den NPD-Landesverband quasi zu übernehmen. Auf dem Landesparteitag im Oktober 2000 wurde der Vorsitzende **Ingo Stawitz** durch einen Putsch von Mitgliedern der "Revolutionären Plattform" in der NPD (RPF) abgesetzt. Neuer Vorsitzender wurde zunächst der damals 25-jährige **Jürgen Gerg** aus Lübeck, später Peter Borchert (27) aus Kiel. Ihr Ende fand die "revolutionäre Phase" erst auf einem Parteitag im August 2003. Schon im Vorfeld war bekannt geworden, dass gerade die Kreisverbände, die den Landesvorstand trugen, seit rund zwei Jahren keine Mitgliedsbeiträge an Landes- und Bundesverband gezahlt hatten. Die alten Vorständler aus der Vor-RPF-Ära konnten sich wieder durchsetzen. Mit **Jens Lütke** und **Peter von der Born** gehören allerdings weiterhin zwei Personen dem Landesvorstand an, die eng mit den "Freien Kameradschaften" verknüpft sind. Nach außen hin scheint es, als hätten die "Kameradschaften" das Projekt NPD-Übernahme nicht verloren, sondern aufgegeben: Der Nutzen, den die "Kameradschaften" nach dem Ende der bundesweiten RPF aus der Übernahme des Landesverbandes ziehen konnten, war nur noch gering. Zu erwarten ist, dass sie in Zukunft weiterhin in den von ihnen beherrschten Kreisverbänden, beispielsweise Kiel-Plön, ihre Aktivitäten fortführen, in anderen Städten aber unter anderen Namen auftreten werden.

Kiel

Als im September 1998 die NPD zur Bundestagswahl eine öffentliche Veranstaltung in der Innenstadt durchzuführen versuchte, war das für Kiel ein bislang ungewohntes Szenario: Muster-Glatzen verteilten Propagandamaterial, Stawitz bemühte sich um rassistische Hetz-Tiraden, und eine Ordnertruppe sollte dafür sorgen, dass die Kundgebung störungsfrei über die Bühne lief. Dank des prompten Eingreifens von AntifaschistInnen musste die Veranstaltung jedoch schon nach einer halben Stunde abgebrochen werden. Dennoch war dies nach Jahren wieder die

erste größere öffentliche Veranstaltung von Neonazis in Kiel. Schon kurz danach wurde deutlich, dass sich in Kiel wieder eine aktive und zunehmend organisierte Nazistruktur bildete, in der Borchert eine wichtige Rolle spielte. Dank seiner guten Kontakte zu führenden Kadern wie **Christian Worch** und **Thomas Wulff** aus Hamburg sowie **Jan Steffen Holthusen** aus dem Umfeld des "Hamburger Sturm", aber auch zum Neumünsteraner Nazi-Treff "Club 88" und zu Aktivisten der "Blood & Honour"-Musikszene wie dem ehemaligen Tostedter **Sascha Bothe** oder **Thorsten Heise** aus Northeim sorgte er für eine rasche Anbindung an die landesweiten Neonazi-Strukturen.

Neben Borchert gehörten von Anfang an Peter von der Born und der zwischenzeitlich verstorbene **Patrick Thiele** zum festen Kern der Kieler "Kameradschaft". Geschwächt wurde diese allerdings auch immer wieder durch den Wegzug einzelner Personen. Borchert wechselte beispielsweise nach Neumünster. Zum Bundestagswahlkampf 2002 wurden in Kiel kleine Kundgebungen organisiert, zu denen "Kameraden" aus dem gesamten Land anreisten. Deutlich wurde dabei, dass die Kieler Gruppe ohne Unterstützung aus Neumünster, Lübeck und Hamburg nicht in der Lage ist, dauerhafte Aktivitäten zu entfalten. Ihre "Kameradschaftsabende" werden heimlich veranstaltet; zeitweise wurden Gaststätten im Rotlichtmilieu als Treffpunkt verwendet. Die Nähe zu dieser Szene ergibt sich über persönliche Kontakte von Borchert und einigen, aus dem kriminellen Milieu kommenden "Kameraden" sowie aus der Tatsache, dass mit der Band "V-Punk", deren Chef **Zeilko Topic** eine der Größen in der Kieler Bordellszene ist, im musikalischen Bereich eine Zusammenarbeit besteht. Im letzten Jahr erschienen z.B. auf einem Soli-Sampler für den Neumünsteraner "Club 88" zwei Songs der Band.

Neumünster

Die Neonazi-Szene im Lande hat insbesondere durch den seit acht Jahren bestehenden "Club 88" in Neumünster an Attraktivität gewonnen. Der Club, der mit dem Slogan "88 - the very last resort" ("Heil Hitler - der letzte Ausweg") wirbt, wurde ursprünglich von **Christiane Dolscheid** und **Tim Bartling** betrieben. Beide treten bereits seit über zehn Jahren innerhalb der Szene auf. Dolscheid arbeitete im Rahmen der "Skingirl Front Deutschland" an deren Zeitung "Walküre" mit. Bartling, geboren im dänischen Svendborg, hat gute Kontakte zur "Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung" und genießt allgemein großen Respekt. Er zog sich etwa 2001 aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit zurück. Die Rolle des Club-Sprechers übernahm Borchert. Der Club dient als Anlaufstelle für unorganisierte Jugendliche und Teile der über die verschiedenen Städte verstreuten Aktivisten. Dies funktioniert, weil Neumünster seit knapp 15 Jahren über eine gewachsene Neonazi-Szene verfügt. Die Schlüsselfiguren kennen sich seit früher Jugend. Sie gewinnen neue Aktive über Fußballturniere und Feten und halten sich zumindest in der unmittelbaren Umgebung des Clubs mit Gewalttätigkeiten zurück. Das direkte Umfeld des "Club 88" ist eng verbunden mit Teilen des ehemaligen "Hamburger Sturm", so z.B. Holthusen und **Torben Klebe**, mit der Naziszene aus Tostedt um den ehemaligen FAPler Bothe, aber auch mit Thorsten Heise und **Bernd Stehmann** aus Bielefeld.

Neben dem "Club 88" hat sich die Neonazi-Szene Neumünsters weitere Strukturen geschaffen. Von größerer Bedeutung könnte der im August 2002 gegründete Kampfsportverein "Athletik Klub Ultra" werden. Bartling ist 1., **Frank Rieckmann** 2. Vorsitzender. Rieckmann ist der Ehemann von Christiane Dolscheid und zählt seit längerer Zeit zur organisierten Neonazi-Szene Neumünsters. Trainiert werden einerseits Jugendliche und junge Erwachsene, die nicht unbedingt der engen Szene zuzurechnen sind. Außerhalb der regulären Trainingszeiten wurden aber auch vermehrt Kader und ihr Gefolge beim Betreten der Trainingsräume gesichtet. Dies könnte dafür sprechen, dass Personen der Szene gesondert und abgeschirmt von den ‚normalen' Teilnehmern trainiert werden.

Der "Club 88" in Neumünster

Lübeck

Für die Kommunalwahl 1998 schmiedete Christian Worch das "Bündnis Rechts für Lübeck" (BRL) als Projekt verschiedener extrem rechter bzw. offen neonazistischer Organisationen. Dort arbeiteten Personen wie Stawitz, **Dieter Kern**, Gerg und **Jörn Lemke** zusammen. Auch wenn das Bündnis mit 3,6 Prozent der Wählerstimmen an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, so gelang es ihm doch, massiv in der Öffentlichkeit aufzutreten, u.a. mit zwei Demos. Für die schleswig-holsteinischen Neonazis war dies der Auftakt für eine ganze Reihe von Aktivitäten und Aufmärschen, durch die sie sich ganz entscheidend profilieren und neue Anhänger gewinnen konnten. In Lübeck entstand in der Folge eine stabile "Kameradschaft", die zeitweise durch die Bad Segeberger "Anti-Antifa"-Aktivistin **Thekla Kosche** unterstützt wurde.

Der Kommunalwahl 2003 ging eine Spaltung des BRL voraus. Gerg und Lemke hatten mit dem "Bündnis Nationaler Sozialisten für Lübeck" (BNSfL) eine offen nationalsozialistische Organisation gegründet. Dagegen wollte das BRL "seriöse" rechte Politik machen. Der Streit eska-

Von Neonazis besetztes Haus in Lübeck

lierte in einer öffentlich ausgetragenen Schlammschlacht. So ließ BRL-Spitzenkandidat Kern bei einer Veranstaltung Lemke und Gerg, der inzwischen übrigens nach NRW verzogen ist, durch die Polizei aus dem Saal werfen. Kern steht für den Versuch eines seriösen Bündnisses mit der NPD und allen Gruppierungen rechts davon. Er wendet sich allerdings gegen offene NS-Bezüge und eine offen erklärte Gewaltbereitschaft. Dagegen verfolgen Lemke, Gerg & Co. eine aggressive, gegen die "Verbürgerlichung" der NPD gerichtete Politik.

Unterstützung erfuhr das BNSfL von Worch, der als der eigentliche Hintermann hinter der Entstehung der Lübecker "Kameradschaft" betrachtet werden kann. Er verweigerte zwar – unter Hinweis auf ein drohendes Verbot – die direkte Unterstützung, machte jedoch klar, dass die Kritik Kerns aus seiner Sicht inakzeptabel war. Kein Wunder – entsprach doch die Propaganda der "Nationalen Sozialisten" der politischen Strategie von Worchs Lehrmeister **Michael Kühnen**: die Wiederzulassung der NSDAP durch eine kontinuierliche Verwendung nationalsozialistischer Propaganda zu erreichen, die dauerhaft zur Gewöhnung, Duldung und schließlich Akzeptanz führen soll. Erwartungsgemäß wurde das "Bündnis Nationaler Sozialisten" eine Woche nach der Kommunalwahl - kurz vor der bereits angekündigten Selbstauflösung - verboten.

Die Lübecker "Kameradschaft" fand bald ein neues Feld für spektakuläre Aktionen. Ende Juni 2003 besetzten Neonazis für einige Stunden ein Haus in der Lübecker Innenstadt. Unter Bezugnahme auf das linke Kulturzentrum "Alternative" forderten sie mit Parolen wie "Schafft zwei, drei, viele Alternativen..." ein "nationales Zentrum" für Lübeck. Weitere Aktionen mit der gleichen Stoßrichtung folgten. Begleitet wurde die Kampagne von einer Internetseite "alternativen-schaffen". Dort ist von einem "(Widerstands-)Projekt undogmatischer LinksnationalistInnen" die Rede. Es folgen eine Solidarisierung mit der von Schließung bedrohten alternativen Tagungsstätte "Walli" und Kritik an "Ausgrenzung, Stigmatisierung und Kriminalisierung von Andersdenkenden und politischen oder kulturellen Minderheiten, rücksichtslosem Sozialabbau durch Stellenstreichung im Bereich sozialer, gesellschaftlicher und kultureller Projekte". Viele Textpassagen klingen, als seien sie geradewegs von linken Seiten kopiert. Unter den Links finden sich linke Projekte, dazwischen aber auch immer wieder Verweise zu rechten Seiten, wie z.B. zum "Aktionsbüro Nord". Szeneintern wird der Hausbesetzungsaktion nicht nur Lob gezollt. Viele "Kameraden" sind nicht bereit, sich nach außen mit einem Projekt der verhassten Antifa solidarisch zu erklären. Hausbesetzung wie Homepage dürften den Versuch darstellen, mit positiven Forderungen aufzutreten, ein "freches" Image zu erzeugen und ein breiteres Spektrum von Jugendlichen anzusprechen.

Im Lübecker Umland ist insbesondere die "Kameradschaft Ostholstein" aktiv. In ihrem Umfeld kam es immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen. Im Mai 2003 war der jüdische Friedhof in Neustadt von Neonazis geschändet worden. Sie hatten ein aufgeschlitztes Ferkel vor einen Gedenkstein gelegt und "C 18" auf den Stein geschmiert, der an die 7.000 KZ-Häftlinge erinnert, die in den ersten Maitagen des Jahres 1945 in der Neustädter Bucht starben. Derzeit kursiert in Deutschland ein neonazistisches Heft,

Peter Borchert

Borchert sitzt zurzeit wegen des Verdachts des Waffenhandels in U-Haft. Schon mit 18 Jahren wurde er wegen gefährlicher Körperverletzung, räuberischem Angriff und schwerer räuberischer Erpressung zu drei Jahren Haft verurteilt. Im Februar 1994 folgte die nächste Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung und Volksverhetzung in Tateinheit mit der Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen: drei Jahre und neun Monate Jugendstrafe.

Borchert steht seit einiger Zeit in offenem Konflikt mit seinem ehemaligen Förderer Christian Worch. Dieser gipfelte im Dezember in einer offenen Distanzierung Worchs von dem "Kriminellen". Die Tatsache, dass Borchert nicht

"nationale Sozialisten aus Pinneberg"

in dem unter dem Titel "Combat 18 / Blood & Honour" zu Aktionen gegen jüdische Einrichtungen und Linke aufgerufen wird. Die "Kameraden" werden aufgefordert, Fotos ihrer Aktionen an das "konspirative Redaktionskollektiv" zu senden, damit diese – wie im Falle Neustadt geschehen – veröffentlicht werden können.

Kreis Pinneberg/Elbmarsch

Insbesondere in Hamburg und dem Umland hatten die Funktionäre der "Nationalen Liste" (NL) nach deren Verbot ihre Arbeit unbeirrt fortgesetzt. Dabei versuchten sie auch, ihren Einfluss in der Hooligan- und Skinhead-Szene auszubauen. So entstand die Zeitung "Bramfelder Sturm", die ab Nummer 11 in "Hamburger Sturm" umbenannt wurde. Der "Bramfelder Sturm" war das Ergebnis der Zusammenarbeit von Leuten aus dem Umfeld der NL mit jungen Nazis aus dem Bereich Bramfeld/Hennstedt/Ulzburg, wie **André Schwelling** und **Tobias Thiessen** oder etwas später Torben Klebe und Jan Steffen Holthusen. Der "Hamburger Sturm" war auch eine der Schnittstellen zur RechtsRock-Szene. Konzerte wurden organisiert, CDs produziert, Vertriebe aufgebaut und verbotene CDs aus dem Ausland eingeschmuggelt.

Nach anfänglichen Erfolgen im Süden Schleswig Holsteins wurde das Konzept in den Süden und Osten Hamburgs übertragen. Zu Hochzeiten gelang es der Gruppierung, zwischen 100 und 200 Personen zu Demos zu mobilisieren. Nach dem Verbot des "Hamburger Sturm" wurden die Aktivitäten praktisch ungestört unter dem Namen "Aktionsbüro Norddeutschland" fortgeführt. Thiessen, inzwischen im wesentlichen verantwortlich für dessen Internetpräsenz, hat sich mittlerweile mit Wulffs Rückendeckung zum stärksten Widersacher Worchs in Norddeutschland entwickelt.

Im Bereich Pinneberg entstand nach Hamburger Vorbild 1999 eine "Kameradschaft Pinneberg/Pinneberger Sturm" um **Klemens Otto**. Trotz zwischenzeitlicher Inhaftierung Ottos gelang es der Gruppe, ein Klima von Angst und Schrecken in der Region zu verbreiten. Überfälle, Anschläge und offene Morddrohungen waren an der Tagesordnung. Ende 2001 ließen diese Aktivitäten nach, die Protagonisten verschwanden aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Politische Aktivitäten wurden nun mehr und mehr von der "Kameradschaft Elbmarsch" durchgeführt. Sie umfasst etwa 40 bis 60 Personen. Einer ihrer Mitbegründer ist der in Wedel wohnende **Christoph Miron Jaeger** (30).

Die Pinneberger hatten, nachdem sie sich still und leise aus der Öffentlichkeit verabschiedet hatten, unter der Bezeichnung "Combat 18 Pinneberg" eine konspirative Gruppe aufgebaut, die nach Angaben des LKA lokale B&H-Aktivitäten, insbesondere den Verkauf von CDs, Schutzgelderpressung und die Beschaffung von Waffen, übernehmen sollte. Nachdem die Gruppe um Otto und den 21-jährigen **Marco H.** bei Borchert eine größere Bestellung über mindestens 20 Pistolen aufgegeben hatte, so das LKA, erfolgte die Polizeiaktion im Oktober des letzten Jahres. Bei Durchsuchungen von über 50 Objekten wurden vier Pistolen gefunden. Dass mit der Polizeiaktion die norddeutschen B&H-Strukturen aber kaum gefährdet sein dürften, zeigt allein die Tatsache, dass nur zehn Tage nach

schon wegen der sonstigen Straftaten, die er in den letzten Jahren begangen hat, zu einer erneuten Gefängnisstrafe verurteilt wurde, ist Antifaschisten ebenso ein Rätsel wie Worch. Im Jahr 2000 wurde er zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. Er hatte bei einem Diskothekenbesuch eine scharfe Waffe mit einem gefüllten Magazin mitgeführt. Eine weitere Verurteilung führte zu einer leichten Erhöhung der Bewährungsstrafe, nicht jedoch zum Widerruf der Bewährung. Bis 2003 sammelte er mehrere Anklagen wegen Hausfriedensbruchs und gefährlicher sowie einfacher Körperverletzung. 2002 wurde er mit einem Eckernförder "Kameraden" wegen mehrerer Einbrüche in Tankstellen festgenommen. Borcherts Version: Er sei unschuldig, vielmehr sei ihm und seinem "Kameraden" das Auto von osteuropäischen Gangstern geraubt worden, diese hätten die Einbrüche durchgeführt. Die Tatsache, dass sein Mittäter längst geständig verurteilt wurde, hält Borchert offensichtlich nicht davon ab, weiter seine Version zu verbreiten – Worch macht sich jedenfalls zu Recht darüber lustig. Auch diese Taten führten nicht zur Verhängung von U-Haft oder zu einer Verhandlung. Der Haftbefehl wurde außer Vollzug gesetzt, ein Verhandlungstermin ist nicht in Sicht. Erst nachdem Borchert der Handel mit Waffen für die Pinneberger "Combat 18"-Gruppe vorgeworfen wurde, sah sich die Staatsanwaltschaft nun gezwungen, Haftbefehl zu erlassen. Eine weitere Aussetzung "unter strengen Auflagen" hätte den Bogen wohl überspannt.

Aufkleber der Band "Kraftschlag

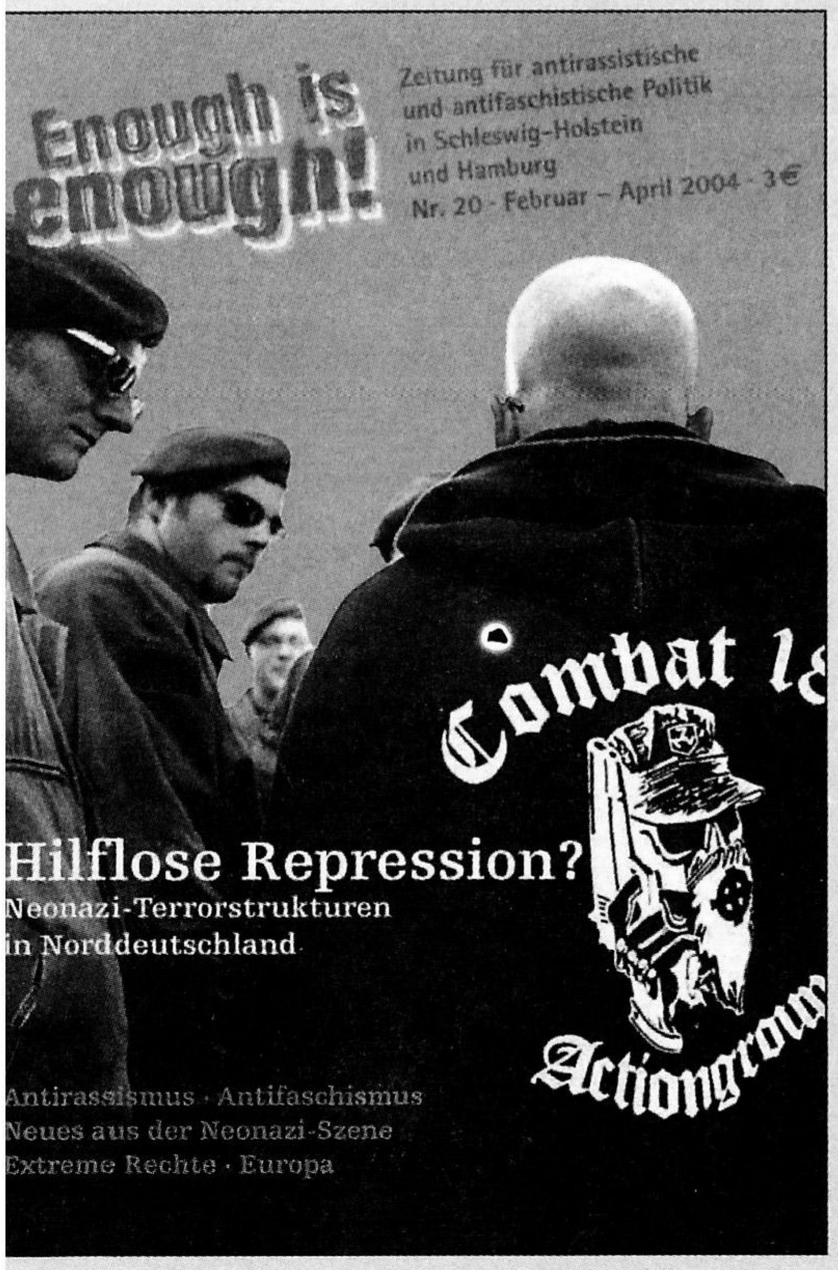
der Aktion in Hamburg ein Konzert mit Bands aus dem B&H-Spektrum veranstaltet wurde. Eingeladen hatte u.a. der bereits vor dem Verbot im B&H-Netzwerk aktive Torben Klebe.

RechtsRock

In Schleswig-Holstein wirken mehrere Musikvertriebe. Relativ neu ist der in Lübeck ansässige "H8store-Versand" mit dem Label "NorthX". Seit längerem aktiv ist der "V7-Versand" von **Ingo Knauf**, der zumindest vor dem Verbot dem B&H-Netzwerk zugerechnet wurde. Knauf hat kürzlich einen Umzug von Halstenbek nach Grevesmühlen (Mecklenburg-Vorpommern) verkündet. Bei "V7" erschienen auch die letzten CDs der B&H-Band "Kraftschlag". Deren Sänger **Jens Uwe Arpe** betreibt von Elmshorn aus den "Kraftschlag"-Versand. Arpe hat längere Zeit bei "B&H Scandinavia" mitgearbeitet und dürfte einer der wichtigsten Kontaktleute nach Skandinavien sein. Der im Hamburger Umland ansässige "Nord-Versand" von **André Görtz** vertreibt alles, was das Herz eines RechtsRock-Fans legal begeistern kann. **Andreas Stähr** aus Glinde, ehemals "Vincente Directori", ist offiziell mit einem Schwerpunkt seines Angebots ins Ausland abgewandert. Er scheint jedoch den Vertrieb immer noch aus Glinde abzuwickeln. Seit Ende 2003 wirbt der Versand "Ruf des Nordens" unter einer Kieler Postfachadresse. Die landesweite Polizeiaktion im Oktober betraf keines dieser Projekte.

Fazit

Die Freie Kameradschaftsszene in Schleswig-Holstein ist politisch fest in die bundesweiten Strukturen des Netzwerks um Christian Worch eingebunden. Die szeneinternen Streitigkeiten führen nicht zu einer ernsthaften Schwächung, sondern eher zu einer Ausdifferenzierung der Tätigkeitsfelder. Schleswig-Holstein ist teilweise Experimentierfeld für neue Strategien, teilweise Rückzugsgebiet. Es ist den "Kameradschaften" jedoch bislang nicht gelungen, in den größeren Städten Einfluß auf größere Teile der Jugendszenen zu gewinnen. Die Bestrebungen in Lübeck, aber auch die Aktivitäten der "Combat 18"-Gruppe in Pinnerberg müssen als Versuch gesehen werden, das Tätigkeitsfeld auszuweiten und sich größere Handlungsspielräume zu sichern. Der Verlust von Kadern durch Strafverfahren und Wegzug schwächt die Szene sehr – es sind kaum intelligente Aktivisten vorhanden. Daneben wird es für die zukünftige Entwicklung des Szene insbesondere darauf ankommen, ob die antifaschistische Bewegung in der Lage ist, Spaltungen zu überwinden und neue Strategien zu entwickeln, die über die Behinderung von Neonazi-Demos hinausgehen.



Die Autoren des Artikels:

"Enough is enough"

Zeitschrift für antifaschistische und antirassistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Als vierteljährlich erscheinende Zeitschrift berichtet die "Enough is enough" vor allem über die Entwicklung der extremen Rechten in Schleswig-Holstein und Hamburg sowie über antifaschistische und antirassistische Aktivitäten. Außerdem werfen wir des Öfteren einen Blick auf das Auftreten der extremen Rechten in Skandinavien - von den Wahlparteien bis zu den Neonazis.

Die regionale Beschränkung erfolgte bewusst, da wir den Bezug zu den örtlichen antifaschistischen Initiativen, ihrem Informationsbedarf und ihren Aktivitäten, nicht verlieren woll(t)en. So wird die Zeitschrift auch heute noch von AntifaschistInnen gemacht, die zusätzlich in antifaschistischen Gruppen und Bündnissen aktiv sind und/oder entsprechende Bildungsarbeit machen. Für die politische Arbeit antifaschistisch Aktiver hat die Enough is enough einen erheblichen Gebrauchswert.

Im Redaktionskollektiv der Enough is enough sind VertreterInnen unterschiedlicher antifaschistischer Strömungen vertreten - uns eint der Wille, den Aktionsraum der extremen Rechten politisch und auf der Straße so weit es geht einzuschränken und langfristig die Wurzeln des Faschismus zu beseitigen.

Abobestellungen an:

rat – reihe antifaschistischer texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 24, 20357 Hamburg
Redaktion: Schweffelstraße 6, 24118 Kiel

RechtsRock-Splitter

Einem Bericht des in Berlin erscheinenden Fachmagazins "Blick nach rechts" (bnr) zufolge gab es im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren gegen die Rechts-Rock-Bands "Oidoxie" und "Weisse Wölfe" Mitte Dezember weitere Hausdurchsuchungen. Gefilzt wurde dabei unter anderem das Tonstudio von "Art of Sound Records" im 20 Kilometer südlich von Bremen gelegene Dörfchen Schwarme. Bei "Art of Sounds"-Betreiber **Johannes Meyer** haben neben "Oidoxie" auch andere deutsche RechtsRock-Bands in der Vergangenheit ihre CDs eingespielt. Zur aktuellen Besetzung der Band gehören nach den Recherchen des bnr neben **Marko Gottschalk** aus Dortmund-Brechten **und Dennis Linsenbarth** aus Werne die später zu "Oidoxie" gestoßenen Gitarristen **Carsten T.** aus Bad Berleburg und **Phillip P.** aus Münster (der auf der Oidoxie-Homepage seinen Spitznamen "**Günzel**" trägt) sowie der Mönchengladbacher Schlagzeuger **Dennis Heinrich J.**. Bei ihm handelt es sich offenbar um den früheren "Reichswehr"-Trommler **Dennis Heinrich Jörißen**; bei Carsten T. dürfte es sich um **Carsten Traut** aus dem Bad Berleburger Stadtteil Berghausen handeln. Spenden für die "kommende Gerichtsverhandlung" sammelt "Oidoxie zurzeit auf einem auf den Namen Gottschalk lautenden Konto bei der Volksbank Dortmund".

Zurück auf der Bühne ist der Gelsenkirchener **Detlef Kalisch-Detn**, ehemals Sänger der Kultband "Sturmwehr" um **Jens Brucherseifer**. Mit seiner neuen Band "Ruhrfront" veröffentlichte er gerade die Debüt-CD "Im Auge der Justiz". Ob die CD ein Verkaufsschlager wird, dürfte fraglich sein, erschien sie doch bei "Ohrwurm-Records", zu dessen Boykott in der Szene aufgerufen wird. Dem Betreiber des Versandes, **Marcel Ingignoli**, wird vorgeworfen, "Verrat" an der Band Landser begangen zu haben. "Mit reichs- und volkstreuen Grüßen" teilt die Redaktion der neonazistischen Postille "Der Förderturm" (FT) mit, dass zwischenzeitlich durch den Prozess gegen "Landser" dieser Verrat bewiesen sei. Ingignoli habe sogar einen Meineid geschworen, um das ganze zu vertuschen. Der FT: "Das Denunziantentum dieses unwürdigen Zweibeiners ist kaum faßbar!" Ein "Verbrechen, [...] zu dessen Ahndung eine wirtschaftliche Schädigung durch bloßen Boykottaufruf doch schon fast zu harmlos und eher noch eine Ermutigung für Nachahmungstäter ist." "Landser" wurde am 22.12.2003 wegen Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt. Frontmann **Michael Regener** kassierte drei Jahre und vier Monate, **André Möricke** und **Christian Wendorff** kamen mit Bewährungsstrafen davon. Ingignoli hat derweil mit Frau **Simone** ein neues bzw. weiteres Betätigungsfeld gefunden, auf der Homepage "www.house-of-football.de" bieten sie Fanartikel, z.B. Schals und Fahnen sowie Bekleidung und CDs an.

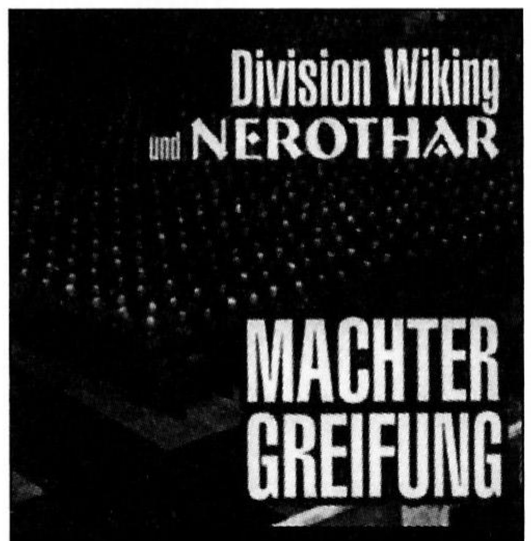
Auch die Mitglieder der Band "Sturmwehr" sind in das Geschäft mit dem RechtsRock eingestiegen, unter dem einfallsreichem Namen "SW-Versand" bieten sie CD´s an.

Mit einer neuen CD wartet das Gütersloher Label "Boundless Records" auf. Mitte Januar erschien die CD "wir sagen nein", der niedersächsischen Band "Terroritorium".

Ebenfalls mit neuem Namen und neuer Adresse dabei ist die Familie **Egold**, bekannt als Betreiber des Labels "Rock-O-Rama" in Brühl. Dieses tritt jetzt als "Streetrock-Versand" unter einer Adresse in Frechen bei Köln auf.

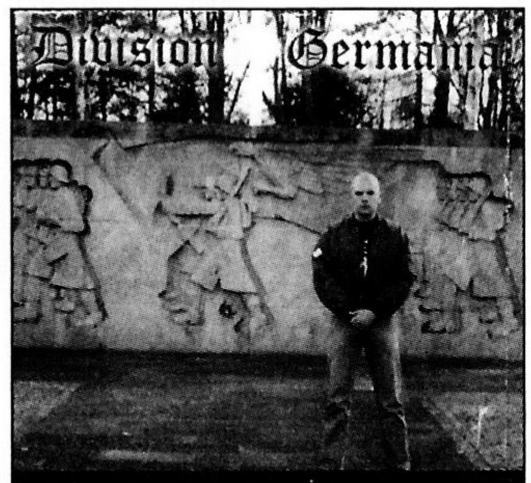
Auch in den letzten Monaten erschienen wieder CDs, auf denen kein Label zu erkennen ist, die jedoch, was Stil und Aufmachung betrifft, auffällig den früherer Produkten aus dem Hause "Funny Sounds" des Möchtegern-Aussteigers **Torsten Lemmer** gleichen. Beispielhaft für solche CDs im "Lemmer"-Stil ist die neue CD "Machtergreifung", die von den Bands "Division Wiking" und "Nerothar" eingespielt wurde Auch ist Werbung für das heute von **Andreas Zehnsdorf** und **Ferenc Szeplaki** erstellte Hildener RechtsRock-Fanzine "Rocknord" abgedruckt, das seit 2001 bei "VGR Multimedia" erscheint.

Die niederrheinische Band "Division Germania", die vor einigen Monaten ihre Debut-CD "Antagonist" präsentierte, ist mit zwei Liedern auf dem "Hammerskin"-Sampler "Status Quo Germania" vertreten. Da dieser die "Hammerskin"-Bewegung repräsentieren soll, darf man die Band also getrost diesem Spektrum zurechnen. Gute Kontakte scheint die Combo aber auch zu der C18-nahen Band "Oidoxie" sowie zu der Düsseldorfer Formation "Reichswehr" zu haben. Was nicht weiter verwundert, wenn man bedenkt, dass einem "Dennis J. (für das Design dieser CD)" im Booklet gedankt wird. Ein Schelm, der hier an den gelernten Mediengestalter, Ex-"Reichswehr" und heutigen "Oidoxie"-Schlagzeuger **Dennis Heinrich Jörißen** aus Mönchengladbach denkt. Gegrüßt wird auf der CD auch der "Widerstand Mönchengladbach" und die eng mit diesem verbandelte "Kameradschaft Aachener Land".



Ähnelt auffällig früheren "Funny Sounds"-CDs: "Machtergreifung" von "Division Wiking" und "Nerothar"

Technische Innovation soll die am 24. Januar 2004 erschienene CD "Schluß mit lustig" der Düsseldorfer und Krefelder "Barking Dogs" um **Ingo Wolff** bringen, neben 14 Liedern enthält die CD auch



Kann dem "Hammerskin"-Spektrum zugerechnet werden: Die Band "Division Germania"

einen Video-Track.

Mit dem Slogan "Kaufen solange noch legal" wirbt der "Rhein-Ruhr-Versand" aus Herne, der in engem Kontakt zu "Oidoxie" zu stehen scheint, für sein "Combat 18"-Fahnen. Mal sehen, wie lange noch..

Der rechte Shop "Viking Ship" hält sich immer noch knapp über der Wasseroberfläche und zögert trotz diverser Lecks seine Versenkung weiterhin hinaus. Zwar steht es um den in den Stadtteil Erle umgezogenen, von **Dennis und Reinhard Stach** geführten Laden finanziell sehr schlecht und auch der neue Vermieter will nach einer weiteren antifaschistischen Demonstration seinen braunen Mieter wieder zügig loswerden, derzeitig scheint es aber noch Schwierigkeiten bei der Vertragsauflösung zu geben. Antifaschistische Gruppen drängen weiter auf einen schnellen Rausschmiss. Vor dem Laden kam es in letzter Zeit immerhin auch zu einem Angriff auf einen jugendlichen Punker.

Die Homepage "freier-widerstand" meldete kurz vor Jahresende, dass eine für den 27. Dezember 2003 "im Umland von Bielefeld" geplante "Nationale Musikveranstaltung" an "staatlicher Repression" gescheitert seien. Überhaupt scheint in letzter Zeit der Raum Ostwestfalen, insbesondere die Bielefelder Region und Bad Salzuflen sehr beliebt für Konzertveranstaltungen zu sein.

Am 24. Januar soll laut Eigenangaben aus der neonazistischen Szene auch in Greven (Münsterland) ein kleineres Konzert, offiziell als "Geburtstagsparty" arrangiert, statt gefunden haben. Aufgetreten sein sollen "Blood Revenge" und "Einherjer". "Blood Revenge" (*siehe auch Seite 26*) soll auch bei einem Konzert am 29. Dezember 2003 mit "ca. 80 Leute" in einer "Disco" auf der Bühne gestanden haben. Ebenso wie die Combo "Todesstrafe" um **Maik Falkenrath** aus Ennepetal, jetzt Schwelm. Falkenrath, KDS-Stützpunktleiter Schwelm und Frontmann der Band, stellte sich auch in der aktuellen Ausgabe der "Rocknord" den Interviewfragen der rechten "Bravo".

Auf antifaschistische Intervention hin wurde die für den 6. Dezember 2003 angekündigte "Release-Party" im Bochumer "Zwischenfall" anläßlich des Erscheinens der neuen CD der umstrittenen Neofolk-Band "Ostara" abgesagt. (Näheres siehe Ausgabe 619 der bsz unter www.rub.de/bsz)

Kultur und Politik:
"Todesstrafe"-Frontmann und fleißiger Demo-Gänger Maik Falkenrath (Bildmitte)

Aufmarsch-Splitter

1. November 2003, Mönchengladbach: Unter dem Motto "Todesstrafe für Kinderschänder" zogen ca. 90 Neonazis durch Rheydt bei Mönchengladbach, nachdem ihr Aufmarsch kurzfristig vom ehemaligen Treffpunkt am Mönchengladbacher Hauptbahnhof weg verlegt worden war. Als Veranstalter traten die "Freien Kameraden der Widerstandskämpfer Mönchengladbach mit Unterstützung des örtlichen NPD Kreisverbandes" in Erscheinung. Aufgrund des Feiertages wurde ihnen von der Polizei die Nutzung von Lautsprechern jeder Form untersagt, so dass die Redner **Willibert Kunkel**, der Bochumer **Claus Cremer** und **Axel Reitz** unverstärkt hetzen mussten. O-Ton Reitz: "Null Prozent Rückfallquote erreichen wir nur durch konsequente Ausmerzung dieser Gestalten." Die TeilnehmerInnen kamen großteils vom linken Niederrhein und aus dem Aachener Raum. Kleinere Delegationen aus Duisburg, Bochum, Essen, Köln, Hagen, Hamm und Dortmund unterstützten die "Kameraden" vor Ort. Nicht alle waren zufrieden: "Ca. 1/3 dieser Personen waren asoziale Idioten die aus Langeweile an der Demonstration teilnahmen", schreibt ein enttäuschter auswärtiger "Kamerad" im "Weltnetz". "Was diese Personen mit der nationalsozialistischen Bewegung am Hut haben, konnte mir vor Ort niemand erklären. Können diese 30% nicht einmal das Wort ‚Nationalsozialismus' buchstabieren." Falls es noch einmal zu einen Aufmarsch der "Freiheitskämpfer Mönchengladbach" käme: "Ich werde auf jeden Fall nicht dabei sein."

5. November 2003, Aachen: Anlässlich des Prozessbeginns gegen die Mörder der Eschweiler Geschwister Tom und Sonja am Vormittag des 5. November versammelten sich rund 30 Neonazis in Aachen in der Nähe des Landgerichts zu einer Kundgebung unter dem Motto "Todesstrafe für Kinderschänder". Eine gleichlautende Demonstration war den Neonazis laut Presseberichten nicht gestattet worden. Anmelder der Kundgebung war **Willibert Kunkel**, Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Aachen und Stolberger Ratsmann. Die Kundgebung bestand im Wesentlichen aus dem NPD-Umfeld und bisher in der Region unbekannten rechten Skinheads. Die bekannten Gesichter der "Kameradschaft Aachener Land" waren nicht zu sehen. Die Reden und Parolen der dreistündigen Kundgebung folgten dem einfachen Muster für die Wiedereinführung der "Todesstrafe" zum Schutz von Kindern und Frauen vor "Triebtätern". **Oliver Harf**, Mitglied der völkisch-nationalen Burschenschaft "Libertas Brünn", der bereits als Pressesprecher des NPD-Kreisverbands Aachen und Autor im NPD-Organ "Deutsche Stimme" in Erscheinung getreten ist, folgerte einmal mehr messerscharf, "wer gegen

uns demonstriert, ist für Kinderschänder."

9. November 2003, Köln: Ca. 30 Neonazis demonstrierten gegen die Wiedereinweihung eines Denkmals für 1944 in Köln-Ehrenfeld erhängte Edelweißpiraten und Widerstandskämpfer. Anwesend waren neben Mitgliedern der "Kameradschaft Köln" um **Axel Reitz**, **Paul Breuer** und **Horst-Uwe Pendsinski** Neonazis aus dem Kölner Umland, Mitglieder auswärtiger KDS-Gruppen wie **Philipp Hasselbach** aus Essen sowie die Chefin vom Dienst der "Kameradschaft Dortmund", **Katja Jarminowski**, die mit einigen "Kameraden" aus dem Ruhrpott angereist war. Nach einer kurzen und störungsfreien Kundgebung, bei der **Hartmut Wostupatsch**, Pendsinski und Breuer Reden gegen die als "kriminelle Verbrecher" charakterisierten Widerstandskämpfer schwangen, wurde die Gruppe von der Polizei wieder zum Hauptbahnhof geleitet. Kritik an ihrem Vorgehen begegnete die Behörden mit dem lapidaren Einwand, dass die Neonazis schließlich nicht die Gedenkfeierlichkeiten beeinträchtigt hätten.

22. November 2003, Marienfels (Rheinland-Pfalz): Timo Pradel, stellvertretender Landesvorsitzender der NPD in NRW und alles andere als ein begnadeter Redner, versuchte sich in Verbalradikalismus: "Wer in einem anderen Land etwas Derartiges fordern würde, würde unweigerlich und zu Recht am nächsten Baum oder an der nächsten Laterne aufgehängt." Im rheinland-pfälzischen 370-Einwohner-Dorf Marienfels hatte Pradel als einer der Redner u.a. neben **Thomas Wulff** sowie den Altnazis **Otto Riehs** und **Sepp Biber** am 22. November seinen Auftritt, um gegen den vom Gemeinderat geforderten Abriss eines SS-Ehrenmals zu demonstrieren. Organisiert von Wulffs "Ehrenkomitee 8. Mai" zogen rund 250 Alt- und Neonazis durch das Dörfchen. Mit dabei auch eine große NRW-Fraktion mit Neonazis aus Aachen, Köln, dem Rhein-Sieg-Kreis, Wuppertal, dem Ruhrgebiet, Hamm und dem Sauerland. Die NRW-NPD war außer mit Pradel auch mit ihrem Landesvorsitzenden **Stephan Haase** vertreten. Auch die JN-Spitze aus NRW war angetreten. Die Gemeinde verlangt nach Ablauf des Pachtvertrages den Abriss des vor mehr als drei Jahrzehnten gebauten Denkmals, weil sie keine Pilgerstätte für Nazis sein will. Anlass für Pradel, gegen die "vaterlandslosen Gesellen im Marienfelser Gemeinderat" und das "Lumpenpack", das in Deutschland das Sagen habe, zu wettern. Pradel und Wulff drohten, man werde jedes Jahr wieder nach Marienfels kommen, sollte das Ehrenmal abgerissen werden. Wulff zog dabei eine Parallele zu Wunsiedel: Dort würden mittlerweile 4.000 Rechte demonstrieren. Auch in Marienfels würden es Jahr für Jahr mehr werden.

Aufmarsch in Marienfels

20. Dezember 2003, Köln: Unter dem Motto "Freiheit für Saddam!" hatte **Paul Breuer** für die KDS-"Kameradschaft Köln" kurzfristig eine Kundgebung am Kölner Hauptbahnhof angekündigt. Die ca. 20 TeilnehmerInnen versammelten sich um ein mitgeführtes Porträt Saddam Husseins. Redner waren **Stephan Sieben** aus Lohmar, Paul Breuer und **Axel Reitz**, der das Versteckthalten Husseins in einem Erdloch als "ehrenhaft" bezeichnete. Auch der "Führer" habe damals in seinem Bunker bei "Volk und Vaterland" ausgeharrt.

3. Januar 2004, Köln: Erneut auf Anmeldung von **Paul Breuer** versammelten sich zu Jahresbeginn Neonazis am Kölner Hauptbahnhof. Diesmal waren 50 gekommen, neben den Gastgebern vom örtlichen KDS u.a. Delegationen aus Bochum, Essen, KDS, Dortmund, Hamm sowie aus dem Rhein-Sieg-Kreis. Motto: "Gegen das zusammen wirken von Linkenextremisten und Politischer Justiz". Einige der TeilnehmerInnen wurden noch vor Beginn der Versammlung, die letztendlich im entlegenen Hinterhof des Offenbachplatzes stattfand, wegen des Tragens von Springerstiefeln von der Polizei ausgeschlossen. In "treuer Kameradschaft" wurden sie von einigen "Kameraden", allesamt aus der Region Mönchengladbach und dem Aachener Raum, zum Biertrinken in einer Innenstadtkneipe begleitet. Die Verbliebenen durften eine halbe Stunde Reden schwingen und lauschen, bevor die Polizei den Spuk auflöste. Neben Brauer sprachen **Axel Reitz** und der Würzburger Worch-Adlatus **Hartmut Wostupatsch**. Letzterer durfte nach dem Rufen von Parolen wie "Heil dem deutschen Reich!" dann einmal mehr seine Personalien abgeben. Schnell noch die erste Strophe des "Liedes aller Deutschen" angestimmt, und schon war alles vorbei. Natürlich wird das Ganze als Erfolg gewertet. Die Begründung dieser Bewertung dürfte angesichts komplett fehlender Öffentlichkeit und der Polizeistatistik ("Gegen insgesamt 12 Personen wurden Anzeigen erstattet - u. a. wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz, wegen Nichtbeachtung des Vermummungsverbotes und Verstößen gegen § 86 a StGB") schwierig werden.

17. Januar 2004, Hamm/Westfalen: Knapp 200 Neonazis vor allem aus dem Ruhrgebiet und vom "Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS) marschierten unter dem Motto "Solidarität mit Palästina" in

Hamms Stadtteil Bockum-Hövel auf. Redner waren **Philipp Hasselbach**, **Ivonne Mädel**, **Hartmut Wostupatsch**, **Christian Worch**, **Axel Reitz** und **Gerd Ittner**. Die "Kameradschaft Hamm" hatte in Zusammenarbeit mit der "Kameradschaft Dortmund" die Demonstration organisiert. Hinter einem Fronttransparent "Rassismus ist ein Meister aus Israel" und mit palästinensischen Flaggen ausgestattet, zogen sie durch den Stadtteil. Die NPD hatte eine Beteiligung an dem Aufmarsch abgelehnt, wie Reitz berichtete.

21. Januar 2004, Hamm/Westfalen: Vier Tage nach der ersten Demonstration in Hamm zogen dort erneut Neonazis auf. Diesmal traf man sich – offenbar wieder in Hamm/Dortmunder Kooperation - zu einer Kundgebung mittwochabends vor dem Hammer Hauptbahnhof. Der Anlass: Neonazis hatten eine Woche zuvor versucht, eine Infoveranstaltung über die extreme Rechte zu sprengen; am Ende mussten zwei von ihnen verletzt ins Krankenhaus gebracht werden. "Antifa verbieten" forderten die rund 90 Neonazis. Als Redner wüteten ein **"Kamerad Sascha"** aus Hamm, **Philipp Hasselbach** aus Essen, der Dortmunder Neonazi **Hörder** sowie **Axel Reitz** aus Köln gegen "Abschaum", "Untermenschen" und "Ungeziefer" von der Antifa.

Vorschau: 13. März 2004, Bochum

Bereits Mitte Dezember kündigte der neonazistische "Wattenscheider Widerstand" für den 13. März einen Aufmarsch unter dem Motto "Stoppt den Synagogenbau - 4 Millionen für's Volk!" gegen den Bau der neuen Synagoge in Bochum an. Veranstalter sei der "NPD-Landesverband NRW, unterstützt durch freie Kräfte aus NRW". Der geplante Aufmarsch wäre der vierte in Bochum innerhalb von 15 Monaten. Unter den zwischenzeitlich konkretisierten Aufrufern finden sich neben dem NPD-Landesvorstand, diversen NPD-Kreisverbänden und dem "Wattenscheider Widerstand" die "Freien Kameradschaften" aus Dortmund und dem Hochsauerland. Weiterhin die ebenfalls den "Freien" zuzurechnenden NRW-Gruppierungen "Warendorfer Widerstand", "Nationaler Widerstand Münsterland", "Aktionsgruppe Ruhrgebiet (Herne/Recklinghausen)", "Aktionsgruppe Duisburg" und das Düsseldorfer "NIT Rheinland". Außerdem die Postille "Freiheit Wattenscheid" und die Gruppierung "Ruf der Freiheit - Süddeutschland".

Gegen den Aufmarsch haben sich am 21. Januar mit einem veröffentlichten Schreiben an den Bochumer Polizeipräsidenten insgesamt 24 Richterinnen und Richter des Amtsgerichts und des Landgerichts Bochum gewandt und ein Verbot der Demonstration gefordert. Diese "würde sich nicht nur gegen die Glaubensfreiheit der jüdischen Gemeinde richten", sondern "zugleich einen späten Versuch der Wiedergutmachung für die Verbrechen verhöhnen, die unsere Vorfahren an Juden begangen oder hingenommen haben. Wer sich dem Bau einer neuen Synagoge in den Weg stellt, reiht sich 65 Jahre später erneut in die Reihe derer ein, die die alte in Schutt und Asche legten."

Der Bochumer Polizeipräsident verbot wenige Tage später tatsächlich den Aufmarsch, nicht ohne vorher deutlich auf seine Unabhängigkeit bei der Entscheidungsfindung hinzuweisen. "Ein Scheitern des Verbots vor den Gerichten dürfte sicher sein", hieß es daraufhin auf der Homepage des "Wattenscheider Widerstandes".

Kurzberichte

Fakten, Fakten, Fakten (nicht nur) aus Nordrhein-Westfalen

Neonazi-SchlägerInnen aus NRW müssen zahlen

Christoph Schulte aus Neuenrade (MK) und **Maria Anna von Papen** aus Arnsberg (HSK) sind in einem Zivilverfahren am Landgericht München zu einer Zahlung von jeweils 9.000 Euro Schmerzensgeld verurteilt worden. Am 13. Januar 2001 waren die beiden mit dem Lüdenscheider **Marc Miekeley** zu einer "Feier" nach München gereist. Eingeladen hatten der Ex-Lüdenscheider und "Danubia"-Burschenschafter **Reiner Mehr** und der im September 2003 wegen Attentatsvorbereitungen und Bombenbauens festgenommene **Martin Wiese** ("Aktionsbüro Süddeutschland-Kameradschaft Süd") in die Gaststätte "Burg Trausnitz". Am Rande der Feier pöbelte Maria Anna von Papen einen griechischen Passanten an, der im Anschluss von ihr und zahlreichen anderen "Gästen" niedergeschlagen, zusammengetreten und schwerst verletzt wurde. Dass Artemios T. den Angriff überhaupt überlebte, verdankte er dem couragierten Eingreifen der Gäste eines gegenüberliegenden türkischen Lokals. (*siehe LOTTA Nr. 5 und Kurzberichte in LOTTA 6, 7 und 8*). Er ist seit dem Überfall nicht mehr in der Lage, einer Arbeit nachzugehen und leidet bis heute unter einer schweren posttraumatischen Störung. Im März 2002 wurden Schulte und v. Papen als "Haupttäter" wegen versuchten Totschlags zu Jugendfreiheitsstrafen von sechs und fünf Jahren verurteilt. Sollten Schulte und v. Papen die jeweils 9.000 Euro Schmerzensgeld nicht binnen sechs Monaten nach Haftentlassung bezahlen, erhöht sich der Betrag jeweils auf 13.500 Euro. Hinzu kommen noch die anteilige Rückzahlung der vom Opferfonds beim Generalbundesanwalt ausgezahlten 13.000 Euro durch die vier verurteilten Haupttäter. Unberührt davon müssen auch die Kosten der über vierwöchigen Krankenhausbehandlung des Opfers (ca. 50.000 Euro) übernommen werden. Christoph Schulte, der wie die anderen Beklagten nicht persönlich am Prozess teilnahm, soll derzeit im offenen Vollzug der JVA München-Stadelheim eine Lehre zum Installateur beginnen, Maria Anna von Papen holt im offenen Vollzug der JVA Aichach das Abitur nach. Zum Abschluss rügte der Richter noch v. Papens Rechtsanwalt **André Picker** aus Dortmund wegen dessen Briefkopfes: Eindeutig, wenn auch nur ca. 5mm hoch, ziert diesen ein Eisernes Kreuz. Sowohl von Papen als auch Schulte sind übrigens zwischenzeitlich wieder auf freiem Fuß im Sauerland gesichtet worden.

Christoph Schulte am 28.10.2000 bei einem Aufmarsch in Düsseldorf

Prozess gegen Herbertus Bikker – Ein Update

Zwölf Verhandlungstage waren angesetzt, als Anfang September letzten Jahres vor dem Hagener Landgericht der Mord-Prozess gegen den holländischen Nazi-Kollaborateur **Herbertus Bikker** begann (*siehe LOTTA Nr. 14, Seite 30 f.*). Doch das Verfahren entwickelt sich zur unendlichen Geschichte. Mal ist der 88-jährige Angeklagte nach Auskunft der ihn betreuenden Ärzte tatsächlich verhandlungsunfähig, mal hat er offenbar keine Lust, vor Gericht zu erscheinen. So geschehen am 30. Dezember, als ihn der Arzt, der den Prozess begleitet, zu Hause abholen wollte. Eine akute Erkrankung konnte er bei Bikker nicht feststellen. Der ließ ihn aber wissen, keine zehn Pferde könnten ihn aus dem Haus bekommen: "Ihr kriegt mich hier nicht weg." Der Arzt später vor Gericht: "Subjektiv hatte ich den Eindruck, als ob Herr Bikker nicht wollte." An jenem Tag wurde das Verfahren auch in Abwesenheit des Angeklagten fortgesetzt. Unter anderem mit der Aussage eines Experten für Altersheilkunde, der Bikker bescheinigte, grundsätzlich verhandlungsfähig zu sein – wenn auch nur noch für eine Stunde pro Tag. Schon zuvor hatte das Gericht wiederholt auf den Angeklagten verzichten müssen. Vom 5. November bis 8. Dezember war das Verfahren gar komplett ausgesetzt worden. Mediziner attestieren dem Angeklagten, seine verschriebenen Medikamente nur sehr unregelmäßig zu nehmen.

Wenn dann aber doch verhandelt werden konnte und wenn Zeugen aussagten oder der Richter Vernehmungsprotokolle verlas, wurde deutlich, dass es für den früheren SSler Bikker, dem die Staatsanwaltschaft Mord an einem niederländischen Widerstandskämpfer vorwirft, sehr eng werden könnte, falls am Ende des Verfahrens ein Urteil und nicht etwa seine Verhandlungsunfähigkeit stehen würde. Zeugen berichteten von einer regelrechten Hinrichtung des Widerstandskämpfers **Jan Houtman**. Bikker soll bis zu 25 Schuss auf ihn abgefeuert haben. Houtmans Brust sei nur noch "eine blutige Masse" gewesen. Selbst als sein wehrloses Opfer schon in eine Grube gefallen war, soll Bikker geschossen haben. "Der steht nicht mehr auf", zitierte ein Zeuge den Angeklagten.

NPD, REPs und "Pro Köln" - Im "Kampf um die Parlamente"

23 Kandidaten hat die NPD bei einem Parteitag in Saarbrücken für die am 13. Juni stattfindende Europawahl aufgestellt. Nicht überraschend ist, dass Parteichef **Udo Voigt**, sein Stellvertreter **Holger Apfel**, Organisationsleiter **Peter Marx** (Saarland) und Vorstandsmitglied **Uwe Leichsenring** (Sachsen) die ersten vier Listenplätze belegen. Nicht unbedingt erwartet wurde hingegen auf dem fünften Platz Ex-Parteichef und Voigt-Gegner **Günter Deckert**. Unter den 23 Kandidaten befinden sich lediglich drei aus NRW. Noch am besten platziert ist als 15. auf der Liste der Landesvorsitzende **Stephan Haase** (35). Auf Platz 19 kandidiert **Willibert Kunkel** (52) aus Stolberg, der vor zwei Jahren von der DVU zur NPD gewechselt war. Auf dem 23. und letzten Platz ist **Alexander Klein** (43) aus Köln zu finden. Sowohl die geringe Zahl von nordrhein-westfälischen Kandidaten als auch deren schlechte Platzierung sprechen nicht unbedingt für einen hohen Stellenwert der NRW-NPD in der Bundespartei.

Prominenter platziert sind NRWler auf der Europa-Liste der "Republikaner", die im November bei einem Parteitag in Münster-Hiltrup aufgestellt wurde. Sie wird noch vor dem Bundesvorsitzenden **Rolf Schlierer** von NRW-Landeschefin **Ursula Winkelsett** (41, Senden) angeführt. Ihr Ersatzkandidat ist der stellvertretende Landesschatzmeister **Ralf Goertz** (38, Erkelenz). Auf Platz 5 folgt Bundesvorstandsmitglied **Björn Clemens** (36, Düsseldorf), direkt vor **Reinhard Rupsch** (54, Greven). Auf Platz 11 tritt **Dr. Jürgen Heydrich** (70, Köln) an; sein Ersatzbewerber ist **Thomas Bendt** (19, Tönisvorst). Auf Platz 15 findet sich **Dr. Dietrich Fischer** (73, Bad Salzuflen) mit dem Ersatzbewerber **Frank Maul** (39, Siegen). Außerdem auf der Liste: als Ersatz für den Listen-Achten **Daniel Schöppe** aus Köln (29).

Die extrem rechte "Bürgerbewegung Pro Köln" hat ihre KandidatInnen für die Kommunalwahl diesen Herbst aufgestellt. Sie will in allen 45 Wahlkreisen antreten. Angeführt wird die Reserveliste von der 25-jährigen Referendarin und bei einer Mitgliederversammlung im Amt bestätigten "Pro-Köln"-Vorsitzenden **Judith Wolter**. Auf Platz 2 folgt **Manfred Rouhs** (38), dahinter der 31-jährige Schriftsetzer **Bernd M. Schöppe**, die 57-jährige Hausfrau **Regina Wilden** und der 34-jährige Rechtsanwalt **Volker Jung**. Wolter ist zudem Spitzenkandidatin für die Bezirksvertretung Innenstadt. Rouhs zieht es in Nippes ins Bezirksparlament. Schöppe tritt in Rodenkirchen an, Jung im rechtsrheinischen Mülheim, Wilden in Porz. Den WählerInnen wollen sie sich als "seriöse, demokratische Alternative von rechts" präsentieren, wie Wolter sagte. Auf rassistische Motive wird die "Bürgerbewegung" wohl trotz des Bemühens um ein sauberes Image nicht verzichten. Wolter kündigte an, man werde "aus der Kommunalwahl eine Volksabstimmung über die Groß-Moschee machen".

Bei der Vorstandswahl wurde der 39-jährige Rechtsanwalt **Markus Beisicht** als "geschäftsführender Stellvertreter" der Vorsitzenden Wolter gewählt. Zweiter Stellvertreter wurde Bernd M. Schöppe.

"NIT Rheinland" wieder online

Nach langer Abstinenz meldete sich am 20. Dezember das "Nationale Infotelefon Rheinland - Stimme des freien nationalen Widerstandes in NRW" der "Kameradschaft Düsseldorf" zurück. Und das sowohl per Ansage auf Anrufbeantworter, als auch als Text im "Weltnetz". Man sei "inzwischen das dienstälteste Infotelefon in der brD" und habe "den Entwicklungen der Szene stets versucht Rechnung zu tragen". In einer "sehr aktionistisch geprägte[n] Zeit" habe sich das "Angebot hin zu einer Informationsflut" entwickelt, die zwar "dem nationalen Widerstand viele Türen geöffnet" habe, aber es sei "leider nur zu oft die Qualität der politischen Arbeit außer Acht gelassen worden und zu Gunsten eines Demonstrationsmarathons durch Quantität ersetzt worden". Das NIT plädiert für ein "Umdenken im nationalen Widerstand". Man werde deshalb "in Zukunft nicht mehr wahllos jeden noch so undurchdachten und aus bloßer Lust am demonstrieren angesetzten Demonstrationstermin veröffentlichen und unterstützen." Ob dieses "Umdenken" tatsächlich einer inhaltlichen und strategischen Analyse geschuldet ist oder vielmehr zunehmender Bequemlichkeit und Zeitgründen, bleibt hier wohl das Geheimnis der "Umdenker".

Seit 1994 versorgt das Düsseldorfer "NIT Rheinland" (Motto "Informationen von der Szene für die Szene - von der Front für die Front!") mit einigen Unterbrechungen die Neonazi-Szene mit Informationen. 1994 vom Bonner FAP-Kader **Norbert Weidner** initiiert, nach dessen "Ausstieg" und dem Verbot der FAP dann kurzzeitig in der Obhut der nordrhein-westfälischen "Jungen Nationaldemokraten" und seitdem von der "Freien Kameradschaft Düsseldorf" betrieben, tat man sich in den letzten Jahren

Prozess gegen neonazistische Schläger in Moers

Über fünf Verhandlungstage zog sich der Prozess gegen die beiden Moerser Neonazis **Kevin Guiliani** und **Frank Lewa** hin. Beide hatten zusammen im Mai 2002 in der Moerser Innenstadt eine Gruppe von Jugendlichen angegriffen und teilweise schwer verletzt. Unter anderem verwendeten sie dabei einen Schlagdorn. Guiliani ist u.a. wegen zweifacher Körperverletzung vorbestraft und war auch zum Zeitpunkt des Übergriffs auf Bewährung wegen eines Übergriffes auf eine Moschee am Silvesterabend 1999. Lewa war 1999 wegen des Vertriebs von neonazistischer Musik zu einer fünfjährigen Bewährungsstrafe verurteilt worden. Beide stritten die Vorwürfe ab bzw. versuchten sich selbst als Angegriffene darzustellen. Lewa hatte sich darüber hinaus auch wegen zwei weiteren Fällen von Körperverletzung und Bedrohung zu verantworten. Beide wurden letztlich aufgrund "günstiger Sozialprognosen" zu jeweils vierjährigen Bewährungsstrafen verurteilt. Lewa u.a. deswegen, weil er sich im November selbstständig gemacht hatte. Er handelt im Internet und auf Flohmärkten mit CDs und DVDs.

NIT-Rheinland on the road (Telefonnummer nicht mehr aktuell)

aber immer schwerer mit dem kontinuierlichen Betrieb. Die Betreiber (**Udo Birr** bis 1997, anschließend **Jörg Wagner** und bis vor der letzten langzeitigen Unterbrechung **Marco Schirmer**) gerieten jeweils unter antifaschistischen Druck, ebenso wie die eigentliche Hauptfigur hinter dem NIT: der im März 26 Jahre alt werdende "Kameradschaftsführer" **Sven Skoda**. Dieser ließ sich seit Herbst 2002 nur noch selten in Düsseldorf und auf neonazistischen Demonstrationen blicken.

Offensichtlich in die Fußstapfen seines politischen Ziehvaters **Christian Malcoci** aus Korschenbroich tretend, zog es Skoda gen Niederlande. Ebenso wie diverse andere Neonazi-Aktivisten und –Kader hat Malcoci seit vielen Jahren gute Kontakte zur niederländischen Neonazi-Szene. Er verlegte 2002 seinen Wohnsitz in die NL und kandidierte in Kerkrade für die neonazistische "Nederlandse Volkunie" (NVU) um deren "partijleider" **Constant Kusters**. Malcoci bekleidet das Amt des "partijsecretaris" der NVU.

Skoda folgte dem "Secretaris" noch im selben Jahr und nahm in Venlo ein Informatik-Studium an der "Fontys Hogeschool" auf. Von der "hochschulgebundenen Aktiengesellschaft ‚PetQuisit'", einer "Jung-Unternehmung", wird er als "IT Department – Assistant" geführt. Die Firma schaffte es, ein "möglichst innovatives Produkt auf den niederländischen und deutschen Markt zu bringen, unser Designernapf ‚Petquisit'". Designernapf? "Das Unternehmen steht für eine einzigartige Futterstation für ihren Hund oder Katze mit gehobenen Ansprüchen." Es bleibt die Frage, ob bei so viel verantwortlicher Tätigkeit noch Zeit zum Marschieren bleibt. Und dazu, das im Informatik-Studium Erlernte beim Programmieren von neonazistischen Homepages anzuwenden.

Deutscher Alltag in einer Kleinstadt

Eigentlich ist es deutscher Alltag. In einer Kleinstadt wird ein Migrant überfallen und geschlagen. Diesmal erwischt es einen Amerikaner. "Fucking Ami, go home", brüllen die schwarz gekleideten und mit Sturmhauben getarnten Täter in schlechtem Englisch. Faustschläge treffen den 18-Jährigen, der als Austauschschüler in dem Ort lebt; ein Messer wird gezückt. Deutscher Alltag, aber für das kleine Städtchen Rüthen im Kreis Soest ist es offenbar etwas Neues, was sich dort am 24. November ereignet.

Nicht neu, sondern aus vielen anderen Städte bekannt ist ein Teil der Reaktionen. Da ist zum Beispiel ein Bürgermeister, der sich um das Ansehen und den guten Ruf seiner Kommune sorgt. "Verabscheuungswürdig" sei die Tat, sagt er zwar, doch fügt er gleich hinzu, diese Tat wiege doppelt schwer, da sie die Stadt in ein schlechtes Licht rücke. Tage später mahnt er zur "Besonnenheit": "Rüthen ist nicht braun und wird es nie werden."

Da ist auf der anderen Seite eine Schulleitung, die – wenn auch spät – tut, was sie tun muss, also mehr, als es zum Beispiel ein Bürgermeister verlangt. Zum Beispiel Hinweise von Schülern sammeln. Eine stattliche Liste von Vorfällen mit extrem rechten Hintergrund kommt dabei beisammen, von der verbalen Attacke bis zur Schlägerei, ergänzt um die Namen von 20 Jugendlichen, die in diesem Zusammenhang auffielen. "Warum wussten wir nichts davon bzw. haben wir nicht ernst genommen, dass mit Springerstiefeln und Bomberjacken uniformierte hiesige Jugendliche und Heranwachsende Bürger von den Bordsteinen trieben, Feste und Feten mit Rufen und Hitlergruß störten und Gewalt provozierten, in mit Nazi-Fahnen geschmückten Wohnungen und Hütten Gelage feierten, sich mit auswärtigen Gesinnungsgenossen nicht nur auf der Wewelsburg trafen."

So langsam erkennt ein Teil der Stadt, was da in ihren Mauern heranwächst: "Erst waren es nur Bomberjacken, provokante rechte Sprüche und verkappte Nazisymbole. Es folgte Randale auf einer öffentlichen Party. Jetzt sind es Sturmhauben, Messer, Schläge und Drohungen", heißt es in einer Lokalzeitung. Eine Woche nach dem Überfall demonstrieren in Rüthen mehr als 1.000 Jugendliche "für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit". Der Bürgermeister war nicht dabei – ihn drückte aber eine Sorge: der ausgefallene Unterricht.

Noch ein "Heldengedenken"

Für rund 25 Neonazis aus dem Hochsauerland, dem Märkischen Kreis, dem Kreis Olpe, dem Ruhrgebiet und Hessen war es eine Gedenkveranstaltung mit Hindernissen; für **Daniela Wegener**, "Kameradschaftsführerin" im Hochsauerland, und **Marion Figge**, NPD-Kreisvorsitzende in Waldeck/Schwalm-Eder, endete sie gar mit einigen Stunden im Polizeigewahrsam: Den vor sechs Jahren bei einem Autounfall ums Leben gekommenen Führungskadern **Andree Zimmermann**, **Thomas Kubiak** und **Harald Theodor Mehr** gedachten Neonazis am letzten November-Wochenende im Sauerland.

Halbwegs problemlos verlief aus ihrer Sicht zunächst ein Treffen in einem Bestwiger Restaurant, wo "auf das Leben und Wirken der verstorbenen Mitstreiter" zurückgeblickt und eine "würdige Totenehrung" durchgeführt wurde. Anders später am Winterberger Friedhof, wo Zimmermann und Kubiak begraben sind. Polizei verhinderte den gemeinsamen Auftritt der Neonazis und wollte jeweils nur drei von ihnen gemeinsam auf den Friedhof lassen. Wegener und Figge waren damit nicht einverstanden – worauf sie in Polizeigewahrsam wanderten. Ihre "Kameraden" weigerten sich daraufhin zunächst, das Gelände am Friedhof zu verlassen, so dass die Polizei eine Bereitschaftseinheit herbei beorderte.

"Wie in den vergangenen Jahren" klagten die Neonazis Tage später über eine "Grabschändung": Die Schleifen an den Gestecken, die an den Gräbern niedergelegt worden waren, seien "gestohlen", die Gestecke selbst zerstört worden. Die Neonazis vermuten als Urheber "Antifa oder polizeiliche Schergen (ist wahrscheinlicher)", wie sie in einer Bilanz der Aktion schreiben.

Eine Woche vor dem Treffen im Hochsauerland hatten Neonazis in Lüdenscheid, wo Mehr begraben ist, eine Totenehrung durchgeführt.

16. November 2003: Heldengedenken in NRW

In **Wattenscheid** nahmen Neonazis von der NPD Wattenscheid sowie von "Kameradschaften" aus Dortmund, Gelsenkirchen und Recklinghausen an einer offiziellen Kranzniederlegung des örtlichen Reservistenverbandes und der Bezirksvertretung zum Volkstrauertag teil. Nach dem offiziellen Programm hielt NPD-Landesvorstandsmitglied **Claus Cremer** eine Rede vor den – nach eigenen Abgaben – knapp drei Dutzend Neonazis.

In **Duisburg** trafen sich nach eigenen Angaben über 30 Mitglieder der JN und der "freien außerparlamentarischen Opposition" zu einer Gedenkfeier. Redner war neben einem Vertreter der "Freien" der JN-Landesvorsitzende **Nico Wedding**. Auch für das nächste Jahr werde die JN in Zusammenarbeit mit regionalen freien Kräften eine Gedenkstunde zum Heldengedenken abhalten, kündigt der NPD-Nachwuchs auf seiner Homepage an. Nicht überall stößt die Zusammenarbeit auf Gefallen: "Wie sich gezeigt hat haben die Idioten das Heldengedenken als IHR Heldengedenken hingestellt obwohl die Parteiidioten lediglich Gäste waren", heißt es in einem Internetforum in Richtung JN.

Die NPD Münster zog es zum Gedenken gemeinsam mit den NPD-Verbänden Osnabrück und Steinfurt sowie dem "Nationalen Widerstand Osnabrücker Land" wieder ins niedersächsische **Bramsche**, 15 Kilometer nördlich von Osnabrück.

Auf einem Friedhof bei **Meschede** legten zehn Neonazis unter der Leitung von **Daniela Wegener** wie schon in einigen Jahren zuvor einen Kranz nieder. In der Wahl ihrer Schleifen-Aufschrift gaben sie sich diesmal auch wegen der Polizeipräsenz etwas gemäßigter als in den Vorjahren. Damals wurde "Ruhm und Ehre unseren Helden" gefordert und aus einem HJ-Lied "Vor uns marschieren mit sturmzerfetzten Fahnen" zitiert.

Vorläufig festgenommen wurden in der Fußgängerzone von **Schwelm** 20 Neonazis. Sie waren auf dem Weg zu einem Ehrenmal und hatten unterwegs ausländerfeindliche Parolen gerufen, wie die Polizei berichtete. Platzverweise der Polizei hatten sie nicht beachtet. Überwiegend handelte es sich nach Angaben der Polizei um "Personen aus der örtlichen Szene des südlichen Ennepe-Ruhr-Kreises". Die Gruppe hätte zuvor versucht, in **Wuppertal** an einer Kranzniederlegung teilzunehmen, die aber verboten worden sei.

Verboten wurde nach massivem öffentlichen Druck auch eine Neonazi-Versammlung der "Kameradschaft Aachener-Land" zum Volkstrauertag auf dem Soldatenfriedhof in **Hürtgenwald-Vossenack** bei Düren. Vor einem Jahr waren dort 40 Neonazis unter den Augen der Polizei aufmarschiert.

Veranstaltung des DKW in Gevelsberg

Nachdem bereits im Oktober eine Veranstaltung des "Deutschen Kulturwerkes" mit **Horst Mahler** in Hagen stattgefunden hatte, mobilisierte das NPD-nahe DKW, das insbesondere von **Thorsten Crämer** (Schwelm) und **Timo Pradel** (Iserlohn) geleitet wird, für den 22. November 2003 nach Gevelsberg (Ennepe-Ruhr-Kreis). Dort sollte in einer Gaststätte **Holger Apfel** vom NPD-Bundesvorstand einen Vortrag halten. Die zehn angereisten Gäste, die sich ca. 30 AntifaschistInnen gegenüber sahen, konnten zwar aufgrund der anwesenden Einsatzhundertschaft aus Essen doch noch an der Veranstaltung teilnehmen, von einem Erfolg für das DKW lässt sich allerdings angesichts der geringen Zahl von Neonazis nicht sprechen.

NPD/JN traut sich verstärkt auf die Straße

Auffällig viele Informationsstände führten in den letzten Monaten nordrhein-westfälische JN- und NPD-Verbände im Ruhrgebiet und im Märkischen Kreis durch. Während sich die JN hauptsächlich auf das westliche Ruhrgebiet konzentriert, trifft man die Mutterpartei eher in Recklinghausen, in Bochum und insbesondere im Märkischen Kreis, z.B. in Hemer und in Altena an. Besonders rege zeigt sich neuerdings auch der NPD-KV in Borken. Hier gibt es jetzt auch eine JN-Gruppe, ebenso wie in Duisburg, Bottrop, Gladbeck und in Bochum.

Jüdische Gedenkstätte geschändet

Eine jüdische Gedenkstätte auf einem Friedhof in Dortmund-Wickede ist Anfang Dezember geschändet worden. Wie die "Jüdische Allgemeine" berichtete, sprayten unbekannte Täter in der Nacht zum 5. Dezember auf sechs Grabsteine große Hakenkreuze und SS-Runen.

Aus für niederländisches Neonazi-Zentrum

Dezember 2000 besetzte eine Gruppe niederländischer Neonazis ein leerstehendes Kasernengelände in der Nähe von Eindhoven (*siehe LOTTA Nr.12*). Das Gelände entwickelte sich schnell zu einem wichtigen neonazistischen Freiraum und bot Platz für Konzerte und politische Veranstaltungen. Zunächst verliefen alle antifaschistischen Interventionen erfolglos. Die Gemeinde ignorierte die Aktivitäten rund um die Kaserne einfach. Interne Streitigkeiten unter den Besetzern und das Verkommen der meisten Veranstaltungen zu Gröl- und Saufabenden sorgten dafür, dass es mit der zunächst erfolgreichen Geschichte der besetzten Kaserne bergab ging. Das Aus brachte ein "Rock gegen ZOG"-Konzert mit "Oidoxie", "Rassenhass" und "Kommando Freisler" am Vorabend des Jahrestages der Reichspogromnacht. Die "AFA Nederland" forderte die Eindhovener Gemeinde auf, das Konzert zu verhindern. Und dieses Mal reagierte der Gemeinderat und forderte den Bürgermeister auf, das Konzert zu verbieten. Vergeblich. Es fand mit einigen Dutzend Teilnehmern statt.

Danach ging alles sehr schnell. Durch die provokative Terminwahl erfuhr das Konzert große Aufmerksamkeit. In der Gemeinde- und Landespolitik begann sich die Forderung durchzusetzen, dass Kasernengelände zu räumen. So in die Öffentlichkeit gedrängt und unter Druck gesetzt spaltete sich die Gruppe der Besetzer gleich mehrfach. Nach und nach verließen die Neonazis das Kasernengelände. Die letzten Verbliebenen einigten sich mit der Stadt, dass auch sie freiwillig von dem Gelände abziehen werden. Die Gemeinde hat direkt darauf alle Kasernengebäude abgerissen. Somit war schon zwei Wochen nach dem Konzert das Ende des Neonazi-Zentrums besiegelt.

V-Mann Frenz: Schaden ohne Ersatz

Das Land NRW muss dem enttarnten Verfassungsschutzspitzel **Wolfgang Frenz** keinen Schadenersatz zahlen. Das entschied das Landgericht Düsseldorf Anfang Dezember in erster Instanz. 68.475,88 Euro Schadensersatz hatte der frühere stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Frenz verlangt: Schließlich sei der NRW-Verfassungsschutz dafür verantwortlich, dass seine V-Mann-Tätigkeit bekannt geworden und ihm dadurch wirtschaftlicher Schaden entstanden sei. Einnahmeverluste durch das Ausbleiben von Patienten in seiner Solinger Heilpraktikerpraxis und beim Absatz seiner Bücher hatte Frenz beklagt.

Das Landgericht entschied aber, der NRW-VS habe rechtmäßig gehandelt, als er das Bundesamt für Verfassungsschutz über die V-Mann-Tätigkeit von Frenz unterrichtete. Der Bundesverfassungsschutz wiederum hatte im Zuge des NPD-Verbotsverfahrens das Bundesverfassungsgericht darüber informiert und Frenz geriet in die Schlagzeilen. Ob der Bund womöglich schadensersatzpflichtig sein könnte, ließ das Landgericht Düsseldorf offen.

Frenz, um den es zuletzt eher ruhig geworden war, geriet im Zuge des Schadensersatzverfahrens noch einmal in die Schlagzeilen. Das Interesse an seiner Person nutzte er, um erneut zu betonen, seinen "Job beim Verfassungsschutz" habe er vor mehr als vier Jahrzehnten mit Wissen und Zustimmung des damaligen NPD-Parteichefs **Adolf von Thadden** übernommen. Mit dem Geld des VS sei Mitte der 60er Jahre die NPD in NRW aufgebaut worden. Bis zu 1.000 Mark monatlich habe er vom VS erhalten.

Hauptsache deutsch - Titelblatt der "Monatsschrift zur Überwindung der kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld"

Von Joß Fritz

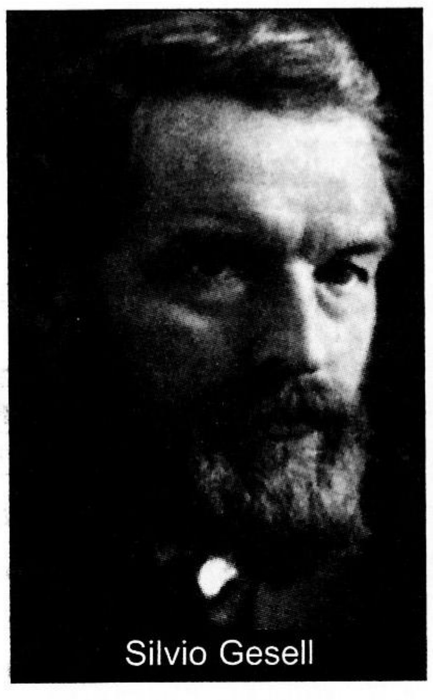
Abgesang auf ein politisches Chamäleon

Eine Betrachtung der Freiwirtschaftbewegung aus antifaschistischer Sicht

Teil 1: Von den Anfängen bis 1945

Immer wieder tauchen Anhänger der Freiwirtschafts-Theorie Silvio Gesells bei ATTAC, Initiativen gegen Sozialabbau oder der Friedens- und Ökologiebewegung auf. Ihr vermeintlicher Hauptgegner sind "Zinswirtschaft" und "Zins". Als Alternative propagieren sie eine "natürliche Wirtschaftsordnung" und die Einführung von "Schwundgeld". Doch ihre Theorie ist weder antikapitalistisch noch fortschrittlich.

Die so genannte Freiwirtschaftsbewegung entstand zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Der Begründer der Freiwirtschafts-Theorie, Silvio Gesell (1862-1930), hatte sich nach erfolgreichen Immobilienspekulationen in Argentinien in der Schweiz niedergelassen und gab dort die Zeitschrift "Die Geldreform" für die "Herabsetzung des Geldes auf die Rangstufe der Ware und Arbeit" heraus. Resonanz fand Gesell insbesondere in den Reformbewegungen dieser Zeit. Zu seinen engsten Mitstreitern wurden zwei langjährige Leser seiner Zeitschrift: Der Berliner Tischler Georg Blumenthal, der der bürgerlichen Bodenreformbewegung nahe stand, und der Ernährungsreformer Gustav Simons, der in der "Gartenstadt Eden" bei Oranienburg lebte und zu den Gründungsmitgliedern dieser 1895 gegründeten Genossenschaft gehörte.



Silvio Gesell

1909 gründete Blumenthal mit Gesells Unterstützung die "Physiokratische Vereinigung", die den "Boden als die Hauptquelle des Reichtums" sah "und die uneingeschränkte Handels- und Gewerbefreiheit forderte". Die "Physiokraten" verstanden sich ausdrücklich auch als Anhänger des individual-anarchistischen Philosophen Max Stirner. Stirner ist Autor des Buches "Der Einzige und sein Eigentum". Er vertrat die Ideologie des deutschen Kleinbürgertums, das bestrebt war, sein kleines Eigentum zu verteidigen und festzuschreiben. Durch die Verabsolutierung des Individualismus erwies er sich als offener Gegner von Organisiertheit und fortschrittlichen Gesellschaftsbestrebungen, als Anhänger reaktionärer Utopien egoistischer Eigentümer.

Blumenthal, der Streiks übrigens ablehnte, verfügte über Kontakte zu dem anarchistisch geprägten Gustav Landauer und John Henry Mackay, dem Leiter der "Vereinigung der Stirner-Freunde". Der Dichter Mackay vergötterte Stirner so sehr, dass er dessen Schädel exhumierte. Blumenthal fand über diese Kreise wie auch über die Arbeiterbildungs-Vereine neue Anhänger. Für viele Stirner-Anhänger galt Gesell bald als "der Erfüller dessen, was Stirner dunkel vorausgeahnt" hatte[1].

Gustav Simons, Schöpfer des "Vollkorn-Simons-Brotes", machte Gesells Theorie innerhalb der Lebens-

reform-Bewegung bekannt. Simons gehörte auch dem rassistischen "Orden des Neuen Tempels" um Jörg Lanz von Liebenfels an. Auf der Burg des Ordens wehte bereits im Jahre 1907 die Hakenkreuz-Fahne[2]. Mitglieder des Ordens konnten nur blauäugige, blondhaarige Männer werden, die sich zur "Reinzucht" verpflichteten. Doch Simons' Antisemitismus störte Gesell nicht. Ganz im Gegenteil. 1911 zog er in die "Gartenstadt Eden", wo er in Simons einen guten Diskussionspartner gefunden hatte.

Kriegsjahre

Die "Gartenstadt Eden" entstand aus agrarromantischen, großstadtfeindlichen Impulsen und wurde durch zahlreiche Einzelsiedlungen geprägt. In den Siedlungen sollten biologische Anbauweise, Vegetarismus und Freikörperkult in Güter- und Lebensgemeinschaften verwirklicht werden. Aber nicht nur Linke und Anhänger eines "neuheidnischen Sonnenkultes" fanden sich hier, sondern auch Völkische und "Antisemiten in großer Zahl"[3].

Gesell gewinnt hier mit Unterstützung Simons neue Anhänger, die über den "Bund für Freiwirtschaft" später auch zum "Freiwirtschaftsbund" stoßen werden. Mit Beginn des Ersten Weltkriegs wird Gesells Zeitschrift eingestellt. Gesell erwägt, als Freiwilliger in das deutsche Heer einzutreten, geht dann aber in die neutrale Schweiz. Auch bei der "Physiokratischen Vereinigung" fällt die nationalistische Kriegsbegeisterung auf fruchtbaren Boden. Zahlreiche Aktivisten werden Soldat, die Aktivitäten schlafen ein. Gesell, der noch 1916 auf Deutschlands verheerenden U-Boot-Krieg setzte, wird 1917 vom "Weltfriedensbund" zu einem Vortrag nach Zürich eingeladen. Aber dort brüskiert er die Kriegsgegner und lehnte "pazifistisches Gesäusel" ab[4]. Gegen Kriegsende schimpft er über die drohende Revolution in Deutschland und hofft auf Hilfe der bürgerlichen Parteien und einen intakten Beamtenapparat. Zum Kriegsende 1918 reist Gesell nach Berlin. Hier erscheint gerade das Buch "Deutschlands Wiedergeburt durch Blut und Eisen". Das Buch wurde von Richard Ungewitter herausgegeben. Ungewitter förderte mit seinen Schriften die Freikörperkultur unter den "Völkischen", weil diese seiner Meinung nach der Rassenverbesserung und "Aufartung" diene. In der Einleitung des Buches tritt der Herausgeber Ungewitter für einen völkischen Neuanfang Deutschlands nach dem Kriege ein. Gesell ist mit einem Beitrag zur "Überwindung des Goldwahns und die Zertrümmerung der britischen Weltmacht" vertreten, entnommen der von Gesell mitgeprägten "Neues Leben. Monatsschrift für deutsche Wiedergeburt". Er stellt darin die These auf, dass durch die Einführung seiner Geldwährung die kriegswichtigen englischen Goldreserven entwertet werden können. "Wer ist der Feind ?", fragt Gesell. "England. Worauf gründet sich Englands Macht? Auf die Goldwährung. Drauf!" Zu weiteren Autoren des Buches gehören unter anderen der Antisemit Ernst Hunkel, der rassistische Ordensgründer Lanz von Liebenfels, Ludwig Fahrenkrog, Gründer der "Germanischen Glaubensgemeinschaft", und Theodor Fritsch, Autor des Antisemiten-Katechismus "Handbuch der Judenfrage".

Rechte Freunde

Die Besten gekreuzigt..

Die dritte Auflage seines Hauptwerks "Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld" erscheint im selben Jahr. In dem Buch vertritt Gesell eindeutig sozialdarwinistische Positionen: „Wie bei allen Lebewesen, so hängt das Gedeihen des Menschen in erster Linie davon ab, daß die Auslese nach den Naturgesetzen sich vollzieht". „Nur auf dem Wege des Wettbewerbs" kann es zu einer „förderlichen Entwicklung, zur Hochzucht kommen", fährt er fort. Der „Erfolg des Wettstreites muß ausschließlich von angeborenen Eigenschaften bedingt sein", denn dann dürfe „man hoffen, daß mit der Zeit die Menschheit von all dem Minderwertigen erlöst werden wird, mit dem die seit Jahrtausenden von Geld und Vorrecht geleitete Fehlzucht sie belastet hat". Es dürfe uns nicht so ergehen wie den Christen, schreibt Gesell. Die Menschen haben „keine Vorteile davon, wenn die Besten immer gekreuzigt werden. Die Hochzucht verlangt eher das umgekehrte Verfahren." Auch zur „Rassenpolitik" äußert sich Gesell in seinem Hauptwerk: „Rassenpolitik darf nicht an Staaten, an Landesgrenzen, an Staatsgesetze gebunden werden. Rassepolitik ist ureigenste Angelegenheit jedes einzelnen Menschen. Das einzige Volk, das seit Jahrtausenden beharrlich Rassenpolitik treibt, die Juden, hat überhaupt kein eigenes Land, und kennt die Staatshoheit nicht".

Volksbeauftragter für das Finanzwesen

Im April 1919 wird in München die erste bayrische Räterepublik ausgerufen. Dem Vorschlag, Gesell in die Räteregierung zu berufen, stimmen Ernst Niekisch, der spätere "Nationalrevolutionär", und der Anarchist Gustav Landauer, der Gesells Schriften kennt, zu. Gesell wird "Volksbeauftragter für das Finanzwesen". Seine Amtszeit währt nur 7 Tage. Dann setzen die Kommunisten die abenteuerliche erste Räteregierung ab. Zu den wenigen Amtsgeschäften Gesells gehört ein Telegramm an das Reichsbank-Direktorium, das die bayrische Räterepublik "die Wege der systemlosen Papiergeldwirtschaft" verlasse und "zur absoluten Währung" übergehe.

Im selben Jahr vereinigt sich der aus völkischen Kreisen gebildete "Bund für Freiwirtschaft" mit dem "Freiland-Freigeld-Bund" um den Stirner-Anhänger Paulus Klüpfel zum "Deutschen Freiland-Freigeld-Bund". Der "Bund für Freiwirtschaft" begründet die Zeitschrift "Deutsche Freiwirtschaft. Monatsschrift zur Überwin-

dung der kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld"[4]. Verlegt wird das Blatt von dem Germanentümler und Antisemiten Dr. Ernst Hunkel, der bis 1925 Mitglied des "Freiwirtschaftsbundes" ist. Hunkel gründete im hessischen Sontra die völkische Freiland-Siedlung "Donnershag". Mitglied dieser Genossenschaft, die ein "geschlossenes deutsch-gläubiges Gemeindeleben" praktizierte, konnten nur jene werden, die ausdrücklich versicherten, dass sie "von jüdischen und farbigen Einschlag frei" sind. Außerdem mussten sie Mitglied des "Deutschen Ordens" und der "Deutschgläubigen Gemeinschaft" werden. In Hunkels "Jungborn-Verlag" wurden neben Schriften Gesells, den Hunkel aus der Siedlung Eden kennt, auch die von ihm mitgeprägte Zeitschrift "Neues Leben" nebst Hakenkreuz im Titel verlegt. Während des Ersten Weltkrieges auf seine Zusammenarbeit mit dem Antisemiten Hunkel angesprochen, reagierte Gesell gelassen: „Die Natürliche Wirtschaftsordnung kann nicht verdorben werden"[5].

Freiland - Festgeld - Festwährung

1920, Gesell hat sich gerade ein paar Villen in Rehbrücke bei Potsdam gekauft[1], schließen sich in Kassel der "Deutsche Freiland-Freigeld-Bund" und die "Physiokratische Vereinigung" zum "Freiwirtschaftsbund" zusammen. Die Hauptforderungen des Bundes werden die drei "F": "Freiland - Freigeld - Festwährung". Besonders die von individual-anarchistischen Vorstellungen beeinflussten Gesell-Anhänger orientieren sich nun verstärkt auf die Arbeiterbewegung. So gründet sich im Rheinland ein "Kampfbund der Freiwirte", in Württemberg eine "Proletarische Arbeitsgemeinschaft für Freiwirtschaftslehre" und 1923/24 auch ein erster freiwirtschaftlicher Jugendverband, der "Ring Revolutionärer Jugend", über den es zeitweise sogar zu einer Zusammenarbeit mit jungen Kommunisten und Anarchisten kommt[4].

Auf dem 1923 in Basel stattfindenden "1. Internationalen Freigeld-Kongreß" baut Gesell in seiner "Der Aufstieg des Abendlandes" betitelten Rede „den rassenpolitisch und völkisch interessierten Anhängern seiner Lehre" eine "gewisse Brücke". Wenn „vor den Gesetzen alle Rassen volle Gleichberechtigung genießen", kann „das Nebeneinander und die dadurch ermöglichten Vergleiche" das „sicherste Ventil" gegen eine „instinktwidrige, vielleicht schädliche Kreuzung" sein. Damit stehe der Freilandgedanke, so Gesell, der „Zuchtmoral" nicht im Wege, wie es Kritiker immer wieder behaupteten, sondern es sei „das Gegenteil der Fall".

1924 umfasst der "Freiwirtschaftsbund" 10.000 bis 15.000 Mitglieder in bis zu 200 Ortsgruppen[7], vor allem in Hamburg, Bremen und im Ruhrgebiet. Die Beteiligung an der Reichstagswahl 1924 wird mit 36.000 Wählerstimmen jedoch ein Misserfolg. Ein großer Teil der auf die Arbeiterschaft orientierten Freiwirte tritt aus, gründet den "Physiokratischen Kampfbund" und gibt die Zeitschrift "Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld" heraus. Hier sammeln sich um Hans Timm Freiwirte, die ihre Ziele mit „Geldstreiks" ("Wära"-Aktion), Demonstrationen und gegebenenfalls mit einer „Diktatur der Not"[8] durchsetzen wollen. Daneben erscheinen die Wochenzeitung „Letzte Politik" (Auflage 1932: ca. 10.000) und die „Freiwirtschaftliche Zeitung" des „Freiwirtschaftsbundes" mit ähnlicher Auflagenhöhe[4]. Eine weitere Abspaltung um den Bergwerksdirektor Otto Weißleder gründete bereits 1923 den völkisch-antisemitischen "Deutschen Bund für krisenlose Volkswirtschaft".

Seine letzten Lebensjahre verbringt Gesell wieder in der "Gartenstadt Eden". Etwa 1928/29 erhält er Besuch von National"sozialisten" besonderer Art: die Brüder Georg und Otto Strasser[9]. So fließen denn auch freiwirtschaftliche Positionen in das 1931 verabschiedete „Aktionsprogramm" der von Otto Strasser gegründeten „Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" ein.

"Wir stellen uns hinter die Regierung"

Immer mehr Freiwirte orientieren sich nun an der NSDAP, die die "Brechung der Zinsknechtschaft" auf ihre Fahnen geschrieben hatte. „Neben dem Sozialdarwinismus, dem teilweise gespaltenen Verhältnis zur Demokratie und dem Antikapitalismus gab es auch durch den betonten Antikommunismus einiger Freiwirte Berührungspunkte zu den Nationalsozialisten"[4].

Nach der Machtübertragung an die Nazis 1933 lösen sich nach und nach auch die meisten freiwirtschaftlichen Verbände auf. Tonangebend in der „Freiwirtschaftlichen Partei Deutschlands" werden bis zur Selbstauflösung am 31. Juli Gottlieb Scheuffler und Theodor Reents. Ihre Devise lautete: „Wir stellen uns hinter die Regierung." Sie forderten die Leser der „Freiwirtschaftlichen Zeitung" auf, „mit uns in eine neue Zeit zu gehen". Die „Freiwirtschaftliche Zeitung" geht im Oktober 1933 in der „Letzten Politik" auf. Hier erscheint in der zweiten Ausgabe des Jahres 1933 ein Bericht über einen Besuch von Vertretern des „Physiokratischen Kampfbundes" (Timm, Haacke, Rödiger

Hauptfeind: "Zins"

und Zeschke) im Hause Joachim von Ribbentrops, Hitlers außenpolitischem Ratgeber. Als "Hüter der Freiheit" wird das Naziregime nun auch in der in Timms Verlag erscheinenden "Letzten Politik" bezeichnet. Wenn es die neue Regierung ernst mit ihrer „Brechung der Zinsknechtschaft" meine, sei der „Physiokratische Kampfbund" zur „positiven Mitarbeit am Aufbau des neuen Deutschland" bereit. Einmal mehr erweisen sich die Freiwirte als Chamäleon. So schrieb der Stirner-Anhänger Rolf Engert in der „Letzten Politik", die noch bis März 1934 erschien: „Für unser Ziel können wir jede politische Konstellation einsetzen. Es kommt uns nie darauf an, wer dieses Ziel erreicht, sondern daß es erreicht wird". Und: Die Juden seien an ihrer Verfolgung selbst schuld, schreibt Timm. „Durch ihre falsche Politik hätten sie selbst zur Krise und damit zur Ausbreitung des Antisemitismus beigetragen"[5].

Mitarbeit an "der Befreiung aus sozialer Knechtschaft"

1934 wird auch der "Freiwirtschaftsbund" trotz seiner inhaltlichen "Gleichschaltung" verboten. Die Verbandpresse ruft zur Loyalität mit der neuen Führung auf. „Sie haben durch Hitler die Quittung für ihr völliges Versagen bekommen", werden Verbote und brutale Verfolgung von NS-Gegnern in einem Beitrag zynisch kommentiert. Der „Freiwirtschaftsbund" müsse sich nun der neuen Reichsregierung als wirtschaftspolitischer Berater anbieten. Kurt Becker, Redakteur der „Freiwirtschaftlichen Presse", hetzte unter Pseudonym gegen die "verantwortungslose Propaganda politischer Flüchtlinge und Literaten vom Schlage eines Heinrich Mann". Diese würden im Ausland „Schauermärchen" über Deutschland verbreiten. Otto Lautenbach lobt in einem Beitrag die „Aufmärsche der braunen Bataillone" als ein Zeichen positiver Entwicklung. Vereinsvorsitzender Ewald Wimber bietet in einem Brief an Hitler die Mitarbeit seiner Organisation „an diesem ebenso notwendigen wie gewaltigen Werke der Befreiung aus sozialer Knechtschaft" an[5].

Zahlreiche Freiwirte schließen sich nun dem am 1. Mai 1933 gegründeten "Roland-Bund für die Sicherung der Markthoheit des Reiches" an. Der Bund sollte als freiwirtschaftliche Körperschaft innerhalb der NSDAP noch bis zum Juni 1934, dem "Röhm-Putsch", existieren. Im Gründungsdokument des „Roland-Bundes" hieß es, Hitlers „nationale Revolution" müsse durch Gesells Freigeld-Theorie vor einer Gegenrevolution durch die internationale Hochfinanz geschützt werden. Der „Roland-Bund" sei hierfür eine „geschulte technische Spezialtruppe". Sie sei mit Gesells Freigeld als dem „heimattreuesten Geld der Welt" Garant des Wohlstandes der „völkischen Marktgemeinschaft". Wortführer des „Roland-Bundes" war Wilhelm Radecke, ein ehemaliger Prokurist des Bankhauses Bleichröder, der über zahlreiche Kontakte zur Finanzwelt und zur Spitze der NSDAP verfügte. Schon 1932 hatte er diesen Kreisen in einer Broschüre empfohlen, nicht den Vorstellungen Feders zu folgen, sondern denen Gesells. Er arrangierte auch ein Treffen mit hohen NS-Führern, darunter Joseph Goebbels. Doch die NS-Führung hielt an Feder fest. Die engen Kontakte des „Roland-Bund" zum SA-Chef Röhm und zu den Brüdern Strasser wird diesen zum Verhängnis. Am 30. Juni 1934, nach dem so genannten Röhm-Putsch, wird auch der „Roland-Bund" verboten[5].

Der "Bewegung möge mal ein Mussolini entstehen"

Nicht verboten wird dagegen die 1933 von Lautenbach, der während des Krieges Angehöriger der Waffen-SS war, gegründete Zeitschrift "Schule der Freiheit. Zeitschrift für organische Gestaltung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft". Diese begrüßt zum Beispiel im September 1933 das NS-„Reichserbhofgesetz" als Beginn des Überganges vom „volksfremden römischen zum germanischen Bodenrecht". Diesem Gesetz nach durften nur Arier selbstständige Bauern bleiben. Sie befürwortet auch das Gesetz zur „Verhütung des erbkranken Nachwuchses". In der Zeitschrift (Auflage ca. 3.000) schrieb zu Beginn auch der Stirner-Anhänger Rolf Engert, der in seinem Verlag die "Beiträge zur Stirner-Forschung" herausgab. Er war es, der einst Mussolinis "Marsch auf Rom" lobte und die von ihm gegründete "Stirner-Jugend" aufrief, es gleichzutun: "Vergessen wir nicht, daß es Gesells eigener, oft geäußerter Wunsch war, seiner Bewegung möge einmal ein Mussolini erstehen".

Neben Akteuren des "Roland-Bund" schreiben in dem Blatt Werner Daitz, Amtsleiter in der NSDAP-Reichsleitung, der Freiwirt Karl Walker, der völkische Schriftsteller Hans Franck und der Antisemit Paul Hasse, früher „Bund für krisenlose Volkswirtschaft"[5]. Wegen Papiermangels - andere Zeitschriften waren längst eingestellt worden - erschien die "Schule der Freiheit" ab Juli 1943 in "Kriegsgemeinschaft" mit der von dem NS-Geopolitiker Karl Haushofer (früher "Thule-Gesellschaft") herausgegebenen „Zeitschrift für Geopolitik"[10].

Dass sich einzelne Akteure der „Schule der Freiheit", die sich dem Naziregime wohl mehr als loyal gegenüber verhalten haben, nach 1945 gar als heimliche Widerstandskämpfer bezeichnet haben, sei hier vielleicht nur am Rande erwähnt. Mit ihrer Gleichschaltung zu den NS-Machthabern hat sich die Freiwirtschaftsbewegung jedenfalls selbst diskreditiert.

[1] Schmid, W. "Silvio Gesell. Lebensgeschichte eines Pioniers", Bern 1954 / Helms, Hans G. "Die Ideologie der anonymen Masse"

[2] Bronder, Dietrich "Bevor Hitler kam", 1975

[3] Frecot/Geist/Krebs "Fidus 1868–1948. Zur ästhetischen Praxis bürgerlicher Fluchtbewegungen", München 1972

[4] Werner, Hans-Joachim "Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung", Münster 1989

[5] Onken W./Bartsch, G. "Natürliche Wirtschaftsordnung unter dem Hakenkreuz" 1997

[6] Rudolf Kneip, „Jugend in der Weimarer Zeit", Frankfurt/M.1974

[7] Redaktionskollektiv "Die bürgerlichen Parteien in Deutschland", Leipzig 1970

[8] Onken, W. „War Silvio Gesell ein Faschist?" in „Schwarzer Faden" 3/1984)

[9] Kissenkoetter, U. „Gregor Strasser und die NSDAP", Frankfurt/M. 1978

[10] Haushofer, Karl "Zeitschrift für Geopolitik" 9/1943

Von Jörg Kronauer

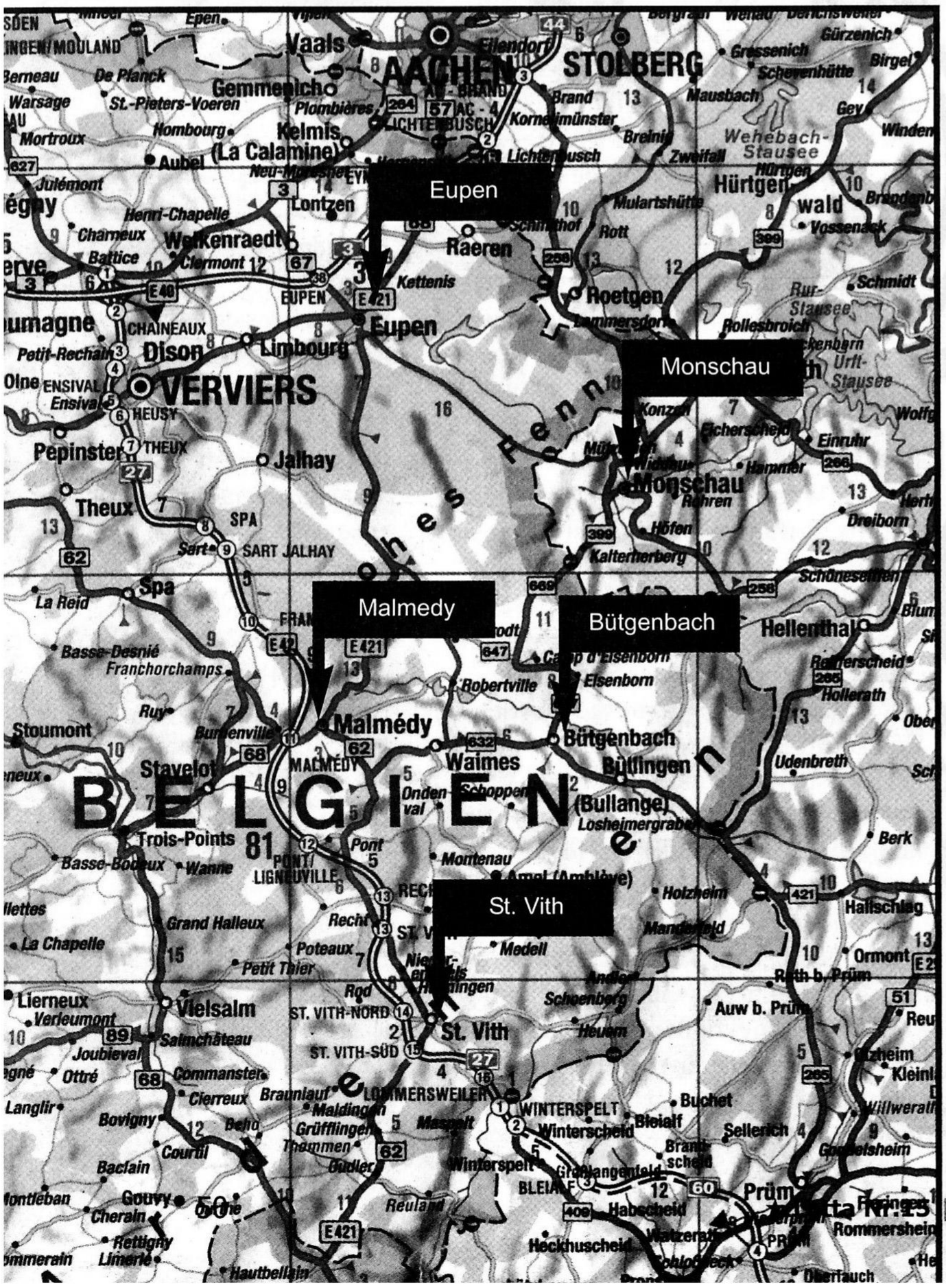
"Zucker im Tee"

Völkische deutsche Politik in Ostbelgien

Eine Amtsstube, zwei Delegationen. Verhandlungen in einer deutschen Kleinstadt, "in betont lockerer Atmosphäre", wie die Beteiligten berichten. Um Kommunalpolitik geht es, "Kleinarbeit", so einer der Delegierten, unspektakulär wie so oft. Doch plötzlich fällt der verhängnisvolle Satz: "Bütgenbach gehört einfach zu Monschau."

Bütgenbach? Monschau? Man könnte die dörfliche Szene getrost verlassen und sich den wichtigen Dingen des Lebens zuwenden, der Lektüre der LOTTA etwa und dem Kampf für das Gute und gegen die Bösen; man könnte, wenn da nicht eine ‚Kleinigkeit' stören würde: Zwischen Bütgenbach und Monschau liegt die deutsch-belgische Grenze.

Gerade 5.500 Menschen leben in Bütgenbach, kaum 1.500 im Ortskern, in dem die Alliierten während der Ardennen-Offensive im Winter 1944/45 zeitweise ihr Hauptquartier aufschlugen. Das Dorf ist eine der neun Gemeinden im Osten Belgiens, in denen deutsch gesprochen wird; es gehört nicht zu der deutschen Kleinstadt Monschau, sondern zur belgischen Region Wallonie.



"Die Preußen in Aachen!"

Das reizvolle Gebiet um Eupen, Malmedy und St. Vith hat eine wechselvolle Geschichte. Es wurde 1815 auf dem Wiener Kongress dem napoleonischen Frankreich entrissen und den neuen Besitzungen Preußens im Rheinland zugeschlagen. Man hätte damals besser auf die britische Delegation gehört. "Die Preußen in Aachen! Welche Unvorsichtigkeit", fluchte der britische Außenminister, als er von dem Deal erfuhr: "Noch bevor hundert Jahre um sind, werden sie in Antwerpen sein!" Exakter hätte es niemand vorhersagen können - am 9. Oktober 1914 eroberten deutsche Truppen die belgische Hafenstadt.

Bei den Friedensverhandlungen im Jahr 1919 versuchte man, die Entscheidung von 1815 vorsichtig zu korrigieren: Die beiden Kreise Eupen und Malmedy wurden Belgien zugeteilt. Das Deutsche Reich fand sich damit ebensowenig ab wie mit der Abtretung einiger Teile Westpreußens oder Oberschlesiens an Polen. "Uns treibt die Pflicht", klagte ein Sozialdemokrat im April 1920, "der Welt zuzurufen, daß an der Westgrenze unseres Reiches ein Volksteil national vergewaltigt wird". Konkrete Vorhersagen wagte im selben Jahr ein Flugblatt: "Wirst du belgisch, dann verschwindet der Wald, die Landwirtschaft wird ruiniert und die Industrie verkümmert."

Der belgische Schriftsteller Bruno Kartheuser hat die völkische Subversion ausführlich dokumentiert, mit der das Deutsche Reich seit den 1920er Jahren versuchte, die neuen belgischen Ostkantone aus dem Territorium des Königreichs Belgien zu lösen und dem Deutschen Reich anzugliedern. Gezielte Unterstützung prodeutscher Kräfte führte zur immer engeren Anbindung der deutschsprachigen Bevölkerung Ostbelgiens an den östlichen Nachbarstaat. Kommunale Politik spielte hierbei eine wichtige Rolle.

"Kampf gegen den Eindringling"

Agrarpolitik zum Beispiel. Dem spektakulären Einmarsch der Wehrmacht am 10. Mai 1940 und der darauf folgenden Eingliederung Ostbelgiens in das Deutsche Reich ging jahrelange unscheinbare Einflussarbeit vor Ort voraus. Der "Landwirtschaftliche Verband" in Malmedy etwa wurde mit finanziellen Anreizen dazu gebracht, aus dem gesamtbelgischen Bauernverband auszutreten und sich dem "Rheinischen Bauernverband" anzuschließen. Eine Lappalie? "Zusammenfassung aller deutschen und deutschgesinnten Menschen und insbesondere der Bauern" sei das Ziel gewesen, heißt es in einem nicht öffentlichen Förderantrag an das Auswärtige Amt aus dem Jahr 1938 - "um die möglichst vollständige wirtschaftliche Unabhängigkeit von altbelgischen Organisationen zu

erreichen, somit Arbeit gegen die Assimilierung, Kampf gegen den fremden Eindringling, Rückkehr zum deutschen Vaterland. Das Ziel war und ist demnach ein politisches, und es war nur ein Gebot der Klugheit, die politischen Aufgaben des landwirtschaftl. Verbands mit den organisatorischen und wirtschaftlichen Tätigkeiten einer Bauernorganisation zu tarnen."

Offiziell wurde über diese Pläne also nicht gesprochen. Die völkische Propaganda aber, so ist in einem für das französische Außenministerium angefertigten Bericht aus dem Jahr 1935 zu lesen, habe inzwischen "eine neue Intensität erreicht, die umso gefährlicher ist, als sie sich nicht offen zeigt und offiziell sowohl von Berlin desavouiert als von Brüssel abgestritten wird. Obschon dies nicht der Ansicht der offiziellen Kreise in Brüssel entspricht, darf man annehmen, daß das Reich die Erwartung nicht aufgegeben hat, diese verlorenen Gebiete eines Tages wiederzuerlangen." Nur wenig später erwies sich diese Annahme als richtig. "Der 20jährige Kampf Eupen-Malmedys um sein deutsches Volkstum hat nun seinen Abschluß gefunden", kommentierte einer der deutschen Drahtzieher den Einmarsch der Wehrmacht: "Das Gebiet ist in das große Vaterland eingekehrt." Verwaltung und Verbände wurden den deutschen Organisationsstrukturen wieder eingegliedert; der Übergang, so Kartheuser, erfolgte nach den jahrelangen Vorarbeiten "auf allen Ebenen nahezu nahtlos".

Erst im Winter 1944/45 schlugen die Alliierten ihr Hauptquartier in Bütgenbach auf, die Grenze zwischen Bütgenbach und Monschau wurde neu gezogen. Die neun deutschsprachigen Gemeinden Ostbelgiens wurden wieder in die Verwaltung der französischsprachigen Region Wallonie integriert, eine der drei Regionen, in die das Königreich Belgien gegliedert ist. Und das Spiel begann von vorne.

Neubeginn

Genauer: Deutschland begann das völkische Spiel von vorne. Deutsche Organisationen betrachteten auch nach dem Zweiten Weltkrieg die deutschsprachigen Bürgerinnen und Bürger Ostbelgiens als "deutsche Volksgruppe", deren Anbindung an das deutsche "Vaterland" es zu stärken gelte. Im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, seit 1990 im Bundesinnenministerium gab und gibt es ein Referat, das sich u.a. um die Belange der "deutschen Volksgruppe" in Eupen und St. Vith kümmert. Zahlreiche halbstaatliche oder private Organisationen unterstützen diese Tätigkeit.

Die Geschichte der völkischen deutschen Politik in Ostbelgien nach dem Zweiten Weltkrieg muss noch geschrieben werden; bisher sind wohl nur Bruchstücke davon bekannt. Ansatzweise nachvollziehen läßt sich etwa die Tätigkeit der Düsseldorfer "Hermann-Niermann-Stiftung", einer der reichsten privaten deutschen Stiftungen, die - insbesondere deutsche - "Volksgruppen" fördert und schon bald nach ihrer Gründung im Jahr 1978 der "deutschen Volksgruppe" in Ostbelgien großzügige materielle Unterstützung angedeihen ließ.

Die "Hermann-Niermann-Stiftung"

Die "Hermann-Niermann-Stiftung" wurde in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wegen ihrer Verbindung zu radikal-völkischen Kreisen einer größeren Öffentlichkeit bekannt. Während der Gründungsphase und in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit hatte sie mit pangermanistischen Sprengstoff-Terroristen zusammengearbeitet, die in Norditalien polizeilich gesucht wurden. Nachdem dies öffentliches Aufsehen erregt hatte, übernahm 1987 Ministerialrat Uwe Stiemke aus dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (später im Bundesinnenministerium angesiedelt) den Vorsitz der Stiftung. Stiemke betreute zeitgleich mit seiner behördlichen Tätigkeit das "Deutschtum" unter anderem in Dänemark und - Ostbelgien.

Allein zwischen 1987 und 1994 vergab die von dem Ministerialrat aus dem "Deutschtums"-Referat geführte "Hermann-Niermann-Stiftung" mehrere Millionen DM nach Ostbelgien. Das Geld förderte Bestrebungen unter den 70.000 deutschsprachigen Ostbelgierinnen und Ostbelgiern, sich stärker als bisher "deutsch" zu definieren und innerhalb des Königreichs Belgien größere Eigenständigkeit zu erlangen. Zur selben Zeit beschleunigte sich eine Entwicklung, die ihrerseits den Autonomiewünschen der neun deutschsprachigen Gemeinden entgegenkam: Die Föderalisierung Belgiens.

Verhängnisvolle Föderalisierung

Insgesamt fünf Verfassungsreformen haben in den letzten 35 Jahren aus dem Königreich Belgien einen Föderalstaat gemacht, in dem die Hauptstadt Bruxelles nur noch für relativ wenige Politikfelder zuständig ist und zahlreiche Kompetenzen komplett an kleinere Einheiten delegiert wurden. Das System ist verwirrend. Einerseits ist Belgien in drei "Regionen" gegliedert, die in etwa den deutschen Bundesländern entsprechen (die französischsprachige Wallonie, das niederländischsprachige Flandern und die zweisprachige Hauptstadtregion Bruxelles). Da aber zur französischsprachigen Wallonie auch die deutschsprachigen Gemeinden gehören, gibt es für sprachlich-kulturelle Belange eine davon abweichende Gebietsuntergliederung in drei "Gemeinschaften": Die "Flämische Gemeinschaft", deren Gebiet mit dem Gebiet der Region Flandern identisch ist, sowie die "Französische Gemeinschaft" und die "Deutschsprachige Gemeinschaft", deren Gebiete zusammen das Gebiet der Region Wallonie ergeben. Ein kompliziertes und fragiles Gebilde also, das den neun deutschsprachigen Gemeinden Ostbelgiens immerhin den Status einer eigenständigen, für Kultur und Bildung zuständigen "Gemeinschaft", ein "Gemeinschafts"-Parlament ("Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft") und eine "Gemeinschafts"-Regierung gebracht hat. "Eine historische Leistung", erklärte Karl-Heinz Lambertz im Jahr 1993, damals Minister, heute Ministerpräsident der "Deutschsprachigen Gemeinschaft" (DG). "Ob sie jedoch vor dem kritischen Auge der Geschichte Bestand haben wird, wird sich zeigen."

Lambertz' Skepsis ist begründet: Der Sozialdemokrat

kämpft selbst für eine noch weiter reichende Autonomie. Die DG soll, so will es Lambertz, über Kultur und Bildung hinaus alle Kompetenzen der belgischen "Regionen" erhalten, sich dadurch aus der Region Wallonie lösen und nur noch der Zentrale in Bruxelles unterstellt sein. Sollte Belgien im Streit zwischen Flandern und der Wallonie auseinanderbrechen - eine Perspektive, die von Fachleuten nicht ausgeschlossen wird - , dann wären Eupen und St. Vith unabhängig und könnten über ihre staatliche Zugehörigkeit frei entscheiden.

Autonomie-Offensive

Eine lärmende Offensive für größere Autonomie hat Lambertz vor zwei Jahren losgetreten. Sie begann im Frühjahr 2002 mit dem Aufbau einer "Ständigen Vertretung" der DG in Bruxelles, wurde in Verhandlungen mit der Region Wallonie fortgeführt und begleitet von einer skurrilen Öffentlichkeitskampagne. Seit dem Sommer 2002 befahren gelegentlich Autos mit dem Nationalitätenkennzeichen "DG" auch die nordrhein-westfälischen Straßen. Er wolle nur die DG international bekannt machen und ihre "Identität" stärken, erklärte Lambertz, als er die Nationalitätenkennzeichen kostenlos an jeden ostbelgischen Haushalt verteilen ließ. Zur Verstärkung der Kampagne heuerte er einen Spezialisten für völkische Außenpolitik an, den damals 26jährigen **Jörg Horn**, einen deutschen Staatsbürger, der für einen bekannten think tank der deutschen Außenpolitik gearbeitet und sich ansonsten mit Artikeln in "Vertriebenen"-Publikationen und der "Jungen Freiheit" hervorgetan hatte. Man müsse die Oder-Neiße-Grenze auflösen "wie ein Stück Zucker im Tee", hatte Horn im "Ostpreußenblatt" gefordert und damit eine Strategie beschrieben, mit der das schwächere Polen seine schützende Souveränität verlieren und dem Zugriff des mächtigen Deutschland ausgeliefert werden könnte. Im Oktober 2002 musste Lambertz den Deutschen Horn allerdings entlassen, als bekannt geworden war, dass er ihn mit dem Aufbau der Ständigen Vertretung der DG in Bruxelles betraut, also Aufgaben einer belgischen Behörde übertragen hatte.

Grenzen auflösen

Die Grenze auflösen "wie ein Stück Zucker im Tee": Davon träumt "Deutschtums"-Politiker Horn und das betreiben die Gemeindeverwaltungen von Bütgenbach und Monschau ganz praktisch. Seit 20 Jahren pflegen sie eine kommunale Partnerschaft, nun soll sie um einen Kooperationsvertrag über den grenzübergreifenden Einsatz von Rettungsdiensten erweitert werden. Damit geraten die nahe bei Monschau gelegenen kleinen Dörfer im belgischen Grenzgebiet in die Zuständigkeit deutscher Rettungsdienststrukturen; der Bevölkerung wird die Ausweitung deutschen Einflusses als Verbesserung ihrer Versorgung nahe gebracht. Auch deutsche Vereine weiten ihren Einfluss auf belgisches Territorium aus. Kürzlich hat der Gemeinderat von Bütgenbach einem grenzüberschreitenden Tourismusprojekt zugestimmt, das mit EU-Mitteln finanziert und von einem deutschen Tourismusverein koordiniert wird. In den Koordinationsbereich des deutschen Vereins fallen jetzt auch belgische Objekte, die zu touristischen Angeboten entwickelt und von Deutschland aus mit Infrastrukturen versehen werden sollen.

Die immer engere Verflechtung belgischer Gemeinden mit deutschen Organisationsstrukturen soll auch einen bildlichen Ausdruck finden: Für grenzüberschreitende Sportveranstaltungen wird ein "gemeinsames Banner Bütgenbach-Monschau" entwickelt. "Bütgenbach gehört einfach zu Monschau", erklärt der Bürgermeister der deutschen Kleinstadt Monschau, als Delegationen beider Kommunen das "gemeinsame Banner" einvernehmlich beschließen, und er stößt damit auf wohlwollende Zustimmung. Die mit EU-Geldern erbauten Abwasserkanäle einiger Bütgenbacher Ortsteile führen schon seit geraumer Zeit nach Monschau.

Dichtes Netz

Das Beziehungsgeflecht, mit dem die deutschsprachigen Gemeinden Ostbelgiens an das deutsche "Mutterland" angebunden werden, wird unbemerkt immer dichter. Selbst lächerlich scheinende Kleinigkeiten tragen zur Bewusstseinsbildung bei. Das ist nicht neu. Schon in den 1920er Jahren ging man ähnlich vor: Der Anschluss des "Landwirtschaftlichen Verbandes" Malmedy an den "Rheinischen Bauernverband" war ein Schritt zur Loslösung des Gebietes aus dem Königreich Belgien. Heute dürfen ostbelgische Kinder an dem Wettbewerb "Jugend forscht" teilnehmen, der eigentlich nur auf deutschem Territorium abgehalten wird. Der "Sozialverband VdK", einer der größten halbstaatlichen deutschen Verbände, hat im Jahr 2003 einen "Ortsverband Ostbelgien" gegründet und begonnen, das Gebiet um Eupen und St. Vith in deutsche Verbandsstrukturen zu integrieren.

Ministerpräsident Lambertz lässt keinen Zweifel daran, dass er der DG zum Status einer belgischen "Region" verhelfen wird. Sollte Belgien tatsächlich irgendwann unter dem Druck des flämischen Separatismus auseinanderbrechen, dann werden die deutschsprachigen Ostbelgierinnen und Ostbelgier genau wissen, was sie zu tun haben. Denn - man kann es nicht oft genug wiederholen: Bütgenbach gehört einfach zu Monschau.

Anzeige

VeranstalterInnen: *Kulturguerilla RadioBonteKoe*

15. Februar 2004

FERMIN MUGURUZA KONTRABANDA

Baskenland-Euskadi // Latino-Dub-Patxanka-Reggae-Ska

Bahnhof-Bochum-Langendreer // 20 Uhr // 6 Euro

Selbstdarsteller Torsten Lemmer

Von Pierre Briegert und Jannis Statt

"Antifa verdunkelt Leinwand"?

Die Intervention des Düsseldorfer Antifa-KOK gegen die Aufführung des Films "Hamlet. This is your family"

Immer wieder hatte es Düsseldorfs Nazi-Yuppie und Möchtegern-Aussteiger Torsten Lemmer angekündigt: Mit einer eigenen Liste wolle er 2004 zu den Kommunalwahlen in Düsseldorf antreten. Pünktlich zum Wahljahr ging der ehemalige Fraktionsgeschäftsführer der REP-Abspaltung "Freie Wählergemeinschaft" (FWG) und spätere RechtsRock-Unternehmer dann auch an den Start. Wenige Tage vor der Präsentation seiner neuen "Unabhängigen Wählergemeinschaft für Düsseldorf - LemmerListe" aber war erst einmal Theater angesagt. Hierbei mischte der "Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf und dem Umland" (ANTIFA-KOK) kräftig mit.

Ende 2003 wurde bekannt, dass ab dem 8. Januar im UFA-Kino "Lichtburg" auf Düsseldorfs Glitzermeile Königsallee der Film "Hamlet. This is your family" des österreichischen Schauspielers Peter Kerns gezeigt werden sollte. Thema ist die umstrittene schweizerische Hamlet-Inszenierung des Theaterregisseurs Christoph Schlingensief mit vermeintlich ausstiegswilligen Neonazis (*naziline.com, siehe LOTTA Nr. 6 und 7*). Eröffnet werden sollte die Show mit einer Podiumsdiskussion. Lediglich der ANTIFA-KOK meldete Protest an. Mit einem Offenen Brief wurde die Leitung der "Lichtburg" aufgefordert, "die geplanten Veranstaltungen abzusagen und Lemmer kein Forum für sein [...] Polittheater zu bieten". Und weiter: "Nicht nur Lemmer und Co., auch wir können Theater machen."

Womit wohl niemand gerechnet hatte: Die "Lichtburg" sagte das Spektakel ab. Nicht nur die Feuilletons schnaubten, von "Rheinischer Post" bis taz. "Gewalt" sei seitens der Antifa angedroht und ausgeübt, gar Mitarbeiter der "Lichtburg" bedroht worden, rauschte es durch den Blätterwald. "Ein Schaden für die Demokratie, für die grundgesetzlich verbriefte Informationsfreiheit ist entstanden", ereiferte sich die RP. Für die taz ("Antifa verdunkelt Leinwand") war gar das "Ende der Demokratie in Sicht. Dann wird Kunst [...] zum Freiwild für militante Sektierer [...] und minderjährige Nichtwisser." Und Kern persönlich in seiner "Antwort auf den Brief der Antifa": "Schlagen Sie mich halt, wenn es Ihnen Spaß macht", nicht ohne darauf hinzuweisen, dass er "Sozialist, Jude und Österreicher" sei. "Wenn die Politik scheitert", so Kern, sei "es Aufgabe der Kunst [...] Visionen zu leben [...]. Wenn Sie jetzt in diesem Freiraum eindringen und Demokratie nicht zulassen, dann machen Sie sich schuldig an dem Elend in dieser Welt."

Die Aufführung nebst "Diskussion" fand dennoch statt, allerdings notverlegt in die abseits gelegenen Kulturräume eines Kern-Freundes. Zirka 80 TeilnehmerInnen, die meisten aus dem nahen Kern- und Lemmer-Umfeld sowie JournalistInnen, fanden sich ein. AntifaschistInnen demonstrierten vor dem Eingang und informierten per Flugblatt.

Der Film stellte sich als Jahrmarkt der Eitelkeiten, als Gipfel-Treffen begnadeter SelbstdarstellerInnen heraus. ‚Tiefere' Diskussionen der Schlingensief-Mannschaft mit der Neonazi-Crew um Lemmer? Fehlanzeige. Das höchste der Gefühle war ein Assoziationsspiel bei einem Bootsausflug auf dem Züricher See. Kern warf Lemmer ein paar Brocken hin und der schnappte routiniert zu: "Was wärest Du im Dritten Reich gewesen?" Antwort: "Widerstandskämpfer".

Kulturellen Mehrwert erzeugte das Zusammenrühren der damals viel diskutierten Aussteiger-Projektes mit der Düsseldorfer Lemmer-Blase und der historischen "Ham-

let"-Aufführung von Gustaf Gründgens jedenfalls nicht. Schlingensief kam immer nur auf Mama und Papa zu sprechen. Hamlets Vatermord stelle ebenso wie die Tabu-Brüche der Neonazis den vergeblichen Versuch dar, den Familien-Banden zu entfliehen. Unentwirrbar seien wir mit den Eltern verbunden, verkündete er und hatte gleich die ganze Welt an einer Nabelschnur hängen. Wir seien "alle eine Familie. Wir gehören alle zusammen"- Neonazis natürlich inklusive.

In Windeseile schaffte es der nach der Vorführung des Films per Telefon zugeschaltete Schlingensief dann auch noch, eine Verschwörung gegen ihn und Kern, bestehend aus Antifa, Innenministerium, Düsseldorfs CDU-Oberbürgermeister Joachim Erwin, Düsseldorfer Kultur-Institutionen und der Tageszeitung "Express" zusammenzuphantasieren. Zu den Beziehungen seines Schützlings Lemmer zur extremen Rechten gab er sich wesentlich kleinlauter: "Ganz klar blicke ich da auch nicht durch", sagte er, entlastete Lemmer jedoch gleich wieder: Schließlich hätten ja auch viele Leute Aktien von MBB und anderen Rüstungskonzernen.

Seine Resozialisierungsgeschichte musste Lemmer dann selber erzählen. Eine Zusammenfassung: Er besuchte eine KZ-Gedenkstätte ("wo ich von einem Rabbiner empfangen wurde") und ein buddhistisches Kloster ("wo ich von einem Mönch empfangen wurde"). Zu den genaueren Umständen des Verkaufs seines RechtsRock-Verlages befragt, zeigte er sich dagegen nicht in Erzähllaune. Er wolle die Veranstaltung auch nicht zu Wahlkampf-Zwecken nutzen. Genau das tat er aber. Und mit gutem Sinn für Timing verlegte er prompt den Presse-Termin zur Vorstellung seiner neuen Partei auf den übernächsten Werktag nach der Vorstellung. Am 12. Januar war es dann soweit. "Wir sind nicht rechts, wir sind nicht links, wir sind nicht Mitte", verortete auf der Pressekonferenz der frisch gewählte Vorsitzende Berthold Behrendt punktgenau die "Unabhängige Wählergemeinschaft für Düsseldorf - LemmerListe". Lemmer selbst gehöre nicht dem Vorstand an, man wolle aber seine "Bekanntheit nutzen, um auf uns aufmerksam zu machen". Er fungiere als "Berater". Dass es dabei nicht bleibt, daran zweifelt in Düsseldorf niemand, weder Kritiker des ganzen Theaters, noch dessen "demokratischen" Beschützer.

Anzeige

Interview

LOTTA-Redakteur Stefan Kowal sprach mit zwei Mitgliedern des ANTIFA-KOK über das lemmerische Theater und die antifaschistische Intervention:

Was war der Grund, dass ihr überhaupt interveniert habt? Wieso war es euch so wichtig, dass dieser Film nicht aufgeführt wird?

Ernst: Peter Kern, der Regisseur des Films, hat bereits im letzten Herbst angekündigt, Lemmer bei seiner diesjährigen Kommunalwahlkandidatur unterstützen zu wollen. Die Aufführung des Films in der Lichtburg und die begleitend geplante Podiumsdiskussion mit dem Titel „Was darf die Kunst und was darf die Politik nicht?" müssen daher ganz klar im Zusammenhang mit dem beginnenden Wahlkampf gesehen werden.

Johanna: Es ging uns gar nicht so sehr um den Inhalt des Films als vielmehr um den politischen Kontext, in dem er entstanden ist und in dem er gezeigt werden sollte. Lemmer und Co haben vor fast drei Jahren Schlingensiefs Hamletprojekt durchaus zur Selbstinszenierung genutzt. Wir wollten verhindern, daß hier in Düsseldorf erneut unter dem Deckmantel der Kultur Neonazis ein Forum geboten wird. Die Parole „Keine Bühne für Nazis" gilt eben auch für den Bereich der Kultur.

Worauf würdet ihr zurückführen, dass das Kino den Film absetzte?

Ernst: In der Presse hieß es, den BetreiberInnen sei die Sache zu heiß geworden, weil Schaukästen demoliert und MitarbeiterInnen des Kinos bedroht worden seien.

Johanna: Ob das stimmt, wissen wir nicht. Wovon wir wissen, ist unser Offener Brief an das Kino und die damit ausgelösten Medienreaktionen, die wiederum eine breite öffentliche Debatte hervorgerufen haben. Das hat mit Sicherheit den Druck aufs Kino erhöht, so dass es denen zu heikel war, sich für die nicht überall beliebten Kern und Lemmer in die Bresche zu werfen.

War es nicht sehr riskant, an diesem doch sehr heiklen Thema zu intervenieren? Ihr hattet ja auch zeitweise sehr üble Presse. Vorwurf war, dass ihr die "Freiheit der Kunst" beschneiden, gar die Demokratie gefährden würdet. Wie ist eure Position zum Thema "Freiheit der Kunst"?

Johanna: Der Vorwurf, der seitens einzelner Zeitungen, namentlich der taz und der Rheinischen Post, gegen uns erhoben wurde, war der der Zensur. Wir würden die Freiheit der Kunst einschränken und seien eigentlich auch nicht besser als irgendwelche Nazis.

Ernst: Das Problem ist, dass eine weitverbreitete Vorstellung von Kunst existiert, dass Kunst ohne gesellschaftlichen Kontext existiere. Dies funktioniert jedoch nicht nur generell nicht, sondern im speziellen Fall mal gar

nicht. Lemmer und Kern haben ja von sich aus schon durch ihre Wahlkampfankündigung den Zusammenhang hergestellt. Das Ganze diente nur dazu, ihren Wahlkampf und den angeblichen Ausstieg von Lemmer zu promoten.

Johanna: Mit dem Phänomen sind politisch Aktive dauernd konfrontiert: Einerseits wollen Kulturschaffende wie Kern und Schlingensief mit ihrer Arbeit in gesellschaftliche Auseinandersetzungen intervenieren und politische Debatten anstoßen. Steigt man aber darauf ein, halten sie die Kritik nicht aus und fangen an zu jammern. Unserer Meinung nach müssen aber KünstlerInnen Verantwortung für ihr Handeln übernehmen und für die Konsequenzen gerade stehen. Das tun Kern und Schlingensief aber nicht, sie weichen aus und inszenieren sich als die Verfolgten, als die Zensierten.
Kunst, oder Kultur allgemein, ist umkämpfter Raum, in dem verschiedene Fraktionen um 'kulturelle Hegemonie' ringen, wo sowohl reaktionäre als auch progressive Positionen hoffähig gemacht werden können. Man kann nicht so tun als wäre Kunst "neutrales Terrain".

Hattet ihr nicht Sorge, Lemmer ungewollt zu hypen? Ihm dürfte der ganze Trubel doch nicht ungelegen gekommen sein...

Ernst: Klar hat das Wirbel gemacht, selten haben wir mit so wenig Leuten so viel Presse gegenübergestanden wie am Aufführungsabend. Aber Nazis totschweigen ist das falsche, weil naive Konzept. Unserer Beobachtung nach geht das nach hinten los. Es leugnet vor allem die Fähigkeit der Nazis, sich eigenständig zu organisieren und medial in Szene zu setzen. Lemmer hat das die Jahre über immer wieder versucht und teilweise auch geschafft.

Johanna: Außerdem hat unsere Intervention bewirkt, dass Lemmer und Kern ihre Show nur an einem Abend abziehen konnten und nicht, wie ursprünglich geplant, drei Wochen lang.

Wie würdet ihr im nachhinein eure Intervention bewerten?

Ernst: Obwohl die Presseberichterstattung teilweise zu kippen drohte und wir als die Ursachen allen Übels dastanden, in der Summe doch recht positiv:
Erstens: Die Position, dass Kunst was mit Politik zu tun hat, wurde breit gestreut. Zweitens: Die Aussteigerstory von Torsten Lemmer wurde in der Öffentlichkeit hinterfragt. Drittens: Die Wahlkampfinitiative der „Lemmer-Liste" konnte partiell die Unterstützung abgegraben, zumindest ihr Ruf in der Öffentlichkeit angekratzt werden.

Stichwort Lemmer: Wie tief ist der Bursche denn nun wirklich noch mit der extremen Rechten verbandelt?

Ernst: Lemmer hat schon diverse Male versucht, sich als Aussteiger zu gerieren, wenn es ihm politisch und geschäftlich in der extremen Rechten zu eng wurde. Um anschießend das Gegenteil von ‚Ausstieg' zu praktizieren. Wir glauben ihm kein Wort. Er hat nachweislich weit über zehn Jahre in der extremen Rechten mitgemischt, hat eines der bundesweit größten RechtsRock-Unternehmen in der BRD aufgebaut. Und lügt das Blaue vom Himmel herunter. Er war und ist aber nie ein typischer Szene-Mensch gewesen. Ein Nazi-Yuppie eher, der auf Haider steht, mehr modern und neoliberal daherkommt, lieber beim Italiener einen Rotwein trinkt, als sich ein Reichsparteitags-Video anzuschauen, wie er das selber mal in einem „Spiegel"-Interview formulierte. In der Neonazi-Szene ist er auch tatsächlich höchst unbeliebt, gilt als Abzocker, als Fremdkörper. Aber nicht bei allen: Viele Bands und andere RechtsRock-Projekte haben von ihm profitiert – und er von ihnen, das Verhältnis war also immer ein sehr ambivalentes und arbeitsteiliges.

Johanna: Mindestens genauso wichtig wie rechte Politik, war Lemmer auch immer die Selbstdarstellung und der wirtschaftliche Apekt. Allein mit dem Geld, das er in den neunziger Jahren mit RechtsRock verdient hat, kann er heute gut leben – und Wahlkämpfe bestreiten.
Er hat auch nach wie vor hervorragende Kontakte in die extreme Rechte, dürfte auch noch Gewinne aus dem Geschäft mit RechtsRock ziehen. Natürlich hat er seinen ‚Nachfolgern' sein RechtsRock-Reich nicht geschenkt. Und er vermietet dem RechtsRock-Unternehmen auch weiterhin Räume. Er wird auch dafür gesorgt haben, dass er dort weiterhin Einflussmöglichkeiten hat. Er ist jetzt zwar nicht mehr der Chef, aber Lemmers Domains z.B. sind nach wie vor auf die Adresse der RechtsRock-Firma angemeldet, mit der er angeblich nichts mehr zu tun hat...
Einzelne Personen, die eng mit der extremen Rechten verbandelt sind, sind übrigens auch auf seiner „LemmerListe" zu finden. Natürlich nicht dumpfe Stiefelnazis, sondern ein wenig intellektuellere. Eher so aus dem rechtsökologischen bis ökofaschistischen Spektrum.

Wie schätzt ihr diese „UWG-LemmerListe" ein? Kann sie zu einem lokalpolitischen Faktor werden oder gar zu einem Dauerbrenner inkl. Ratsmandaten?

Johanna: Wenn so jemand wie Lemmer mit seinem neoliberalen Kurs weiter macht, und erst im zweiten Schritt mit Rechtspopulismus um die Ecke kommt, könnte die Liste zu einem Faktor werden, wie Beispiele aus anderen Städten oder Ländern zeigen. Erst recht, wenn es ihm gelingt, Prominenz aus Kultur oder Wirtschaft für seine Zwecke einzuspannen.

Wir danken euch für dieses Interview.

Mehr Infos finden sich unter www.antifakok.de

Vom Arbeitskreis "Angreifbare Traditionspflege"

VVN-BdA im Visier

Angegriffene Traditionspflege führte zu Hausdurchsuchungen

Im Frühjahr 2003 erhielten zahlreiche ehemalige Gebirgsjäger der Wehrmacht Post mit einem Absender, von dem sie angenommen hatten, dass er sie nie wieder belästigen würde: Oberstaatsanwalt Ulrich Maaß aus Dortmund, Leiter der dortigen „Zentralstelle im Lande NRW für die Bearbeitung von Nationalsozialistischen Massenverbrechen bei der Staatsanwaltschaft Dortmund". Den Empfängern wurde mitgeteilt, dass gegen sie wegen der Beteiligung an Kriegsverbrechen auf der griechischen Insel Kephallonia ermittelt werde. Die alten "Kameraden" waren außer sich: Bislang war noch kein deutscher Soldat wegen eines Kriegsverbrechens vor einem deutschen Gericht verurteilt worden. Doch jetzt auf einmal, genau 60 Jahre nach dem Massaker und mehr als 30 Jahre nach Einstellung oberflächlicher Ermittlungen, sollte es so weit sein? Erstaunlicherweise wandten sich lediglich fünf der angeschriebenen "Kameraden" postwendend an ihre Anwälte und an Maaß persönlich. Der behauptete durchaus glaubhaft, er habe die Briefe nicht versandt, sie seien wohl gefälscht. Der Oberstaatsanwalt leitete deshalb ein Verfahren gegen Unbekannt wegen Amtsanmaßung ein. Die "Kameraden" gingen ihrerseits gezielt gegen Ulrich Sander, Landessprecher der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bundes der Antifaschisten" (VVN/BdA), vor und zeigten ihn namentlich an.

Genervte Kameraden

Sander ist ein Hassobjekt für die "Kameraden". Seit Anfang 2003 wurde er mehrfach in Berichten der Mittenwalder Lokalzeitung über Proteste gegen das jährliche Pfingsttreffen des "Kameradenkreises" der Gebirgsjäger in Mittenwald erwähnt. Sander und die VVN/BdA organisierten dort Pfingsten 2003 gemeinsam mit dem Arbeitskreis "Angreifbare Traditionspflege" aus Protest gegen das Treffen dieser Selbsthilfegruppe für Kriegsverbrecher ein Hearing, eine Demonstration und eine Kundgebung. Zudem hatten der Arbeitskreis und Sander den zuständigen Justizbehörden eine Liste mit Namen von rund 200 noch lebenden ehemaligen Gebirgsjägern zugeleitet, die an Kriegsverbrechen beteiligt waren. Nicht zuletzt, weil das ARD-Magazin "Monitor", die "Süddeutsche Zeitung" und "Der Spiegel" über ihr "Kameradschaftstreffen", ihr Traditionsverständnis und über einige der von ihnen verübten Kriegsverbrechen berichtet hatten, waren die "Kameraden" im Vorfeld ihres Treffens Pfingsten 2003 nervös und verunsichert. Zum ersten Mal überhaupt sahen sie sich beispielsweise genötigt, ihre Versammlung polizeilich anzumelden. Auf ihrer widerlichen Feier waren sie wegen des großen öffentlichen Interesses auch aus Griechenland, Italien und England usw. genötigt, zumindest jene beiden Kriegsverbrechen zuzugeben, die ihnen zweifelsfrei nachgewiesen sind: Kommeno und Kephallonia. Auf der Liste, die den Justizbehörden übergeben worden waren, befanden sich auch die Namen von an diesen Massakern beteiligten Ex-Soldaten.

Aktionen gegen das Treffen der Gebirgsjäger

Besonders erbost waren die Gebirgsjäger-"Kameraden" über das Hearing zu den Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger und den Entschädigungsforderungen gegenüber Deutschland. Zu dem Hearing waren Überlebende der von Gebirgsjägern verübten Kriegsverbrechen aus Griechenland und Italien eingeladen. Historiker berichteten über weitere Massaker dieser Elitetruppe, über die juristische Nicht-Verfolgung der Täter und die Traditionspflege dieser Truppe bis in die Gegenwart. Im Anschluss an das Hearing zog eine lautstarke Demonstration durch Mittenwald. Von den AnwohnerInnen schlug ihr offener Hass entgegen, ein Ausdruck der Tatsache, dass es in Mittenwald keine Trennung des Militärischen und des Zivilen

gibt. Der bewaffnete Männerbund ist in Südbayern untrennbar mit der Gesellschaft verbunden, die seine Angehörigen reproduziert, emotional unterstützt und ihnen den Rücken gegen KritikerInnen frei hält. Die Proteste wurden am folgenden Pfingstsonntag mit einer Kundgebung gegen den Feldgottesdienst der Truppe auf dem Mittenwalder Hausberg, dem „Hohen Brendten", fortgesetzt. Diese gespenstische Veranstaltung ist die größte deutsche Soldatenfeier. Erfreulicherweise war die Besucherzahl dieses Jahr deutlich gesunken. Kaum mehr als 1.500 Wehrmachts- und Bundeswehrsoldaten samt Familienangehörigen dürften den Berg erklommen haben oder im Bundeswehrbus bequem zum Gipfel gefahren sein. Während sonst die Creme de la Creme der bayerischen Landespolitik und führende Bundeswehr-Generäle an der Feier teilnahmen, wurde 2003 die zweite Garde vorgeschickt. Sie alle mussten an der Kundgebung vorbei und sich die Namen der Kriegsverbrecher unter ihren "Kameraden" anhören, wobei manchem der eigener Name in den Ohren dröhnte. Der Feldgottesdienst auf dem Berg wurde von einer gut vernehmbaren antifaschistischen Hitparade mit Liedern aus den europäischen Partisanenverbänden zumindest akustisch beeinträchtigt. Die übliche salbungsvolle und wehmütige Stimmung stellte sich aber auch deswegen nicht so recht ein, weil einige Nächte zuvor das zentrale Ehrenmal der Gebirgsjäger auf dem "Hohen Brendten" mit einschlägigen Parolen versehen worden war. Um sie nicht dauernd vor der Nase zu haben, hatte man das Ehrenmal verhängt, aber alle wussten natürlich, was dort stand und was sie nicht sehen sollten. So waren die Parolen „Gegen die Traditionspflege der Gebirgsjäger" und „Für die sofortige Entschädigung" erst recht präsent.

Gebirgsjäger in der Defensive

Die Proteste in Mittenwald waren sehr erfolgreich. Die den Gebirgsjägern von ihrem "Kameraden" Edmund Stoiber attestierte „unangreifbare Traditionspflege" wurde medienwirksam und nachhaltig angegriffen. Die von Angehörigen von Ermordeten und Überlebenden erhobenen Entschädigungsforderungen an die Adresse der BRD wurde einer internationalen Öffentlichkeit zu Gehör gebracht. Außerdem wurden tatsächlich Ermittlungen gegen die Kriegsverbrecher aufgenommen. Die Proteste trafen auch deshalb ins Schwarze, weil sie die deutschen Kriegsverbrechen in halb Europa nicht einfach historisierten, sondern sie mit der aktuellen Kriegspolitik der Bundesregierung in Verbindung setzten und einen Beitrag gegen die deutsche Schlussstrich-Mentalität leisteten.

Die Gebirgsjäger gerieten in die Defensive. Auf der Suche nach den Ursachen der unerwarteten Konfrontation mit ihren Verbrechen entblödeten sie sich tatsächlich nicht, alle TeilnehmerInnen des Hearings, der Demo und der Kundgebung als von "Panorama – preußisches Fernsehen! - gekauftes Gesindel" zu bezeichnen. "Panorama" hatte am 12. Juni 2003 einen fairen Bericht über die Proteste gegen diese mörderische Art von Kameradschaft und Traditionspflege gesendet. Repressive Maßnahmen gegen Beteiligte an den antifaschistischen Protesten wurden nicht bekannt. Die Gebirgsjäger selber hetzten in ihrem Vereinsblättchen gegen die AntifaschistInnen. Ihrer Meinung nach gibt es lediglich ein Vermittlungs- bzw. ein mediales Problem. Sie versicherten sich daher bereits der Unterstützung von Presseoffizieren der Bundeswehr, um 2004 besser gegen Presse, Rundfunk und Fernsehen gewappnet zu sein.

Staatsschutz in Aktion

Am 3. Dezember 2003 folgte dann eine Retourkutsche. Die Wohnung von Sander und das VVN/BdA-Büro in Wuppertal wurden etwa ein halbes Jahr nach den Anzeigen durchsucht. Zehn Staatsschutz-Beamte durchwühlten Wohnung und Büro und beschlagnahmten Sanders PC. Im Durchsuchungsbeschluss wurde Sander zur Last gelegt, die Zeitung des Kameradenkreises, „Die Gebirgstruppe", ausgewertet zu haben, um Namen, Einheiten, Einsatzorte und Tatorte von Verbrechen abzugleichen – ein naheliegender Gedanke, auf den die Zentralstelle in den letzten 40 Jahren noch nicht gekommen zu sein scheint. Ergebnisse der Razzia können die Staatsschützer bis heute nicht vorweisen. Für die Frage, warum sich die Verfolgungsbehörden so lange Zeit ließen, bis sie auf die Anzeigen reagierten, gibt es zwei Antworten: Zum einen trafen die Protestierenden auf großes Interesse, sogar auf Unterstützung und Zustimmung in breiten Teilen der internationalen Öffentlichkeit. Eine unmittelbar einsetzende Repression wäre politisch kaum vermittelbar gewesen. Zweitens dürften sie angesichts der beginnenden Vorbereitungen auf Pfingsten 2004 als Versprechen von bayerischer Polizei und Politik verstehen zu sein, sich nicht noch einmal politisch überrumpeln zu lassen.

Die Staatsanwaltschaft machte sich mit den Razzien zum Komplizen der Kriegsverbrecher unter den Gebirgsjägern. Während Maaß und seine Zentralstelle einerseits so gemächlich gegen die Nazi-Kriegsverbrecher „ermitteln", bis auch der letzte Beschuldigte und die letzten ZeugInnen gestorben sein werden, geht sein Staatsschutz-Kollege rabiat gegen AntifaschistInnen vor, die sich das angesichts der deutschen Geschichte und der deutschen Gegenwart nicht bieten lassen.

Infos zu Mittenwald 2004 werden demnächst unter *www.nadir.org/mittenwald* zu finden sein.

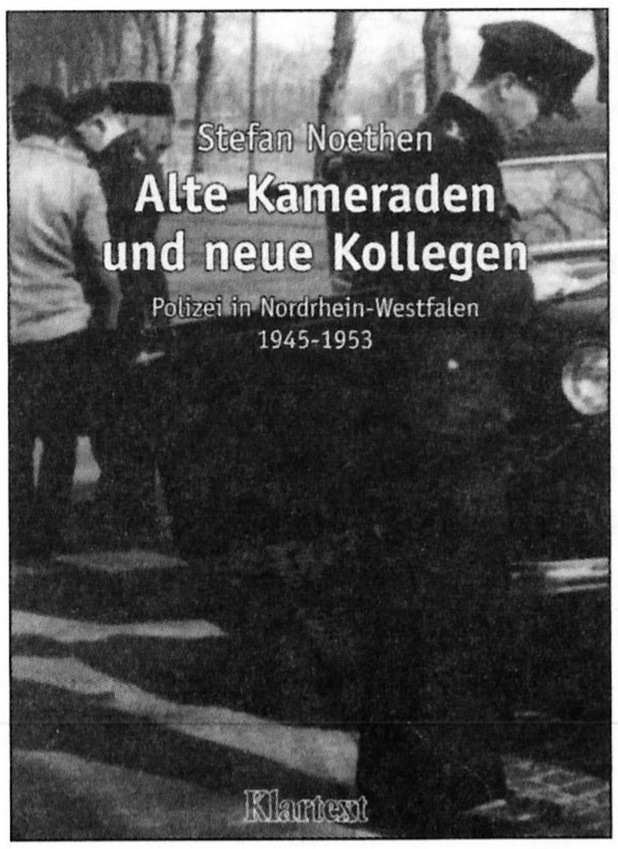
Über Kephallonia ist gerade erschienen:
Christoph Schminck-Gustavus
Kephallonia, 1943 – 2003
Auf den Spuren eines Kriegsverbrechens
Donat-Verlag Bremen, 2003

Eine Dokumentation des Hearings vom AK Angreifbare Traditionspflege wird bei Papyrossa erscheinen.

Von der "Stattzeitung Terz"

Alte Kameraden und neue Kollegen

Polizei in Nordrhein-Westfalen 1945-1953



Stefan Noethen
Alte Kameraden und neue Kollegen
Polizei in Nordrhein-Westfalen 1945-1953
Klartext Verlag;
570 Seiten für 39,90 Euro

Im Essener "Klartext Verlag" ist ein Buch über den Aufbau und die Restauration der nordrhein-westfälischen Polizei nach Ende der faschistischen Diktatur erschienen. Die bundesdeutsche Polizei versuchte Jahrzehnte lang, sich als Institution darzustellen, die nicht in die Verbrechen der Nazis involviert war. Dieses selbst erstellte und gehegte Bild konnte erst in den letzten Jahren erschüttert werden. Ganze Polizeibataillone waren an Massenverbrechen und der Ermordung von Juden beteiligt. Viele Akteure konnten nach dem Krieg unbehelligt ihren Dienst weiterführen und machten Karriere. Nur wenige wurden von den Alliierten und den bundesdeutschen Behörden zur Rechenschaft gezogen. Die vorliegende Dissertation von Stefan Noethen geht anhand der Polizei in NRW der Frage nach, wie und warum dies geschah.

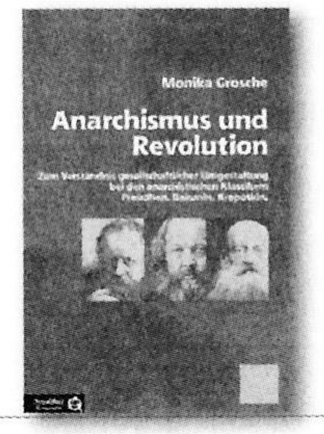
Die Allierten waren nach dem Zusammenbruch der faschistischen Diktatur vor das Problem gestellt, wie die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten ist. Die noch im Krieg aufgestellte Überlegung, den gesamten Polizeiapparat zu entlassen und neu zu gründen, wurde wegen offensichtlicher Unausführbarkeit schnell fallen gelassen. Es fehlten politisch verlässliche Beamte mit dem nötigen KnowHow. Es sollten aber zumindest alle Beamte, die einen militärischen Rang hatten, entlassen werden. In der Realität wurde auch dieses aus praktischen Erwägungen häufig nicht umgesetzt. So konnte der Polizeiapparat, bis auf die nicht zu vertuschenden Verbrecher, erstmal fast ungehindert weiter arbeiten.

Noethen weist detailliert nach, dass ein Teil der Polizeibeamten in der NS-Zeit an Massenverbrechen beteiligt war. 26 von 101 Polizeibataillonen und vier Einheiten der Ordnungspolizei hätten Massenmorde ausgeführt. Diese Einheiten fassten alleine 15.000 bis 20.000 Mann. Eine Gesamtuntersuchung gibt es jedoch nicht. Die Versuche der für NRW zuständigen britischen Behörden, den Polizeiapparat zu reformieren und belastete Beamte zu ersetzen, stieß auf erheblichen Widerstand der Polizei und Politik. Der Corpsgeist war ungebrochen und so wurde sich gegenseitig die Unbedenklichkeit bescheinigt. Politiker aus allen Parteien hielten auch nur zu oft ihr Händchen über belastete Beamte und legten sich lieber mit den britischen Behörden an. Der Kalte Krieg tat sein übriges, um Täter im Dienst zu lassen. Alles natürlich aus einem ‚Sachzwang" heraus. So fand eine nur langsame Entnazifizierung der Polizei statt, die sich in der Praxis zumeist nur durch Antritt der Rente der Täter bemerkbar machte. Dem gegenüber wurden einzelne Fälle von Polizeibeamten, die nach dem Krieg von den allierten Behörden eingesetzt wurden und mit der KPD sympathisierten bzw. ihnen dieses unterstellt wurde, schnell wieder mit fadenscheinigen Begründungen entlassen.

Insgesamt ein interessantes Buch und sehr ausführliches Werk über die Polizei, das so einiges auch über den Zustand der heutigen Polizei aussagt. Der Corpsgeist ist bis heute ungebrochen, was dazu führt, dass sich Beamte gegenseitig decken und Anzeigen gegen Polizisten in der Regel eingestellt werden.

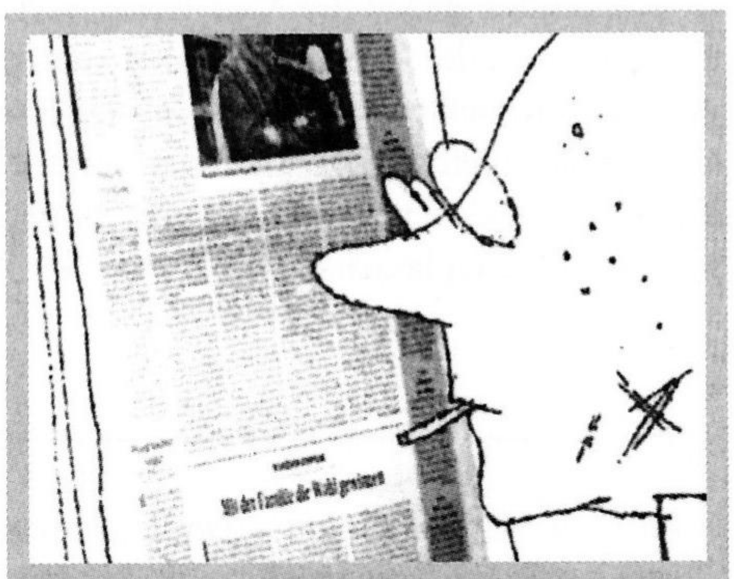
Anzeige

Monika Grosche
Anarchismus und Revolution
Zum Verständnis gesellschaftlicher Umgestaltung bei den anarchistischen Klassikern Proudhon, Bakunin, Kropotkin.
132 Seiten, Paperback,
ISBN 3-00-011749-0, € 7,90
www.fau.org/syndikat-a



Syndikat-A
anarchosyndikalistischer Medienvertrieb
Bismarckstraße 41a · 47443 Moers
(0 28 41) 53 73 16
syndikat-a@fau.org

LOTTA empfiehlt...



Dietzsch / Jäger / Kellershohn / Schobert
Nation statt Demokratie
Sein und Design der "Jungen Freiheit"

DISS, Duisburg 2003
ISBN: 3-927388-84-X
243 Seiten, 16 Euro
www.uni-duisburg.de/DISS

Antifaschistisches Blatt

Info

Nr.61 | 4/2003

Rocker und Rechte

Geld, Profis, Subkultur
Die Story der Band Landser

Vom wilden Streik bei Ford 1973

Zentrum gegen Vertreibungen - Die Debatte

Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@mail.nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Impressum

V.i.S.d.P.: J. Fürst, c/o LOTTA

LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den FotografInnen und den AutorInnen.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

LOTTA abonnieren!

Unsere Kontoverbindung lautet:

Kontoinhaber: J. Fürst
Postbank Essen
Kontonummer 479250438
Bankleitzahl 36010043

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/ Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben

Alle Preise inkl. Porto

O Jahresabo, Standard "Stino"	13 Euro
O Jahresabo, Förderabo "Ente"	18 Euro
O Jahresabo, Förderabo "Mittelklasse"	23 Euro
O Jahresabo, Förderabo "S-Klasse"	..... Euro

Archiv-Packs (bei vergriffenen Ausgaben schicken wir eine Kopie)

O Ausgaben I (Nr. 5 bis 7)	4 Euro
O Ausgaben II (Nr. 8 bis 10)	5 Euro
O Ausgaben III (Nr. 11 bis 14)	8 Euro

Einzelexemplare (bei vergriffenen Ausgaben schicken wir eine Kopie)

O Ausgabe .... (bis Ausgabe Nr. 7)	2 Euro
O Ausgabe .... (Ausgabe Nr. 8 bis Nr. 13)	3 Euro
O Ausgabe .... (ab Ausgabe 14)	3,50 Euro

O Ich überweise den Abo- bzw. Archiv-Pack-Preis auf Euer Konto.
O Ich habe den Abo- bzw. Archiv-Pack-Preis in bar beigelegt.

Alle Preise verstehen sich inklusive Porto + Verpackung und nur gegen Vorkasse (bitte keine Briefmarken).
WeiterverkäuferInnen erhalten ab 5 Exemplaren Rabatt.
Näheres siehe www.free.de/lotta unter "Abo"
oder per EMail an lotta@koma.free.de.

An die

LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Bestellungen können auch an lotta@koma.free.de gemailt werden

.....
Vorname, Name, Gruppe

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail und/oder Telefonnummer

....
Ort, Datum Unterschrift

ANTIFASCHISTISCHE AKTION